

23. August 1923

## JULIUS KALISKI · DIE LAGE DEUTSCHLANDS

**W**AS noch muß erst geschehen, um all denen, die es angeht, zweifelsfrei zu machen, daß die Ereignisse, die wir durchleben, nicht nur eine Markkatastrophe sondern den wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten? Der Dollar ist auf 1, 3, 6 Millionen gestiegen, und man sprach (welch furchtbare Selbstironie: von einem "Fallen", als er wieder auf 4 und 3 Millionen stand; trotz angestrengtestem Notendruck ist schließlich ein Notenmangel eingetreten, die Warenpreise stürmten himmelwärts, und alle Anstrengungen waren darauf gerichtet die denkbar größten Notenmengen heranzuschaffen. Gegen das Reichsbankdirektorium werden die bittersten Angriffe ob verspäteter Dispositionen erhoben, damit verwoben werden die Anklagen gegen das verflorsene Kabinett Cuno, daß Steuererhöhungen und verschärfte -einziehungen zu lange unterblieben, und wertbeständige Anleihen nicht in volkstümlicher Art und auf breiter Basis früher herausgebracht worden seien. Alles in allem genommen könnte man auf Grund der Erklärungen aller Parteien und der Äußerungen der Presse aller Richtungen zu der Auffassung gelangen, daß mit einer geschickten Anwendung von Umrechnungsmethoden von Papiermark in Fest- oder Goldmark eigentlich alles zu vermeiden war, was wir als Erschütterung unseres Wirtschaftslebens wahrzunehmen glaubten. Und der Heilungsprozeß, zu dessen Herbeiführung man sich entschlossen hat, wird mit den Mitteln betrieben, die der Einstellung entsprechen, als ob die Rettung bei geschickter Bilanzaufstellung durch einen erprobten Bücherrevisor kommen könnte. 4- und 500 fache Erhöhung der Einkommen- oder Körperschaftsteuern mit sofortiger Zahlungspflicht, Ruhr- und Rheinabgabe, Betriebssteuern, wertbeständige Anleihen bei Einzahlung von Papiermark erlangbar, Errichtung von Goldkonten und ähnliche Dinge mehr sind aussersehen, um die Unordnung zu bannen und eine neue Goldwährung vorzubereiten. Dazu Anpassung der Lohn- und Gehaltszahlung an die Schwankungen des Geldwerts, um auch hier die Goldrechnung einzuführen. Das in diesen Maßnahmen zutage tretende Prinzip eines schnellen und kräftigen Steuerzugriffs verdient unbedingte Zustimmung. Doch die mechanische Durchführung der Steuern bedroht in einem viel höhern Maß, als die Vertreter der Regierung und der Parteien wohl angenommen haben, gerade produktive Betriebe, während reine Erwerbsunternehmungen ohne produktive Leistungen sich leichter herauswinden können, so daß vielleicht eine Auslese zum Schlechtern stattfindet. Aber selbst wenn dieses Bedenken unbegründet wäre,

könnten die Steuern die erhoffte Wirkung allein nie und nimmer erzielen. Selbst wenn im Lauf der allernächsten Tage und Wochen 150 Billionen Papiermark einkassiert werden sollten, wird der Katastrophencharakter der Wirtschaft um nichts geändert und um nichts gemindert sein. Alle diese Maßnahmen hätten zu ihrer fruchtbaren Auswirkung die eine Voraussetzung notwendig: nämlich die Durchführung einer Produktionspolitik zur Reinigung und Stärkung des Produktionsorganismus. Ohne sie wird die vom Reichstag heute, unter dem Druck der Angst, plötzlich so einmütig betriebene Finanz- und Steuerpolitik voraussichtlich nur den Auftakt zu einer neuen ungeheuren Inflation bilden, in kurzem das Chaos vermehren, nicht aber den Weg zur Heilung ebnen. Die Vermutung der Gesetzgeber, daß die neuen Steuern zu Massenverkäufen von Devisen, Effekten und Waren führen würden, somit rasch eine Senkung der Preise für Devisen, Effekten und Waren aller Art bewirken müßten, hat sich, wie die letzten Tage zeigten, keineswegs bewahrheitet. Die neuen Lohnfestsetzungen standen vielmehr im Zeichen der entgegengesetzten Entwicklung, deren weitere Verstärkung sie selber nun wieder verursachen.

Was sich jetzt mit so großem Getöse in einer Schreckenspsychose offenbarte, war die Wirkung dessen, daß man Notwendigkeiten nicht verstand, nichts in ihrem Sinn tat, und diese sich nun nach eigenen Gesetzen auf nicht ganz glatten Bahnen durchzusetzen beginnen. Je weniger man ihnen Rechnung trug, um so stürmischer wird der Ausgleich. Diese Notwendigkeiten, die Erfüllung erheischen, bestanden nicht seit gestern und vorgestern sondern machten sich gleich nach dem Zusammenbruch der Armee geltend, als das Trümmerfeld zu übersehen war, und es galt ein neues Deutschland aufzubauen. Zu dem neuen Deutschland, das errichtet werden mußte, nicht weil eine Laune es forderte, sondern weil die Grundlagen der Existenz der Nation geändert waren, der Umbau daher sich nicht mehr vermeiden ließ, ist bisher noch nicht einmal der Grundstein gelegt worden. Was an wirtschaftlicher Kraft vorhanden war und noch vorhanden ist, wurde und war Gegenstand des Raubbaus, einer ungehemmten Spekulationswirtschaft, die nur in ihren Formen wechselte: von der starrsten Zwangswirtschaft bis zum elastischsten freien Handel. Ob man es aussprach oder nicht, man ließ alles laufen wie es laufen wollte, in der seltsamen Erwartung, daß sich alles von selbst schon wieder einrenken würde. Das Ergebnis liegt vor. Unerquicklich ist der Streit, welche Partei den größten Teil der Schuld daran zu tragen und zu verantworten hat. Noch trauriger ist der Zustand, daß bisher noch nichts von einer Entschlossenheit zu merken ist durch verstärkte Tat gutzumachen, was bis zur Stunde unterblieben ist, daß dafür der Trug weiter gelehrt wird, ein paar Dutzend papierner Steuerbillionen würden das Übel verschwinden machen. Man greift zum Heftpflaster, um ein Krebsgeschwür zu beseitigen. Wie hat man sich in früheren Jahren in unserer Partei über die "Palliativmittel" lustig gemacht, mit denen eine bürgerliche Regierung "an den Symptomen herumkurierte", ohne die Wurzel der Krankheit zu berühren! Soll dergleichen etwa jetzt sozialistische Politik sein?

Die schönste Rechenkunst in Gold- und Papiermark hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß wir quantitativ und qualitativ mehr schaffen müssen als wir es bis zum August 1914 taten, um das zu ersetzen und neu hervorzu- bringen, was der Krieg vernichtet hat und was die Kriegsfolgen uns aufer-

legten. Damit ist zunächst nicht an irgendwelchen äußern Zwang zur Leistung gedacht, sondern nur an die Leistung, die wir nach den Gesetzen der sittlichen Pflicht von uns selbst verlangen müssen, um die Wunden zu schließen, die der Krieg geschlagen hat. Zu der ersten Reparation, zu der Verpflichtung das im Weltkrieg Verwüstete wieder erstehen zu lassen, ist inzwischen die zweite Reparation durch den Ruhrkrieg getreten, eine Wiedergutmachungslast, über deren Schwere sich das deutsche Volk keiner Selbsttäuschung hingeben sollte. Diese Last kann und wird nicht durch eine Nichtarbeit, die zur nationalen Pflicht erhoben wurde, abgebürdet oder geschmälert werden. Hier muß schon anderes geschehen. Und das ist: Steigerung der Produktivität. Ist das Ruhrgebiet seit mehr als 7 Monaten unter der Parole nationaler Nichtarbeit stillgelegt worden, so war es um so dringender in den übrigen Teilen Deutschlands das durch erhöhte Leistung zu ersetzen, was im Ruhrgebiet verloren ging. Doch dazu entschloß man sich nicht. Zu der Unproduktivität aus nationalen Gründen fügte man nun die Unproduktivität aus Gedankenlosigkeit oder Bequemlichkeit. Was unternommen wurde, um die schlimmsten Auswüchse einer lahmgelegten Wirtschaft zu mildern, vollzog sich ausschließlich unter dem dringendsten Zwang der Stunde, und, wie meist bei erzwungenen Maßnahmen, undurchdacht und oberflächlich. Solange sich dem Erwerb die Möglichkeit bot aus Valutagewinnen ohne Schwierigkeit auszugleichen, was der Ertrag der Produktion nicht bot, folgte die Privatwirtschaft nur zu oft der Praxis staatlicher und anderer öffentlicher Betriebe, die an Stelle der Valutagewinne beliebig auf die Erzeugnisse der Notenpresse zurückgreifen können. Dieses System feiert Orgien bis zur Stunde, und die neuesten Finanzmaßnahmen des Reichs können daran wenig ändern. Man verkündet von Zeit zu Zeit voller Stolz, daß auf dem einen oder dem andern Gebiet der Produktionsumfang der Vorkriegszeit annähernd oder völlig wiederhergestellt sei. Aber man verschweigt diskret, mit welchen Aufwendungen diese Leistung erreicht ist. Am Ende kommt es nicht darauf an, daß eine Leistung mit dem dreifachen Aufwand von einst erzielt wird, Lebensnotwendigkeit gebietet heute vielmehr, daß diese Leistung im Verhältnis zu früher mit einem geringern Aufwand geschaffen werde, wenn die Nation leben will. Dieses Rechenexempel ist im Grunde so einfach, daß jedermann aus dem Volk es selbst nachzurechnen imstande ist und dadurch feststellen kann, daß der Grad der gegenwärtigen Produktivität in Deutschland unzureichend ist, diejenigen Erscheinungen daher unausbleiblich sind, die den Zusammenbruch einer Wirtschaft charakterisieren. Seit Jahr und Tag ist an dieser Stelle dargelegt worden, daß der nahende Zusammenbruch jenes schwindelhaften Systems, das bei ununterbrochener Zunahme der Erschöpfung mit dem Nichtvorhandensein einer Arbeitslosigkeit und einem schrankenlosen Luxus aufwarten konnte, dem unkritischen Geist lediglich durch Umstände verborgen blieb, die die endgültige Katastrophe zwar hinaus-schoben, aber die Explosion um so gefährlicher machen.

Was wir nicht getan haben, wird von uns in der Außen- und Innenpolitik selbst gezahlt, bis zum letzten Pfennig, und die Last wächst auf unseren Schultern mit jedem weitem Tag, den wir das Gebot der Notwendigkeit nicht hören wollen. Wir nehmen nicht nur Schaden an unserer wirtschaftlichen Kraft sondern an den Wurzeln nationalen Seins. Durch Verdorren- und Faulenlassen der produktiven Kräfte werden auch die sittlichen Kräfte

preisgegeben, und schließlich platzt der Reifen, der das Leben der Nation umfaßt. Das Schicksal der Wirtschaft Danzigs und seine Folgen sollten eine ernste Mahnung zur Selbstbesinnung sein. Danzig schreitet zu einer Neuregelung seiner Währung und kommt zu dem Entschluß fortan das englische Pfund als Einheit einer neu aufzubauenden Goldwährung zu wählen. Selbstverständlich versichern alle dabei Beteiligten, daß dieser Schritt ohne jede politische Nebenabsicht getan sei, daß nur wirtschaftliche Zweckmäßigkeit die Wahl gelenkt habe. So fängt es immer an. Die britischen Bestrebungen auf Gründung eines Rheinstaats, um, zusammen mit der Dauerohnmacht Deutschlands, Frankreich in Schach zu halten (wovon die meisten Blätter nichts zu erzählen wissen), lassen bereits auch am Rhein mit dem Gedanken der Pfundwährung spielen, in Kreisen, die nach dem Danziger Muster nicht zögern werden zu versichern, daß es ohne jede politische Nebenabsicht aus reiner wirtschaftlicher Erwägung heraus geschehe. Alle Lamentationen werden auch dagegen nichts helfen, wenn wir nicht mit der ganzen nationalen Energie den äußern und innern Wiederaufbau vollziehen.

Die Arbeiten des Wiederaufbaus bedeuten Zusammenfassung aller Produktionskräfte, um sie bis zum letzten auswirken zu lassen. Die Entfaltung aller unserer Kräfte schließt jede zwecklose und sinnlose Verteuerung der Erzeugung aus; das produktiv Notwendige hat zu geschehen, und alle der Produktivität unzutraglichen Maßnahmen und Wünsche müssen unterbunden werden. Angesichts dieser Notwendigkeiten geht es nicht an in Verkennung der Interessen der Arbeiterklasse die Forderung zu erheben, daß Einschränkungen oder Stilllegungen von Betrieben durch verschärfte Maßnahmen verhindert werden sollen. Gewiß ist solche Forderung der durchaus anzuerkennenden Absicht entsprungen produktionsfeindliche Handlungen, die dem Zweck der Spekulation dienen sollen, zu verhüten. Aber ihre Proklamierung muß mißverstanden werden, vor allem in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst, die bei restloser Aufklärung gerade in ihren besten gewerkschaftlichen Teilen sehr wohl begreift, daß es eine lange Reihe unproduktiver Betriebe und Betriebsarten gibt, die nur unter krankhaften Wirtschaftsverhältnissen bestehen können und ausgeschaltet werden müssen, wenn unsere Produktion auf gesunde Grundlagen zurückgeführt werden soll. Was produktiv schlecht ist, kann auf die Dauer nie der Arbeiterklasse günstig sein.

Die sozialistische Aufgabe erfordert Erschließung aller Produktivkräfte der Gesamtheit. Wir haben den Weg, den der Sozialismus gebietet, seit 1918 nicht eingeschlagen, wir schritten nicht zum äußern und innern Wiederaufbau sondern vertrösteten uns und die Welt auf ein solches Tun in einer erwarteten bessern Zeit. Der Erfolg ist der Zusammenbruch Deutschlands. Rettung kann dem deutschen Volk nur die Beendigung jeder Nichtarbeit, die radikale Erhöhung der Arbeitsleistung bringen, die eine Innenwirtschaft ermöglicht, aus der, nach Abzug des Existenzminimums für die Produzierenden und der Geld- und Sachleistungen für die äußere und innere Reparation, Abgaben an den Staat gewonnen werden können, die die Staatseinnahmen in Einklang mit den (durch die Intensivierung und Rationalisierung der Staatsbetriebe gewaltig zu verringernden) Staatsausgaben bringen. Dann, und nur dann, können die Staatsfinanzen gesunden, kann die Goldwährung wieder eingeführt werden.



## LUDWIG QUESSEL · WIRD DAS KABINETT STRESEMANN DEUTSCHLAND RETTEN?



NACH 9 Monaten beispielloser Mißwirtschaft ist das Kabinett Cuno, das wie ein Alp auf Deutschland lastete, von der Bildfläche verschwunden. Unter seinem Regime ist der wichtigste Teil Deutschlands wegen Nichterfüllung des Reparationsprogramms auf einem Gebiet, wo die Erfüllung wahrlich leicht genug gewesen wäre, besetzt und als Antwort auf den passiven Widerstand die Ausfuhr von Kohle, Eisen und Stahl aus dem deutschen Industriegebiet gesperrt worden. Bei dem Versuch den Ruhrkrieg, durch Frankreich und Belgien wirtschaftlich niedergerungen werden sollten, durch Inflation zu finanzieren wurde die deutsche Währung vernichtet, der Arbeiter- und Mittelstand zum Hungerelend verdammt. Die Fehler des Kabinetts Cuno sind hier frühzeitig aufgedeckt worden, als noch Zeit war das Schlimmste zu verhüten, aber Reichstag und Presse begnügten sich damit fromme Wünsche zu äußern, die unbeachtet blieben, weil Cuno und seine Mitarbeiter wohl wußten, daß kein ernster Wille vorhanden war die Ausführung des Geforderten eventuell auch durch einen Kabinettssturz zu erzwingen. So ließ man die Cuno-Becker-Wirtschaft weiterlaufen, bis der Hunger in Millionen von Haushaltungen grinste, und der Aufruhr auf den Straßen drohte. Als infolge der Markvernichtung durch Inflation und des Lebensmittelmangels wegen Devisennot (eine Folge des Ruhrkriegs, der mit Werwolvesheißhunger Devisen verschlingt, weil er letzten Endes nur mit ausländischen Zahlungsmitteln finanziert werden kann) Deutschland am Abgrund einer Hunger- und Elendsrevolution stand, fand die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion es endlich an der Zeit dem Kabinett Cuno ihre Unterstützung zu entziehen. Die Große Koalition, die hier in den Sozialistischen Monatsheften gleich bei Beginn des Ruhrkonflikts verlangt wurde, kam nun, nach 7 Monaten, zustande, um zu retten, was noch zu retten ist.

Retten kann Deutschland aber kein Finanzprogramm, keine neue Dollarwährung, wie sie jetzt auf der Basis des Staatskredits durch die auf Dollar lautende Goldanleihe, deren kleinste Stücke als gesetzliche Zahlungsmittel gelten sollen, zu schaffen versucht wird. Rettung kann Deutschland einzig und allein nur durch eine Neuorientierung seiner auswärtigen Politik nach dem Westen finden, die eine ruchlose Demagogie, von England inspiriert, als "Kapitulation" zu verschreiben sich bemüht. Wie sich die neue Regierung zu diesem Problem stellt, ist noch völlig unklar. Es scheint zweifelhaft, ob das Kabinett Stresemann begreift, daß nur der engste Anschluß an Frankreich Deutschland aus der unwürdigen Lage als Wrack im Schlepptau Englands befreien kann; es scheint ungewiß, ob das Kabinett Stresemann einsehen, daß nur eine deutsch-französische Kooperation die deutsche Wirtschaft zur Gesundheit bringen und die Reparationslasten erträglich gestalten kann; es scheint fraglich, ob das Kabinett Stresemann versteht, daß nur die Einfügung Deutschlands in das von Frankreich erstrebte kontinentale Bündnis system Deutschland wieder zum Rang einer Großmacht erheben und ihm Aussicht auf Zurückgewinnung seines Kolonialreichs verschaffen kann. Nach den Artikeln, mit denen das Kabinett Stresemann von der offiziellen Presse der Koalitionsparteien, vom Vorwärts bis zur Zeit, begrüßt wurde, könnte man nur geringe Hoffnung haben, daß die neue Regierung den richtigen Weg

finden wird. Wie ein breiter Felsblock liegt auf der Straße, die zu einer deutsch-französischen Verständigung führen kann, die grundfalsche Anschauung, daß die Aufrechterhaltung des passiven Widerstands an Rhein und Ruhr Deutschlands Stellung in den Verhandlungen über die Reparationsfrage stärken würde. Man übersieht dabei, daß, wenn Deutschland an diesem Widerstand festhält, man von Frankreich nicht verlangen kann die über das Ruhrgebiet verhängte Ausfuhrsperrre aufzuheben, die das unbesetzte Deutschland von seiner Rohstoffbasis trennt. Diese Trennung ist aber die eigentliche Ursache des Hungerelends und des Finanzverfalls in Deutschland, weil wir Kohlen, Eisen- und Stahlerzeugnisse, die uns früher das Ruhrrevier lieferte, jetzt auf dem Weltmarkt bezahlen müssen, wozu unser Devisenvorrat aber nicht ausreicht. Zur gleichzeitigen Finanzierung von Ruhrimporten und Lebensmittelzufuhren ist und bleibt unsere Devisendecke zu kurz, welche Steuernmaßnahmen auch immer ergriffen werden mögen. Vermindern wir die Kohlen- und Rohstoffzufuhren zugunsten der Lebensmittelimporte, so werden zahlreiche Fabriken zur Stilllegung oder Kurzarbeit gezwungen; schränken wir die Lebensmittelzufuhren zugunsten der Ruhrimporte (Kohlen, Eisen- und Stahlprodukte) ein, so haben wir den Hunger im Land. Die Aufrechterhaltung des passiven Widerstands läßt uns nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit und Hunger, oder richtiger: sie ruft sowohl das eine wie das andere hervor und gestattet uns nur den Hunger durch ein Mehr von Arbeitslosigkeit oder die Arbeitslosigkeit durch ein Mehr von Hunger zu mildern. Daß ein ständig von Hungerrevolten bedrohtes Kabinett bei Reparationsverhandlungen stärker sein könnte als eine Regierung, die ein Land mit normalen Arbeits- und Ernährungsverhältnissen vertritt, ist eine Entdeckung, die nur in einem so unpolitischen Land wie Deutschland gemacht werden konnte. In Wirklichkeit liegen die Dinge jetzt so, daß die passive Resistenz weit mehr gegen als für Deutschland wirkt, und daß von der Zerreißung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen lediglich England profitiert. (Daß der Ruhrkrieg der englischen Wirtschaft noch einige Separatvorteile gebracht hat, geht aus den Zahlen der Handelsstatistik hervor, die Poincaré in seiner Rede in Charleville am 19. August wiedergegeben hat.)

Soll Deutschland vor Zerfall und Anarchie noch bewahrt werden, so wird das Kabinett Stresemann zeigen müssen, ob es stark genug ist den Weg der Verständigung mit Frankreich zu gehen. Es ist festzustellen, daß die Erklärung der neuen Regierung sich zu ihrem Vorteil von den Auslassungen der rechts- und linksliberalen Presse wie auch des Vorwärts abhebt. Während die Regierungserklärung von dem »Kampfzustand an Rhein und Ruhr« nur sagt, daß in ihm »bisher die ganze öffentliche Meinung Deutschlands sich mit Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung deutschen Rechts durch Frankreich und Belgien gewendet« habe, und von der englischen Note nur insofern Gebrauch macht, als sie meint, daß Deutschlands »gutes Recht nunmehr [nach 7 Monaten Ruhrkrieg] auch von der britischen Regierung anerkannt« werde, benutzt Genosse Stampfer im Vorwärts die englische Note, um ganz im Stil Theodor Wolffs wieder einmal die französische Forderung nach Waffenstillstand während der Reparationsverhandlungen als »sklavische Unterwerfung unter eine rechtswidrige Gewalt . . ., wie sie kein Volk vollziehen kann,« zu bezeichnen. Man darf sich angesichts solcher journalistischen Leistungen nicht wundern, wenn sich der Temps am 8. August in seinem Leitartikel, in dem er begrüßt, daß Genosse Löbe sich in einer Rede

für den Versuch einer Verständigung mit Frankreich ausgesprochen, über die »heftig franzosenfeindliche Sprache« des Vorwärts beklagt, die es ihm unmöglich gemacht habe die sachliche Aussprache mit dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst fortzusetzen. Und in der Tat, erinnert man sich daran, wie der Vorwärts jeden Versuch der offiziösen Presse Frankreichs eine Vermittlung zwischen der französischen und der deutschen Auffassung in der Frage der passiven Resistenz anzubahnen mit beleidigenden Überschriften versah, die jene Annäherungsversuche als »Sirenenklänge«, als bloßes Manöver stigmatisierten, so wird man die Beschwerde des Temps über die Hetze des Vorwärts gegen Frankreich verstehen können, wenn dieser gelegentlich auch zur Verdeckung seiner alleweil besinnungs- und hemmungslosen Liebe für England ihr ein versöhnendes Mäntelchen durch die Phrase umhängt, daß Deutschland »Verständigung auch [!] mit dem französischen Volk« suche.

Es muß anerkannt werden, daß die Presse des Zentrums sich seit einiger Zeit, und zwar im wohlthuenden Gegensatz zum sozialdemokratischen Zentralorgan, in der Polemik gegen die französische Ruhrpolitik weitgehende Zurückhaltung auferlegt. Der Grund hierfür liegt vielleicht in den englischen Separationsbestrebungen im Rheinland, die immer deutlicher hervortreten, obwohl die Engländer es meisterhaft verstehen sie zu verschleiern. Das Berliner Tageblatt, eine gewiß unverdächtige Quelle, berichtete hierüber am 28. Juli: »Über die Haltung der englischen Besatzungsbehörde in Köln ist ein geheimnisvolles Dunkel gebreitet. Sie hat bekanntlich jede Fühlungnahme mit Dorten und Smeets kategorisch dementiert. Es steht jedoch fest, daß in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Vertretern der englischen Besatzungsbehörden und Persönlichkeiten stattgefunden haben, die aus der Smeetsgruppe ausgeschieden sind und unter dem Namen Frei Rheinland eine neue Partei gegründet haben. Während die Rheinische Vereinigung unter Dorten und Smeets mit Frankreich sympathisiert, erhofft die neue Partei ihr Ziel mit englischer Hilfe zu erreichen. Die Engländer haben dem Führer von Frei Rheinland versichert, man werde ihm den Saal des Gürzenich für eine Versammlung zur Verfügung stellen. Es heißt, daß diese Partei die überwiegende Zahl ihrer Anhänger in Kreisen des höhern Klerus besitzt und in Trier am stärksten vertreten sei. Bedeutende Gelder ( von einem Mitglied wurden allein 600 Millionen gezeichnet) wurden zur Gründung einer Tageszeitung zur Verfügung gestellt.« Man begreift, daß gerade diejenigen Zentrumsvertreter im Reichstag, die seelisch am stärksten unter der Gefahr leiden, in der Deutschland sich befindet, die wirklich national fühlen und nicht den »höhern Klerus« sondern die katholische Demokratie vertreten, angesichts der englischen Separationsbestrebungen in nationaler Hinsicht das Schlimmste für ihre rheinische Heimat befürchten. In Zentrumskreisen fängt man auch an einzusehen, daß das Hungerelend, das die passive Resistenz über das Rheinland verhängt, eine täglich wachsende Gefahr für die Einheit Deutschlands wird. Wie den englischen Separationsbestrebungen so arbeitet die passive Resistenz aber auch der Randstaatenpolitik der extrem nationalistischen Gruppen in Frankreich in die Hände. Ganz offen spricht dessen Organ, die Libre Parole, aus, die den Engländern den Dank für ihre letzte Note sagt, weil die »Gefahr«, als die die Bildung des Kabinetts Stresemann zu betrachten sei, dadurch gemildert werde; nach den Hoffnungen, die jetzt in Deutschland durch die englische Note geweckt würden, sei es Stresemann unmöglich auf den passiven Widerstand zu verzichten, der un-

vermeidlich zur Lostrennung der Rheinlande von Deutschland führen müsse, die Auflösung Deutschlands werde also dank England ihren Fortgang nehmen. Ruft man sich die Tatsache ins Gedächtnis, daß Deutschland erstmals die Ruhrbesetzung im Frühjahr 1921 von Lloyd George angedroht, und in Ausführung dieser Drohung unter starker Mitwirkung englischer Truppen auch das Tor zum Ruhrrevier: Duisburg und Ruhrort, besetzt wurde, daß der englische Ministerpräsident Bonar Law Frankreich zur Ruhrbesetzung Glück wünschte, daß die englischen Vertreter in der Rheinlandkommission bei den Maßnahmen zur Brechung des passiven Widerstands mitwirkten, so wird man gar nicht umhin können die jetzige Anzweiflung der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung durch England als einen Streich der britischen Diplomatie anzusehen, der Deutschland verhindern soll einen Kampf einzustellen, der zu seinem Ruin führt. Welche Hilfe England dabei dem deutschen Volk zugedacht hat, ist jetzt wieder, am 18. August, von Chamberlain in Birmingham offen verkündet worden: eine strenge Finanzkontrolle, dazu noch die Ablieferung des Devisenüberschusses, der sich aus der deutschen Ausfuhr ergibt, und ähnliche Maßregeln, die dafür sorgen, daß die deutsche Produktionsleistung nie wieder der englischen Wirtschaft unbequem wird. Wie anders Frankreich denkt, betonte jetzt, am 21. August, wieder der Temps, der feststellte, daß Frankreich dem von England vertretenen Gedanken einer Finanzkontrolle Deutschlands »ohne Sympathie« gegenüberstehe. Wird das britische Ziel: die wirtschaftliche Beherrschung Deutschlands, einmal erreicht sein, so ist damit nicht nur Englands industrielle Vorherrschaft in Europa zurückgewonnen, sondern auch Frankreich außenpolitisch für lange Zeit lahmgelegt.

Wie das alte Rußland 1916 so steht Deutschland heute vor einem Scheideweg. Die russischen Bemühungen von 1916 durch den japanischen Vermittler zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen scheiterten am Widerspruch Deutschlands. Das prodeutsche Verständigungskabinet Stürmer wurde durch Bethmann Hollwegs Polenproklamation gestürzt. Anders liegen heute die Dinge für Deutschland. In Frankreich erkennt man klar die große Gefahr für Europa und streckt der neuen Regierung beide Hände zur Verständigung entgegen. Das linksdemokratische Oeuvre äußert den Wunsch, daß die neue deutsche Regierung sich nicht durch die englische Regierung zu trügerischen Hoffnungen verleiten lasse sondern unverzüglich direkte Verhandlungen mit Frankreich und Belgien einleite. Der *Matin* legt dar, daß eine direkte Unterhaltung mit Frankreich Deutschland mehr einbringen werde als noch so viele Hin- und Rückreisen Lord d'Abernons zwischen Berlin und London. Das *Echo de Paris* stellt fest, daß Frankreich stets die Ausführung des Versailler Vertrags auf der »Grundlage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland« gewünscht habe. Millet weist im *Petit Parisien* nach, daß die Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld nur an dem Widerstand Englands und Amerikas scheitere. Wer das Wiedergutmachungsproblem wirklich unbefangen studiert hat, wird zugeben müssen, daß Millets Ansicht vollkommen der Wahrheit entspricht. Es sind doch die angelsächsischen Forderungen gegenüber den Kontinentalstaaten, die die deutsche Schuld über 40 Milliarden Goldmark hinauftreiben. England und Amerika wollen von Deutschland selbst ihre Forderungen nicht eintreiben sondern sich dazu der Kontinentalstaaten als Pfandmeister gegen Deutschland bedienen, um Europa nach den Grundsätzen der Balance of power-Doktrin in ständiger Unruhe zu erhalten und es weltpolitisch lahmzulegen. Das ist der allein den Tat-

sachen entsprechende Gesichtspunkt, von dem aus alle Schachzüge der britischen Diplomatie leicht zu durchschauen sind. Es ist daher von ganz besonderer symptomatischer wie auch materieller Bedeutung, daß der Temps als Antwort auf die leere und unwahrhaftige Geste der englischen Regierung, die die Prüfung des Rechts zur Ruhrbesetzung dem Haager Schiedsgericht zu überweisen vorschlug, meinte, man sollte und könnte mit größerem Nutzen die beiden folgenden Fragen dem Schiedsgericht unterbreiten: 1. Sind die Reparationsschulden nicht vor den interalliierten Schulden zu begleichen? 2. Haben die Verbündeten nach den 14 Punkten Wilsons, auf deren Basis der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, überhaupt das Recht von Deutschland die Ersetzung ihrer Pensionsauslagen zu verlangen? In der Tat bestehen ja die englischen Forderungen an Deutschland im wesentlichen aus dem Ersatz für Pensionsauslagen, und England war es, das in Versailles die Einbeziehung der Pensionszurückerstattung in die Wiedergutmachungsverpflichtungen durchgesetzt hat. Alle Klagen über die Unrechtmäßigkeit dieser Hinzufügung, die die Reparationsforderungen erst so kompliziert und für Deutschland so unerträglich gemacht hat, richteten sich bei uns stets gegen Frankreich. Daß es sich hier um eine rein englische Angelegenheit handelte, wußte man nicht oder wollte man nicht glauben. Es ist daher sehr gut, daß von französischer Seite die Sache einmal offen ausgesprochen wird. Und es wäre ein unendliches Glück für das deutsche Volk, wenn Deutschlands neue Regierung diese Zusammenhänge, endlich, begreifen und nach dieser Erkenntnis handeln wollte. Solange freilich keine sichtbaren Zeichen einer wirklichen Umorientierung der deutschen auswärtigen Politik nach dem Westen vorliegen, wird jeder, der sein Vaterland in ernster Gefahr sieht, dem Kabinett Stresemann in auswärtigen Dingen kein volles Vertrauen entgegenbringen können, trotz aller persönlichen Hochachtung, die man für die Mitglieder des neuen Kabinetts haben kann.

Sowenig uns die Regierungserklärung Aufschluß gibt, welche Wege das neue Kabinett in der auswärtigen Politik gehen wird, so wenig ist dies aus seiner Vorgeschichte zu ersehen. Das Kabinett Cuno fiel nicht, weil diejenigen, die seinen Rücktritt verlangten, allgemein seine auswärtige Politik als falsch erkannt hätten. Man war unzufrieden, aber nicht mit der auswärtigen Politik des Kabinetts Cuno, sondern weil es diese durch innenpolitische Maßnahmen nicht genügend gestützt hatte. Deutschland hat deshalb am 14. August wohl eine neue Regierung, aber damit noch nicht ein neues Programm für seine auswärtige Politik erhalten. Nichtsdestoweniger ist es wichtig die Kräfte kennenzulernen, die zum Sturz des Kabinetts Cuno und zur Bildung der Regierung einer Großen Koalition führten. Man weiß, daß die furchtbare Inflationskrise, die überall aufflammenden Teuerungsunruhen, die Verzweiflungsstimmung des Mittelstandes und die, alle diese Momente ausnutzende rasende Agitation der Kommunisten die bürgerliche Presse in den letzten Julitagen zu Alarmrufen veranlaßten, die den Reichstag aus seinem Sommerschlaf weckten. »Die Unzufriedenheit oder vielmehr die Wut« schrieb die Germania »ist allgemein . . . Die Luft ist mit Elektrizität geladen. Ein Funken genügt, und die Explosion ist da . . . Es herrscht 9. Novemberstimmung.« Die Vossische Zeitung fand das Revolutionäre der Situation darin, daß »die Mark auch im Inland nicht mehr genommen wird«, daß niemand mehr »Ware gegen trügerisches Geld hergeben will«. »Wir stehen« erklärte die Kreuzzeitung »nach allem, was um uns vorgeht, unmittelbar

vor dem Ausbruch einer neuen Revolution.« Es muß betont werden, daß diese Alarm- und Warnungsrufe tatsächlich zuerst von der bürgerlichen Presse ausgingen; die sozialdemokratische Presse stimmte erst einige Tage später, als die ökonomische Lage infolge des Markzusammenbruchs immer bedrohlicher wurde, in sie ein. Unter dem Eindruck der starken Erregung geriet zuerst ein Teil der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Bewegung. Am 29. Juli versammelten sich in Weimar ungefähr 20 Mitglieder des linken Flügels unserer Reichstagsfraktion, um zu beraten, was angesichts des heranziehenden Gewitters zu tun sei. Nach eingehender Beratung einigte man sich auf 10 schnell aufgestellte Forderungen, von denen eine den Sturz Cunos, eine andere, die wichtigste, die »Anbahnung direkter Verhandlungen mit Frankreich und Belgien« verlangte. Das politisch und historisch Wichtige an der Weimarer Konferenz ist zweifellos, daß innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Gruppe mit einer der Mehrheit entgegengesetzten außenpolitischen Orientierung entstanden ist, was dazu geführt hat, daß sich ihr auch Mitglieder der Reichstagsfraktion anschlossen, die sonst zur Mitte, ja zur Rechten der Fraktion zu zählen sind. Die Weimarer Sonderkonferenz gab den Anstoß zur telegraphischen Einberufung der Gesamtfraktion, die nach 2tägiger Beratung deren Forderung das Kabinett Cuno zu stürzen ablehnte. 9 Tage später sah sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jedoch veranlaßt ihren Beschluß vom 3. August umzustoßen und die Forderung der Opposition zu akzeptieren. Dieser Beschluß vom 11. August führte denn auch zum Rücktritt der Regierung Cuno.

Aus der Vorgeschichte des Kabinetts Stresemann geht hervor, daß die Kräfte, die in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf eine Umorientierung in der auswärtigen Politik nach Westen drängen, am Sturz Cunos stark beteiligt waren. Aber die Wahrheit gebietet einzugestehen, daß bei dem Beschluß der Reichstagsfraktion vom 11. August, der zum Sturz Cunos führte, die innenpolitischen Motive ausschlaggebend waren. Noch immer ist es ein Dogma der Mehrheit der Reichstagsfraktion, daß Frankreich eine Verständigung nicht will; noch immer hört man hier die Phrase, daß Frankreich ja keine Wiedergutmachung erstrebt sondern die Annexion des Ruhr- und Rheingebiets, obwohl Poincaré kaum eine Gelegenheit vorübergehen läßt diese Anschauung als grundfalsch zurückzuweisen, wie jüngst am 12. August in Stenay, wo er sich gegen die Verleumdung verwahrte, daß Frankreich annexionistische Absichten auf deutsches Gebiet habe. Die Annexion von Elsaß-Lothringen durch Deutschland, so führte er aus, die dem Reich keinen Segen gebracht und der Bevölkerung von ihrer Anhänglichkeit an Frankreich nichts zu rauben vermocht hat, sei für Frankreich ein warnendes Beispiel. Man darf leider nicht hoffen, daß diese und frühere Kundgebungen Poincarés die anglophile Richtung von ihrer Auffassung abbringen werden. So wie die Dinge liegen, wird die Mehrheit der Sozialdemokratie sich wohl erst dann zu einer Umorientierung ihrer auswärtigen Politik entschließen, wenn ihr die bürgerlichen Parteien darin vorangegangen sind.

Ob das Kabinett Stresemann die Einsicht und Kraft haben wird die Neuorientierung noch rechtzeitig anzubahnen, ist, wie gesagt, ungewiß. Beharrt auch dieses Kabinett bei der Ruhrpolitik der Cuno, Becker und Rosenberg, so muß allerdings der Zerfall Deutschlands aus Gründen, die schon früher hier dargelegt sind, als unvermeidlich angesehen werden.



# MAX COHEN • KANN DER VÖLKERBUND HELFEN?



LANG schon wird die Frage hin und her erörtert, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten solle, und in der letzten Zeit haben besonders wohlmeinende Ausländer uns den Rat erteilt, Deutschland möge so schnell wie irgend möglich seine Anmeldung zum Völkerbund vollziehen, da hier die Aussicht auf eine gerechte Beurteilung seiner Situation am größten sei. Auch in Deutschland selbst ist die Propaganda für den Eintritt in den Völkerbund gewachsen. Daß man in der Sozialdemokratie dauernd davon spricht, ist nur natürlich; denn schließlich entspricht eine die Nationen umfassende Organisation zur Schlichtung von Streitigkeiten an sich durchaus sozialistischen Gedankengängen. Deshalb kann man nichts dagegen einwenden, daß die sozialdemokratische Fraktion am 11. August in ihren gegen die Regierung Cuno gerichteten Beschlüssen zuletzt auch die Forderung auf Anmeldung Deutschlands zum Eintritt in den Völkerbund erhob. Aber auch, wenn man grundsätzlich nichts gegen einen Eintritt in den Völkerbund einzuwenden hat, muß doch die Frage untersucht werden, ob die starken Hoffnungen, die man bei uns vielfach auf diesen Akt setzt, verwirklicht werden können, und ob die wichtigsten Voraussetzungen, die von sozialistischer Seite von jeher an die Wirksamkeit solcher übernationalen Organisationen geknüpft wurden, beim heutigen Völkerbund auch vorhanden sind.

Gerade wir Sozialisten sollten am besten wissen, wie leicht es ist völker- und weltumspannende Schiedsgerichtsvorschläge zu machen, wie schwer es aber ist auch nur etwas davon in die Tat umzusetzen. Es ist ja nicht allzu schwierig, das zeigt die Errichtung des bestehenden Völkerbundes, die äußere Organisation für die Entscheidung solcher Fragen herzustellen. Wie aber ihr die Möglichkeit verschaffen wirkliche Streitfragen der Nationen zu entscheiden? Diese Möglichkeit hängt vor allem von bestimmten politischen und ökonomischen Tatsachen ab, die es den beteiligten Staaten leicht machen sich in anderen, weniger wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen den Entscheidungen der Schiedsgerichte zu unterwerfen. Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hat es, besonders vor und auf dem Parteitag in Chemnitz /1912/, lange Auseinandersetzungen über diese Fragen gegeben, und der größte Teil der Partei hoffte damals, daß es internationalen Schiedsgerichten gelingen werde schwere Streitigkeiten beizulegen, sogar die Kriege aus der Welt zu schaffen. Nur eine Minderheit, zu der auch ich gehörte, vertrat auf dem Parteitag die Auffassung, daß keine Nation in Fragen, die für sie Lebensfragen bedeuteten, sich dem Urteil eines Schiedsgerichts unterwerfen würde, ohne an die ultima ratio eines Waffengangs appelliert zu haben, wenn sie auch nur die leiseste Hoffnung auf den guten Ausgang eines solchen hätte. Daß der Weltkrieg, der den Sinn hatte die deutsche Zukunft der englischen Gegenwart zum Opfer zu bringen, durch ein Schiedsgericht nicht aufgehhalten worden wäre, wird heute von denjenigen, die diesen Sinn erkennen, nicht bestritten werden. Mit einer gewissen, aus den heutigen Verhältnissen resultierenden Variation liegen die Dinge jetzt ebenso wie vor dem Krieg. Nachdem Deutschland niedergezwungen ist, will England nun die Einigung des europäischen Kontinents, die sich unter französischer Führung zu vollziehen begonnen hat, zunichte machen. Daher sein erbitterter Kampf gegen Frankreich, der aber bisher den gewohnten Erfolg nicht gebracht hat,

da Frankreich, eben wegen seiner Europapolitik, eine außerordentlich starke Stellung auf dem Kontinent hat. Diese europäische Politik Frankreichs hat es auch bewirkt, daß der Völkerbund nicht eine so ausschließlich angelsächsische Domäne geworden ist wie England es erwartet hatte. Deutschland soll nun, geht es nach den Wünschen englischer Politiker, im Völkerbund neben den englischen Dominien die Stellung Großbritanniens festigen helfen. Daher wird Deutschland gerade von englischer Seite immer wieder Hoffnung gemacht, daß es, einmal in den Völkerbund aufgenommen, vor jenem internationalen Forum seine Streitigkeiten mit Frankreich in günstigerer Position austragen könnte. Der Völkerbund soll also dazu dienen, um dem mit allen Mitteln aufgeputschten tagespolitischen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich eine breitere Basis zu geben, ihn womöglich zu verewigen. Für denjenigen, der die wahre Natur dieses deutsch-französischen "Gegensatzes", als rein englisches Interesse, erkannt hat, bedarf es nicht erst der Hinzufügung, daß ein Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, wenn er in dieser Tendenz und unter solchem Protektorat vollzogen wird, Deutschland in keiner Weise helfen kann. Frankreich wird sich keinerlei Entscheidung durch den Völkerbund aufzwingen lassen, und der Völkerbund wird auch gar keinen Versuch nach dieser Richtung machen. Wohl aber wird England dort Deutschland in dauernder Front gegen Frankreich halten, ohne daß jemals der geringste Nutzen für Deutschland dabei herauskommt. Was Deutschland nicht außerhalb des Völkerbundes von Frankreich erreicht, wird es auch in ihm nicht durchsetzen können. In direkter Verhandlung wird Deutschland mit Frankreich zu besseren Ergebnissen kommen können als durch irgendeine Vermittlung, sei es auch durch die der Gesellschaft der Nationen. Deutschland würde also gut fahren, wenn es erst nach einer direkten Verständigung mit Frankreich seinen Beitritt zum Völkerbund anmeldete. Man kann durchaus dem frühern Minister Eugen Schiffer zustimmen, der in der Hilfe vom 1. August 1923 ausführte, der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund könnte, »wenn die deutsch-französische Gegensätzlichkeit auf andern Wege ausgeglichen würde, unter gewissen Voraussetzungen und Vorbedingungen den Schlußstein eines neuen Vertragsschlusses bilden, der alsdann den wahren Frieden erst in die Welt bringen und den Einzug Deutschlands in den Friedenstempel der Nationen als weithin sichtbares Symbol dieses wahren Friedens aufweisen würde«.

Also erst materielle Schlichtung der großen Schwierigkeiten, die durch viele Teilnehmer nicht vereinfacht sondern kompliziert werden, sodann Völkerbund als Beweis für die Tatsache, daß befreundete Nationen sich zusammengefunden haben und entschlossen sind weiterhin entstehende, weniger große Meinungsverschiedenheiten durch den Völkerbund behandeln zu lassen. Aber auch dann wird der Völkerbund im großen und ganzen ein getreues Spiegelbild der vorhandenen Machtverhältnisse sein, und man würde die stärksten Enttäuschungen erleben, wollte man glauben, daß er ein geeignetes Instrument sei bestehende Machtverhältnisse wesentlich zu verändern. Im kapitalistischen Zeitalter werden sich innerhalb des Völkerbundes keine wichtigen politischen Vorgänge abspielen, die sich nicht auch außerhalb seiner vollziehen könnten. Vielleicht, daß gewisse Dinge schneller erledigt werden, wirklich große Politik wird jedoch nicht mit dem Völkerbund gemacht werden können, über deren Hauptgrundlagen hätten sich die entscheidenden Mächte vielmehr nach wie vor außerhalb des Bundes zu verständigen.

Sind so Aussichten, daß Deutschland seine größten Sorgen im Völkerbund loszuwerden vermöchte, so gut wie gar nicht vorhanden, so bedeutet das nicht, daß man unsere Lage direkt als verzweifelt ansehen muß. Fast ist sie es zwar, und das, was sich in den letzten Wochen ereignete, als der Dollar nie gekannte Millionenstufen erklettert hatte, wird sich nun in vervielfachtem Maß wiederholen. Davor wird uns keine Finanzreform (sei es auch die allerbeste) behüten können. Nie ist unser Schicksal so evident von unserer Außenpolitik abhängig gewesen wie gerade jetzt, und wohl nie zuvor haben wir es in gleich drastisch klarer Weise empfunden wie seit der Besetzung des Ruhrgebiets. Daraus müssen wir die notwendige Konsequenz ziehen und alle unsere Kraft auf das einzige Ziel konzentrieren: uns mit Frankreich zu verständigen. Daß davon alles abhängt, haben, freilich nur allmählich und viel zu langsam, nachgerade auch die begriffen, die auf eine angeblich in Aussicht stehende Hilfe Englands warteten. Nach den jüngsten Erfahrungen freilich trifft auch das schon wieder nicht zu. Nach den letzten Erklärungen der englischen Minister in den beiden englischen Parlamenten hatte sich diese Auffassung wohl durchgesetzt, und selbst der stets englandhoffnungsfrohe Vorwärts schien endlich bekehrt zu sein, so stark hatten die Vorgänge im Unter- und Oberhaus gewirkt. Da erschien die englische Note an Frankreich. Sofort lernte der Vorwärts (und mit ihm taten es leider auch viele andere) wieder um und bekundete neue freudige Hoffnung auf England durch die in dicken Lettern gesetzte Verkündigung »England erhebt sich gegen Frankreich«. Ist man im Vorwärts, nach den sich immer wiederholenden Erfahrungen, wirklich so beschränkt, daß man den Zweck dieser englischen Note nicht begreift? Das hier schon vor einem Monat zitierte Wort: England werde den Franzosen bis zum letzten Deutschen Widerstand leisten, erhält durch die englische Note eine gute Illustration. Nachdem Lloyd George als erster mit der Ruhrbesetzung gedroht, Bonar Law den Franzosen gute Erfolge dabei gewünscht, kein den leitenden Kreisen angehörender Engländer je auch nur ein Sterbenswörtlein über die Rechtsfrage geäußert hatte, wirft der englische Ministerpräsident diese Frage jetzt in seiner Note auf. Jetzt, nach 8 Monaten Ruhrkrieg. Merkt man denn nicht, daß dadurch das deutsche Volk nur zum weitem "Durchhalten" ermuntert werden soll? In Deutschland glaubt man nun, England hätte durch die Note bekundet, daß Deutschland im Recht sei. Es wird und kann zwar nichts tun ihm zum Sieg zu verhelfen, aber es wird vielleicht erreichen, daß Deutschland wartet, bis das Chaos unabwendbar ist und die deutsche Republik dem Bürgerkrieg zur Beute fällt. Man weiß in England genau, daß nach einer Lösung des Ruhrkonflikts eine deutsch-französische Kooperation beginnen muß. Man weiß dort viel besser als in Deutschland, wie ernst gewisse entgegenkommende Äußerungen der offiziellen französischen Presse gemeint waren. Diese im europäischen Sinn notwendige Annäherung Deutschlands an Frankreich soll nun verhindert werden: das ist eine der wichtigsten Aufgaben britischer Gegenwarts politik. Wird man nun bei uns, gestützt auf die englische Note, deren politische Bedeutung nach maßgebender sozialdemokratischer Meinung »nicht hoch genug eingeschätzt werden kann«, die politischen Dummheiten von 1916, 1917 und 1918 in verstärkter Form wiederholen und das Nötige wieder erst dann tun, wenn kein Quentchen Kraft mehr in uns ist?

Es ist uns in der letzten Zeit von französischer Seite mehrfach nahegelegt worden den Weg der direkten Unterhandlungen zu wählen. Selbst der

Vorwärts hat sich dafür schon vor 9 Wochen ausgesprochen, als er am 19. Juni, unter Hinweis auf einen Artikel des Temps vom 16. Juni, schrieb: »Die hier zum Ausdruck kommende Verhandlungsbereitschaft auf französischer Seite verdient in Deutschland die ernsteste Beachtung. Nichts törichter und verderblicher als die in einem Teil der deutschen Presse zum Ausdruck kommende Stellungnahme, daß man es hier mit einem französischen Manöver gegen den passiven Widerstand zu tun habe.« Diese vernünftige Art die Dinge anzusehen verläßt der Vorwärts praktisch immer wieder, weil er die Grundtatsachen und allgemeinen Zusammenhänge der europäischen Außenpolitik nicht begreifen kann. Gelegentlich jener Äußerung trat dies darin hervor, daß er forderte, die Besprechungen mit Frankreich über die Aufhebung des passiven Widerstandes sollten nur unter Assistentz der englischen Regierung vor sich gehen. Das hieße freilich den Bock zum Gärtner machen. Wir haben es in Sachen der Ruhr nur mit Frankreich und Belgien zu tun, und England hat keine Möglichkeit irgendwelcher Einwirkung auf diese Mächte, wohl aber auf Deutschland, nämlich in negativer Richtung. Das muß Deutschland sich erst von anderen sagen lassen, zum Beispiel von der Basler Nationalzeitung, die uns zu Gemüte führte, daß nur eine direkte deutsch-französische Verständigung unter Ausschaltung Englands als Vermittlers zum Ziel führen könne. Frankreich selber erstrebt nichts anderes. Die französische Regierung hat ja nach wiederholter Erklärung den Einzug in das Ruhrrevier seinerzeit nur unternommen, um Deutschland zu Verhandlungen und direkten Vorschlägen zu bringen, die eine endgültige Lösung des Europa immer wieder beunruhigenden Reparationsproblems bedeuten. Der Ton, den man in Frankreich gegenüber dem neuen deutschen Kabinett anschlägt, beweist das nämliche. Und Poincaré hat in Charleville am 19. August ausdrücklich nur gegen den Abgeordneten Stresemann polemisiert. Gegen den Reichskanzler Stresemann ist dort nichts gesagt worden. Man wartet offensichtlich auf dessen Taten.

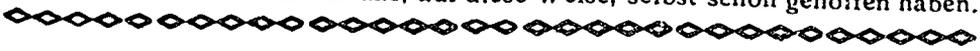
Zu einer Verständigung, die den Willen zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung einschließt, sind freilich Opfer notwendig. Der Gedanke, daß man um diese Wiedergutmachung herumkomme, muß endgültig aufgegeben werden. Und die deutsche Opferbereitschaft darf auch nicht nachlassen, sobald eine erste Erleichterung eintritt. Die Wiedergutmachung liegt ja gerade auch im deutschen Interesse. Sie allein ermöglicht auch einen deutschen Neuaufbau. Von dem klar erkannten Ziel durch eine Zusammenarbeit mit Frankreich Deutschland selbst und dadurch ganz Europa wieder aufzurichten darf man sich durch kein Tagesereignis, durch keine innenpolitische Agitation abwenden lassen. Denn schließlich handelt es sich ja nicht nur darum für eine Weile aus der großen Not der Gegenwart herauszukommen sondern darum eine neue deutsche Zukunft zu schaffen. Für diese ist die Politik, die jetzt und in den nächsten Monaten getrieben wird, von entscheidender Bedeutung. Wir haben in diesen Wochen die Anfänge der innern Zersetzung deutlich gespürt, und wenn uns innere Reformen ein wenig vorwärtshelfen, so gewinnen wir dadurch doch höchstens eine Atempause, innerhalb deren die außenpolitische Wendung vollzogen werden muß.

Wenn wir uns nicht aus dem englischen Schlepptau loszumachen vermögen und durch eine Verständigung mit Frankreich die Wirtschaft an der Ruhr und am Rhein wieder mit der des übrigen Deutschlands vereinigen (gleich-

viel, in welcher Form Frankreich sein Pfandrecht ausübt, die Hauptsache ist, daß in den besetzten Gebieten wieder richtig produziert wird), so werden die Stürme alsbald mit furchtbarer Gewalt über uns dahinbrausen und Deutschland politisch wie wirtschaftlich in Trümmer legen. Über die Phantasieen, mit denen sich die Vielen, Allzuvielen berauschen: im Bündnis mit Rußland Frankreich militärisch zu schlagen, braucht man ernsthaft gar nichts zu sagen. Ganz abgesehen von der militärischen Bedeutungslosigkeit der sogenannten Roten Armee: das wirkliche Rußland wird an der Seite Frankreichs gegen England stehen, die franko-russische Allianz ist eine innere Notwendigkeit und wird im zukünftigen Russischen Reich auch wieder äußere Tatsache werden: trotz Rapallo und Dingen ähnlichen Gewichts. Käme es jetzt oder im nächsten Jahrzehnt zu einem deutsch-französischen Krieg, so würde Deutschland das Schlachtfeld sein, auf dem unsere Jugend aufs neue, in vernichtender Niederlage, dezimiert werden würde; der deutsche Boden, die deutschen Produktionsstätten würden in noch weit größerem Umfang zerstört als es im letzten Krieg Frankreich und Belgien geschah. England hätte gar nicht die Möglichkeit uns wirkliche Hilfe zu senden; wir selber hätten den vollen Ansturm wohlbewaffneter, uns von West und Ost umdrängender Völker zu tragen. Eine Außenpolitik, die uns an der Seite Englands hält, muß uns, wie gesagt, nicht nur in dauernde Gegnerschaft zu Frankreich sondern auch in scharfen Gegensatz zu Rußland bringen, das sonst unser (weil Kontinentaleuropas) bester wirtschaftlicher und auch politischer Bundesgenosse wäre. Wir hätten dann, weil keine unserer politischen Parteien die wahren Interessen Deutschlands zu begreifen und wahrzunehmen verstand, weil unsere politischen Führer in verblendeter Kurzsicht die politischen Entwicklungen verkannten, die glorreiche Aufgabe englischer Degen nicht nur gegen Frankreich sondern auch gegen Rußland zu sein.

Das wäre die Zukunft, der uns die Vertreter von Demokratie und Parlamentarismus entgegenführten, eine Zukunft, schlimmer als das Schicksal, das uns das monarchische System bereitet hat. Man frage nur die Militärs, die wir noch haben; es dürfte unter den wirklich Sachverständigen, unter denen, die sich nicht aus innenpolitischer Demagogie selber betrügen sondern im wahrsten Sinn national empfinden, keinen einzigen geben, der die militärische Situation in einem künftigen Krieg anders sähe. Sind wir uns über diese Tatsachen klar geworden, so kann es uns nicht schwer fallen alle in diesem Augenblick und in der nächsten Zukunft notwendigen Opfer zu bringen, um bessere Zustände vorzubereiten. Wahre Vaterlandsliebe wird nicht zögern dürfen alles Gegenwartsglück, alle Bequemlichkeit, wie wir sie früher gewohnt waren, zu opfern, um den Fortbestand der Nation zu sichern. Und vermutlich werden die größten Opfer nicht einmal nötig sein, sondern wir könnten unser Ziel schon erreichen durch schnelles Hergeben, Verzicht auf bisherige Privilegien, gesteigerte Arbeitsleistung auf allen Gebieten. Nur damit aber schaffen wir uns wieder das feste Fundament, auf dem wir leben und Deutschland selbst wie ganz Europa zu neuem Aufstieg verhelfen können.

Ist dieses Fundament vorhanden, so kann Deutschland auch, als Glied eines sich zusammenschließenden europäischen Festlands, im Völkerbund eine sinnvolle Tätigkeit entfalten. Vorher nicht. Und helfen wird uns der Völkerbund erst können, wenn wir uns, auf diese Weise, selbst schon geholfen haben.



## BRUNO BORCHARDT · NEUGESTALTUNG GROSS BERLINS?



**K**AUM war die neue Stadtgemeinde Berlin auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1920 ins Leben getreten, als auch schon der Ruf nach grundlegender Änderung des Gesetzes ertönte. "Los von Berlin!" wurde als Losung ausgegeben, und 2 politische Parteien machten sich zu Wortführern einer Bewegung, die nach ihrer Angabe aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten entstanden war; diese Forderung, behaupteten sie, würde in einer ganzen Reihe von früher selbständigen Gemeinden von den Bürgern unabhängig von ihrer politischen Einstellung erhoben, während in anderen mit dem alten Berlin wirtschaftlich enger verbundenen früheren Gemeinden der Verlust der Selbständigkeit zur Ertötung des kommunalen Lebens führe, das nur bei einer selbständigen verantwortlichen Tätigkeit denkbar und möglich sei. Es wurde dann auch am 7. April 1921, also nach noch nicht 1jähriger Geltungsdauer des Gesetzes zur Bildung der Stadtgemeinde Berlin, im preußischen Landtag von der Deutschnationalen Volkspartei ein Antrag eingebracht, der von der Regierung einen Gesetzentwurf verlangt, »durch den den unhaltbaren Zuständen in der neuen Stadtgemeinde Berlin abgeholfen und den in den Verwaltungsbezirken vereinigten Gemeinden eine wirtschaftliche Selbständigkeit durch Beschränkung der zentralen Gewalt gegeben wird«. Der Antrag hieß zugleich »hierbei auch zu prüfen, inwieweit der räumliche Umfang der neuen Stadtgemeinde zu beschränken ist«. Am 7. Mai 1921, also genau 1 Monat später, brachte die Deutsche Volkspartei einen Antrag im Landtag ein jenem eben erwähnten Antrag noch hinzuzufügen: »Die Verwaltungsbezirke oder die gegebenenfalls an deren Stelle tretenden geschichtlichen Gemeinden bilden Körperschaften des öffentlichen Rechts, die in der Stadtgemeinde Groß Berlin vereinigt und dieser im allgemeinen unterstellt sind. Als Selbstverwaltungsangelegenheiten sind den Bezirken wenigstens zu übertragen: a) das höhere und niedere Schulwesen mit Ausnahme des Fachschulwesens, b) das Straßen-, Bau- und Fluchtlinienwesen für örtliche Wohnstraßen sowie die Straßenreinigung, c) die Verwaltung der in dem Bezirk gelegenen vorwiegend der Bevölkerung des Bezirks dienenden Anstalten. Die zur Verwaltung der den Bezirken übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erforderlichen Mittel werden teils durch ihnen zu überlassende Steuern teils durch nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen zu bemessende Dotationen der Stadtgemeinde Groß Berlin aufgebracht. Außer den Selbstverwaltungsangelegenheiten sind den Organen der Bezirke städtische Auftragsangelegenheiten in weitem Umfange gesetzlich zuzuweisen. Als solche kommen in erster Linie das Wohnungswesen, das Fürsorgewesen und die Jugendpflege in Betracht.« Dies die Anträge, die auf eine Neugestaltung Groß Berlins abzielen. Trifft ihr Sinn das Richtige?

Während die Deutschnationalen in ihrem Antrag nur ganz allgemein von unhaltbaren Zuständen sprechen, denen durch starke Beschränkung der Zentralgewalt ein Ende bereitet werden müsse, macht die Deutsche Volkspartei sich nicht nur diese Redewendung zu eigen sondern fügt dem Antrag gleich ein weitgehendes Programm der gesetzlichen Änderungen hinzu, das darauf hinausgeht den Verwaltungsbezirken wieder eine ziemlich vollständige Unabhängigkeit von der Berliner Zentralgewalt zu geben. Nun bin ich

am wenigsten berufen und geneigt zu sagen, in Groß Berlin habe sich alles auf das beste und schönste entwickelt, und das am 27. April 1920 geschaffene Gesetz, die Grundlage der neuen Stadtgemeinde, sei ein vollkommenes oder auch nur gutes, der Abänderung oder der Verbesserung nicht bedürftiges Gesetz. Bin ich doch seinerzeit dem Plan entgegengetreten das Problem Groß Berlin durch Schaffung einer zentralisierten Einheitsgemeinde zu lösen, da mir andere Gebilde zweckmäßiger schienen. Aber man hat sich nun einmal für die Einheitsgemeinde entschieden. Mit dieser Tatsache muß sich auch der abfinden, der sie nicht gewollt hat. Der Schritt, der mit dem Gesetz vom 27. April 1920 getan worden ist, kann nicht ungeschehen gemacht werden, und es wäre gänzlich unfruchtbar darüber zu spintisieren, wie manches sich anders und vielleicht besser entwickelt hätte, wenn man nicht diesen sondern einen andern Schritt getan hätte. Wir müssen heute eben mit dem rechnen, was auf Grund jenes Gesetzes geworden ist. Dann aber bin ich auch weit entfernt den Gegnern der Einheitsgemeinde zuzugeben, es sei alles richtig, was sie von »unhaltbaren Zuständen« behaupten: die Entwicklung Berlins habe sich in den schlimmsten und unerträglichsten Formen vollzogen und über die Bevölkerung die schwersten Leiden verhängt, an denen die Zusammenfassung der Gemeinden mit dem Verlust ihrer Selbstständigkeit schuld sei. Das sind Übertreibungen und Entstellungen aus parteipolitischen Gründen. Objektive Beurteiler und Beobachter geben natürlich zu, daß in der neuen Stadtgemeinde Berlin sich eine ganze Reihe von Übelständen gezeigt hat, die dringend der Beseitigung bedürfen. Aber diese Übelstände hängen keineswegs sämtlich mit der Schaffung der Einheitsgemeinde zusammen, und, soweit sie das tun, müssen sie im Rahmen dieser Gemeinde, nicht durch ihre Zerschlagung behoben werden. Die schwersten Übel, unter denen wir leiden, sind keine spezifisch berlinischen Übel, sie entspringen vielmehr aus der gesamten Wirtschaftslage in Deutschland und machen sich daher im ganzen Reich in allen Gemeinden in gleicher Weise wie in Berlin bemerkbar. Die Wirtschaftspolitik, die bislang im Reich betrieben wurde, zeigt ihre unheilvollen Folgen, und hierbei ist es ohne Belang, ob die Berliner Gemeinden Einzelgemeinden wären oder eine Einheitsgemeinde bilden. Daß der Dollar am Tag der Ermordung Rathenaus noch nicht den Stand von 350 Mark erreicht hatte, daß er am Tag des Rücktritts des Kabinetts Wirth auf etwa 6000 Mark gestiegen war, am Tag des Rücktritts des Kabinetts Cuno auf ungefähr 4 Millionen Mark: das sind Tatsachen, auf deren Zustandekommen die Berliner kommunale Politik ohne jeden, zum mindesten ohne jeden erheblichen Einfluß gewesen ist.

Erkennt man billig an, daß die schlimmsten Übelstände keine spezifisch berlinischen sind, sondern sich in allen Großstädten Deutschlands, ja in allen Gemeinden, großen wie kleinen, in nahezu gleicher Weise zeigen, so bleibt doch noch genug an Vorwürfen, die gerade der Berliner Verwaltung gemacht werden, und die keineswegs ohne weiteres als unberechtigt abzutun sind. Einer der schwerstwiegenden Vorwürfe ist der der Überzentralisierung und des dauernden Einmischens der Zentralbehörde in die kleinsten Einheiten der Verwaltungsbezirke, wodurch nicht nur eine große Erschwerung und Verlangsamung des bürokratischen Geschäftsgangs herbeigeführt, sondern auch den in den Bezirken tätigen Persönlichkeiten jede Arbeitsfreudigkeit genommen wird, was naturgemäß zu schwerer Schädigung des Ganzen führen muß. Mit dem ganzen Hochmut, der in einer Zentralverwal-

tung beschäftigten Persönlichkeiten oft eigen ist, und zwar in der Regel denen, die nicht leiten sondern sich in subalternen Stellung befinden, wird den Bezirken öfters zu Gemüte geführt, daß auch die örtlichen Angelegenheiten von der Zentralbehörde weit besser verstanden und beurteilt werden als von den lokalen Instanzen, und in die Maßnahmen der Bezirke wird häufig, aber keineswegs verbessernd eingegriffen. Daher erhebt sich ziemlich allgemein in den Bezirken der Ruf nach einer genauern Festlegung und Abgrenzung ihrer Befugnisse. Nach dem oben genannten Antrag sollen sie sogar gesetzlich festgelegt werden. Ist aber wirklich zum Schutz der Bezirke eine Änderung des Gesetzes mit ihrem schweren Eingriff in die Selbstverwaltung Groß Berlins notwendig? Ich dünke, wir haben in der deutschen Republik ein Zuviel an Gesetzen und leiden an zu schneller und überhasteter Gesetzesmacherei und Gesetzesveränderung. Gewiß haben wir noch einen Wust überkommener und gänzlich veralteter Gesetze, mit denen in der kurzen Revolutionsperiode, sofern man von einer solchen in Deutschland überhaupt sprechen kann, nicht aufgeräumt worden ist. Die Arbeiterschaft konzentrierte damals die von ihr erwartete revolutionäre Energie leider nicht auf wenige wichtige Punkte sondern verzettelte sie in gegenseitigen Anschuldigungen und erbitterten Kämpfen über die beste Form der Durchführung der Revolution, bis von der revolutionären Begeisterung gar nichts mehr übrig geblieben, und die beste Zeit für schnelle und gründliche Beseitigung des zur Vernichtung Reifen vorbei war. Jetzt ist die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen für das sich ständig neu und weiter entwickelnde Leben in der Republik gewiß nicht überflüssig geworden, doch muß die Gesetzesschöpfung im allgemeinen der wirtschaftlichen Entwicklung nachfolgen. Vor allem muß man sich davor hüten in eine und die selbe Materie allzu häufig gesetzgeberisch einzugreifen.

So muß auch Groß Berlin Zeit gelassen werden im Rahmen des sicherlich nicht vollkommenen Gesetzes die Schäden, die sich gezeigt haben, zu überwinden. Durch allzu schnelle und voreilige Gesetzesänderung würden diese keineswegs beseitigt werden, sondern zu den vorhandenen kämen vermutlich noch neue. Das zeigen die vorliegenden Anträge sehr deutlich. Sie richten sich sämtlich im Grunde gegen den Grundgedanken des Gesetzes über Groß Berlin, gegen den Gedanken der Einheitsgemeinde, scheuen sich aber das offen auszusprechen. Hierin zeigen sie eine bedauerliche Halbheit. Eine Selbstverwaltung in der Gemeinde ist nicht ohne die Finanzhoheit denkbar. Wird diese der Gemeinde Berlin genommen und, wenn auch nur teilweise, nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei den Bezirken übertragen, so ist von der Einheitsgemeinde Berlin nur noch der Name geblieben, die Bezirke sind zu selbständigen Gemeinden geworden, und zwar in einer Weise, die, gerade wegen der Halbheit des Geschaffenen, den frühern wie den gegenwärtigen Zustand durch die sich notwendigerweise ergebenden Reibungen an Unerquicklichkeiten und Unzuträglichkeiten noch sehr erheblich verschlimmerte. Will man die Einheitsgemeinde bestehen lassen, so darf man auch ihre Finanzhoheit gegenüber den Verwaltungsbezirken nicht antasten. Ist man sich darüber klar, so wird man ohne weiteres zugeben, daß zu einer gesetzlichen Änderung des gegenwärtigen Zustandes in Groß Berlin die Zeit noch nicht reif ist, daß noch auf Jahre hinaus zunächst die Gemeinde Berlin selbst das Wort hat, um all das Schlechte, das unleugbar vorhanden ist, im Rahmen des Gesetzes zu ändern. In Berlin ist auch eine gemischte

Deputation aus Magistrat und Stadtverordneten seit längerer Zeit dabei einen Plan für eine Neuorganisation der Verwaltung in der Zentrale und den Bezirken auszuarbeiten. In die Öffentlichkeit ist von ihrer Tätigkeit und ihren Beschlüssen noch kaum etwas gedrungen. Ihre Arbeit wird sich in der Richtung bewegen müssen, daß von der Zentrale im wesentlichen nur die allgemeinen Richtlinien bestimmt werden, nach denen sich die Bezirke bei der selbständigen Erledigung aller örtlichen Angelegenheiten richten müssen. Freilich werden auch bei der auf dem Papier idealsten Gestaltung des Verhältnisses zwischen Zentrale und Bezirken und bei größter Selbstständigkeit der Bezirke bei der Verwaltung ihrer Aufgaben die Klagen nicht verstummen. Denn eines wird man bei den schweren Zeiten, in denen wir leben, unbedingt von den Bezirken fordern müssen: sich mit den ihnen von der Zentrale überwiesenen Mitteln einzurichten. Wie schwer das heutzutage ist, weiß jeder. Und naturgemäß werden sich hieraus immer wieder Unzuträglichkeiten ergeben. Das kann sich erst ändern, wenn wir allgemein zu besseren Zeiten kommen. Und diese kann uns nur eine produktive Außen- und Wirtschaftspolitik des Reichs bringen.

Damit komme ich auf den entscheidenden Punkt: Die Form der Verwaltung ist ja letzten Endes nicht das Maßgebendste und Wichtigste, sondern der Inhalt dessen, was verwaltet werden soll. Was uns in erster Linie not tut, ist eine in klarster und bewußter Weise auf Vermehrung der Produktion gerichtete Politik, und zwar in gleicher Weise in Reich, Staat und Gemeinde. Diese Vermehrung kann durch keine agitatorischen Forderungen, durch keine noch so radikal klingenden Finanzprojekte erreicht werden sondern nur durch eine Rationalisierung, Intensivierung und Verstärkung der Wirtschaft selbst. Und hierzu ist die Vorbedingung eine Erhöhung der Arbeitsleistung. Gilt dies schon für alle Betriebe, so erst recht für die sozialisierten, also in erster Linie für die des Staats und der Kommune, bei denen der sonst stets erhobene Einwand fortfällt, daß das Ergebnis der Mehrarbeit nur in die Taschen eines Privatunternehmers fließe; hier kommt es ja der Gesamtheit zugute. Hier vornehmlich sollten die Arbeiter, Angestellten und Beamten den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft in weit höherem Maß Rechnung tragen als dies bisher geschehen ist.

Das gilt gerade auch für die Stadtgemeinde Berlin, deren Wirtschaft hoffnungslos darniederliegt und nicht wieder auf die Beine gebracht werden kann, weil keine Kategorie die doch nun einmal notwendigen Opfer bringen will. Dadurch wird jede Rationalisierung, wird vor allem das Notwendigste von allem: die Kräfteersparnis, unmöglich. Ich erinnere nur an die Frage, in welcher Weise der Achtstundentag in manchen Betrieben durchzuführen ist, ob mit geteilter oder ungeteilter Arbeitszeit. Natürlich bedeutet bei den eigentümlichen Wohnungsverhältnissen und räumlichen Entfernungen in der Riesenstadt Berlin eine Teilung der Arbeitszeit in vielen Fällen geradezu eine Aufhebung des Achtstundentags, weil die Zwischenzeiten vollkommen mit dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ausgefüllt würden. Es gibt aber auch Fälle, in denen Wohnung und Betriebe so eng zusammenliegen, zum Beispiel meistens beim Pflegepersonal in Krankenhäusern, daß man hier eine Teilung der Arbeitszeit keineswegs als nicht mehr dem Achtstundentag entsprechend bezeichnen darf, während durch die Teilung der Arbeitszeit die Arbeit selbst rationeller gestaltet werden kann. Ich

unterschreibe auch die von Stresemann erhobene Forderung in der gegenwärtigen schweren Zeit auch Überstunden zu machen und bei der Lebensfrage der Nation nicht ein starres Dogma herrschen zu lassen. Wenn beispielsweise die Verwaltung der Berliner Straßenbahn kein anderes Mittel vorzuschlagen weiß als Erhöhung der Tarife oder Stilllegung des gesamten Betriebs, so verdient diese Verwaltung selbst auf das schleunigste stillgelegt zu werden. Ihr Antrag den Tarif auf 200000 Mark zu erhöhen kam praktisch ihrem andern Vorschlag, dem den Betrieb gänzlich stillzulegen, vollständig gleich. Diese Verwaltung hat durch ihre unglückselige Tarifpolitik hinreichend bewiesen, daß ihr vom wirtschaftlichen Geist auch nicht eine Spur innewohnt. Vor dem Krieg haben gerade die Sozialdemokraten mehr als einmal darauf hingewiesen, daß einer der stärksten Gründe für die Übernahme der Straßenbahn seitens der Kommune der sei, daß die Kommune diesen Betrieb nicht als einen rein kapitalistischen zur Erzielung von Gewinn zu betreiben brauche sondern so, daß man die Verkehrsbedürfnisse befriedigt und dem Siedelungsbedürfnis Rechnung trägt, ja der ideale Zustand sei der, daß jeder, der die Straßenbahn zu benutzen wünsche, dies ohne weiteres und ohne besonderes Entgelt tun könne wie die öffentlichen Brücken, Straßen, freien Gartenplätze usw. Diese als Ideal aufgestellte Forderung werden wir heute zurückstellen müssen, aber wir wollen sie keineswegs ganz vergessen. Eine Bankrotterklärung der Straßenbahnverwaltung aber ist es, wenn sie den Betrieb entweder durch direkten Beschluß oder durch sinnlose Tariferhöhung einstellt; eine Tariferhöhung, die auch bei Umrechnung auf Goldwert weit über den Vorkriegspreis hinausgeht (was ja kein Wunder ist, wenn man den Straßenbahnern auf Grund der vom Staat festgesetzten Tarife einen Stundenlohn zahlt, der, umgerechnet, um ein Viertel höher ist als vor dem Krieg). Einer solchen kommt es auch gleich, wenn man das Heilmittel darin zu sehen glaubt, daß auch die anderen Verkehrsmittel (Stadtbahn, Hochbahn, Autobus) aufgefördert werden mit ihren Tarifen in gleicher Weise in die Höhe zu gehen. So richtig der (gerade in den Sozialistischen Monatsheften seit vielen Jahren vertretene) Gedanke einer Vereinheitlichung der Berliner Verkehrseinrichtungen ist, so darf er doch nicht, wie der Vorwärts es ständig tut, in der Weise aufgefaßt werden, daß die sämtlichen Verkehrsinstitute in der selben Weise den Bankrott erklären wie die Berliner Straßenbahn, und die auf die Verkehrsmittel angewiesene Bevölkerung geradezu zur Verzweiflung getrieben wird. Ein erschwinglicher Einheitstarif mit vermehrter Wagenfolge ist das Mittel, zu dessen Anwendung die Verwaltung der Straßenbahn sich bisher nicht hat entschließen können, das aber allein den Verkehrsbedürfnissen der Großstadt und dem Geldbedürfnis der Verwaltung gerecht werden kann. Die Straßenbahn (und das nämliche gilt für die übrigen städtischen Unternehmungen; der neueste Gastarif ist ungeheuerlich und unerträglich) kann nur durch erhöhte Leistung saniert werden, durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, die bei Verkehrsbetrieben durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich ist. Denn alle diese Werke können nur bestehen, wenn man das Personal auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt. In dieser Richtung ist in vielen Berliner Verwaltungen im Lauf des letzten Jahres manches mit unvermeidlichen Härten für einzelne Gruppen geschehen, aber sicherlich noch nicht genug. Vor allem muß es verbitternd auf Angestellte und Arbeiter wirken, wenn bei der notwendigen Verringerung des Personals stets vor den Beamten haltgemacht wird, deren "wohlerworbene Rechte"

jeder Entlassung, auch einer solchen mit Abfindung, im Weg stehen. Es kommt hinzu, daß fast jeder, der mit amtlichen Dienststellen zu tun hat, häufig in die Lage kommt zu erkennen, wie wenig intensiv gerade viele Beamte arbeiten, und daß zweifellos mit wenigen Beamten oft mehr und Besseres geleistet werden könnte. Das Beamtenrecht gibt dem Beamten eine grundsätzlich andere Stellung als dem Angestellten und dem Arbeiter. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Stadt Berlin den Versuch macht auf die gesetzgebenden Körperschaften im Sinn einer grundlegenden Änderung des Beamtenrechts einzuwirken, um die Entlassung Überflüssiger da in der selben Weise zu ermöglichen wie es bei Angestellten und Arbeitern der Fall ist, so daß auch die Beamtenschaft auf eine Zahl reduziert werden kann, die mit rationell gestalteter intensiver Arbeit verträglich ist.

Vor allem aber muß bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten selbst das Gefühl lebendig werden: Es ist stets, namentlich aber in der gegenwärtigen Lage Deutschlands, notwendig, daß jeder einzelne bei seiner Arbeit und seiner Tätigkeit weniger an sich selbst als an den Vorteil des Ganzen denkt.

## HERBERT KÜHNERT · DIE GESTALTUNG DER BERUFSSCHULE IM EINHEITSSCHULSYSTEM THÜRINGENS

**W**IE in früheren Artikeln hier dargelegt wurde, soll die durch das Einheitsschulgesetz in Thüringen angebahnte Neuorganisation des Schulwesens<sup>1</sup> durch das sogenannte Berufsschulgesetz fortgesetzt und ergänzt werden. Wenn für die Neuorganisation des höhern Schulwesens im Sinn des Einheitsschulgesetzes der Gedanke maßgebend war, daß es dem vorwiegend geistig interessierten, aber unbemittelten Kind von der Volksschule aus ermöglicht werden sollte nach vollendetem 7. Schuljahr auf dem Weg über die höheren Lehranstalten eine führende Stellung unter den Kopfarbeitern zu erreichen, so geht der Entwurf zum Berufsschulgesetz von dem Gedanken aus, daß auch den vielen vorzüglichen Strebungen unter den jugendlichen Handarbeitern mehr als bisher breite Fortbildungsmöglichkeiten technischer, natur- und kulturwissenschaftlicher sowie fremdsprachlicher und künstlerischer Art dargeboten werden müssen. Man gedenkt dies in Thüringen etwa auf folgende Weise zu erreichen.

In Ausführung des Artikels 145 der Reichsverfassung muß die Schulpflicht für beide Geschlechter nach oben hin zunächst bis zum Ende desjenigen Schuljahrs ausgedehnt werden, innerhalb dessen das 17. Lebensjahr vollendet wird. Davon befreit kann nur sein, wer eine andere öffentliche Schule besucht, und zwar nur während der Dauer dieses Schulbesuchs. Auch wer die Mittelschule besucht hat, muß danach noch einer 1jährigen Berufsschulpflicht genügen. Die Berufsschule, und zwar sowohl die für Knaben wie die für Mädchen, wird nach Berufen gegliedert. Der "ungelernte" Jugendliche hat die Wahl sich einer Berufsklasse anzuschließen und erhält so ebenfalls

<sup>1</sup>) Siehe Kühnert Auf dem Weg zur Einheitschule und Die Organisation der Einheitschule in Thüringen, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 226 ff. und 411 ff.

das Mindestmaß von 8 Unterrichtsstunden in der Woche. Der Schüler jedes Berufs soll die Bedingungen und Zusammenhänge seiner Arbeit kennen lernen. Er soll sich mit den Eigenschaften der Rohstoffe und der Wirkungsweise der Werkzeuge und Maschinen vertraut machen, er soll über sie und über die der Wirtschaft dienenden Naturkräfte nachdenken und mit ihnen rechnen, soll selbst Versuche anstellen und das Beobachtete oder Erdachte technisch oder zeichnerisch darstellen lernen. Mit der Einführung in die Elemente der Volkswirtschaftslehre muß sich die Einführung in die Verfassung des Deutschen Reichs und des Landes Thüringen sowie die Behandlung ausgewählter Kapitel aus dem Arbeitsrecht verbinden. Ferner gilt es die geistigen Strömungen in unserm Volk verstehen zu lernen. Auch die Lehre von der Gesundheit darf in dem für alle Jugendlichen verbindlichen Unterrichtsprogramm nicht fehlen. Natürlich muß das Dargebotene immer in lebendiger Beziehung zum Beruf stehen. Das Mädchen muß ebensowohl für die Hauswirtschaft wie für Erwerbsberufe ausgerüstet werden.

Diese Aufgaben sollen nach Möglichkeit von *Verbandsschulen* geleistet werden, damit auch unter den schwierigsten Verhältnissen in ländlichen Gegenden mindestens die gewerblichen Schüler von den landwirtschaftlichen getrennt werden können. Die erstgenannten werden nach Möglichkeit den beruflich mehrfach gegliederten Schulen der Städte und großen Landorte zugewiesen, die anderen erhalten landwirtschaftlichen Fachunterricht, wobei die ausschließlich in der Landwirtschaft Beschäftigten hauptsächlich im Winter unterrichtet werden. Das örtliche Berufsschulwesen soll nicht der Gemeinde unterstellt werden sondern dem Schulkreisverband, der es von höherer Warte aus zu überschauen vermag. Auch auf dem Land wird man sich dabei zur Bildung gemischter Klassen genötigt sehen, denn die Töchter der kleinbäuerlichen Bevölkerung bedürfen des landwirtschaftlichen Fachunterrichts ebenso sehr wie die Söhne. So wird eine Schule geschaffen werden, die allen Jugendlichen ein Mindestmaß von beruflicher und staatsbürgerlicher Bildung bietet, die dem Handarbeiter das Bewußtsein nimmt dem Kopfarbeiter gegenüber als der "Ungebildete" zu erscheinen, die ihn aber nicht lediglich zum geschickten Arbeitstier abrichtet sondern ihn befähigt sich an allen Stellen unseres Wirtschaftslebens zurechtzufinden.

Wer aber weiter strebt, für den soll sich diese Berufsschule durch die Anfügung von wenigstens 8 weiteren Wochenstunden Wahlunterricht zur *Berufsmittelschule* erweitern. Diese wird die berufliche Gliederung der Schule nicht stören, da ja der Pflichtunterricht für alle gemeinsam in den Fachklassen erfolgt. Wer dann nachweist, daß er 3 Jahre lang neben seiner Lehre oder sonstigen Berufsarbeit den mindestens 16stündigen Unterricht der Berufsmittelschule besucht hat, dem soll die "mittlere Reife" ebenso zuerkannt werden können wie dem, der die Deutsche, Latein- oder Realmittelschule durchlaufen hat, und er soll berechtigt sein in die Berufsoberschule einzutreten.

Die *Berufsoberschule* ist bestimmt nach und nach alle bisherigen Fachschulen (Technikum, Maschinenbau-, Baugewerks-, Handels-, Landwirtschaftsschulen usw.) zu ersetzen, die sämtlich wohl eine tüchtige Fachbildung, meist aber keine genügende staatsbürgerliche und allgemeine Bildung geben konnten. Sie verleiht nach weiteren 2 Schuljahren die Reife zum Besuch einer *Hochschule* (der Technischen, Landwirtschaftlichen, Handels-, Berg-, Forst-,

Wirtschaftshochschule, der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität), so daß also auch auf diesem Weg die Hochschule in 13 Jahren erreicht wird. Auch hier soll, ebenso wie es bereits in dem durch das Einheitsschulgesetz umfaßten Schulwesen geschehen ist, mit dem Grundsatz gebrochen werden, daß die Beherrschung einer oder mehrerer Fremdsprachen ein unentbehrliches Kriterium für den Begriff der höhern Bildung sei. Man wird sich also, wenn in die Erörterung über die von der Berufsoberschule zu vermittelnde "Hochschulreife" eingetreten werden wird, auf ähnliche Gegensätzlichkeiten gefaßt machen müssen wie sie gegenwärtig im Hinblick auf die vielumstrittene Deutsche Oberschule das Feld beherrschen.

So wird auch die Berufsmittel- und -oberschule in Zukunft den selben Weg eröffnen wie die bisherigen Zweige der Einheitsschule, die in Thüringen die früheren höheren Schulen (Oberrealschule, Realgymnasium, Gymnasium) abgelöst haben. Nur wird dieser Weg weniger kostspielig sein, er wird zu der jetzt so eindringlich geforderten größern Lebensnähe der Schule (die dem Wesen der Berufsschule sicherlich entspricht, während für die *allgemeine* Schule nicht die Nützlichkeit sondern die Hingegebenheit an die Sache um ihrer selbst willen das Entscheidende ist) beitragen, und schließlich wird er für viele Jugendliche der natürlichere sein, weil er ihrem Interesse und ihrer Geistesart mehr entgegenkommt. Auch wird er der Arbeiterschaft manchen fähigen Kopf erhalten, der ihr auf dem bisherigen Weg vielleicht entfremdet worden wäre.

Die Berufsmittel- und -oberschule wird zukünftig den Weg für manchen Führer des arbeitenden Volkes bereiten, ebenso aber für den Berufsschullehrer, wie ihn die Berufsschule so nötig braucht: den Berufsschullehrer, der seine Schüler versteht und der von seinen Schülern verstanden wird, weil er mit und unter ihnen groß geworden, Fleisch von ihrem Fleisch und Geist von ihrem Geist ist. Er wird in Zukunft in der Regel durch die Berufsmittel- und -oberschule und durch ihre Hochschule vorgebildet werden; der "technische Lehrer" und die "technische Lehrerin" mit einer geringern Vorbildung werden nach und nach verschwinden, und grundsätzlich wird der Lehrer, der durch Berufsmittel- und -oberschule zur Hochschule gekommen ist, auch in der Volksschule Anstellung finden müssen; vielleicht nicht zu ihrem Schaden. Dabei wird jedoch wie in der Einheitsschule dafür gesorgt sein, daß auch von der Deutschen, Real- oder Lateinmittelschule aus der Übergang zur Berufsoberschule vollzogen werden kann, wenn ein Schüler zu spät inne wird, daß er sich dort auf dem falschen Weg befand. Sollte aber die Berufsmittel- und -oberschule den einen oder andern Zweig der Mittel- oder Oberschule durch ihre fröhliche Entwicklung zum Absterben bringen, so wird dadurch der Wipfel unseres neuen Schulwesens kaum verlieren, wahrscheinlich aber sich nur noch stattlicher runden; treten doch nur neue, frisch grüne Zweige an die Stelle der verdorrten.

Die Schlußklasse der Volksschule (das 8. Schuljahr) wird nun erst wieder eine besondere Aufgabe erhalten: die Vorbereitung für die Berufsschule. Wo man nicht die Schüler, die 1-, 2- oder 3mal "sitzen geblieben" sind, in besonderen Abschlußklassen sammeln kann, daß sie die unbedingt notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten in die Berufsschule mitnehmen können, wird man eben alle Schüler des 8. Schuljahrs wieder in einer Klasse vereinigen müssen. So oder so: Die Schlußklasse der Volksschule wird in Zu-

kunft die Vorklasse der Berufsschule sein. Besser und natürlicher wird sie es freilich erst sein können, wenn überall mit der Arbeitsschule Ernst gemacht wird.

Die neuen Anforderungen vermögen aber die Privatschulen nicht zu erfüllen, wenn sie auch jetzt vielfach noch vorgeben die Berufsschule ersetzen zu können, und ihr Besuch wird in Zukunft nicht mehr von der Berufsschulpflicht befreien dürfen, sofern nicht in der Übergangszeit noch besondere Gründe dafür vorliegen, die natürlich das Volksbildungsministerium wird genau nachprüfen müssen.

Freilich wird auch dieser starke Ast unseres Schulwesens, die neue Berufsschule, Zeit brauchen, um heranzuwachsen, und ganz ausgewachsen wird er erst sein, wenn wir überall den wirklichen, voll geeigneten Berufslehrer haben, der ganz in seiner neuen Aufgabe lebt, weil er in ihr groß geworden ist. Er wird auch ganz von selbst den rechten Berufsschüler bringen, der an der Hand seines Lehrers und guten Kameraden sich eifrig bestrebt immer mehr in das Gemeinschaftsleben seines Volkes hineinzuwachsen, und die Schüler selbstverwaltung wird dann in der Berufsschule eine selbstverständliche Einrichtung sein.

Damit aber die Berufsschule nie den Zusammenhang mit dem lebendigen Wirtschaftsleben verliere, muß für jede Art von Fachklassen ein *Fachauschuß* gebildet werden, in dem besonders auch die Arbeitnehmer in genügender Zahl zu Worte kommen, um mit über die Erziehung des beruflichen Nachwuchses raten und taten zu können. Dadurch wird die Berufsschule Trägerin der Erziehung zur Produktionspflicht, sie erfüllt damit die grundlegende Voraussetzung des Neuaufbaus und genügt dem ethischen Postulat: aus der Menschengemeinschaft eine Gemeinschaft der Schaffenden zu machen. Der Primat der Produktionsidee vor jedem Genußstreben findet so in ihr seinen pädagogischen Ausdruck.

Die organische Eingliederung des Berufsschulwesens in den Gesamtorganismus der öffentlichen Einheitsschule kommt in Thüringen übrigens auch dadurch zum Ausdruck, daß seit dem 1. April 1923 die Fachschulen ebenso wie alle übrigen öffentlichen Schulen des Landes in erster Linie dem Ministerium für Volksbildung unterstellt sind, während sie bis dahin in erster Linie dem Wirtschaftsministerium unterstellt waren. Diese Neuerung wird zweifellos für die Entwicklung des Berufsschulwesens in Thüringen von entscheidender Bedeutung werden, und es wird der Tag kommen, da man den Kopf darüber schütteln wird, wie es bis ins 20. Jahrhundert hinein möglich war, daß ein für die gesamte Volksbildung so überaus wichtiger Zweig des Schulwesens nicht von jeher der gleichen Verwaltungsinstanz unterstellt worden ist. Selbstverständlich bedeutet diese verwaltungstechnische Änderung nicht die Absicht das Berufsschulwesen von denjenigen Faktoren und Organen des Wirtschaftslebens loszulösen, auf deren fachmännische Mitwirkung diese Schularten nun einmal angewiesen sind und immer bleiben werden. Sie bedeutet lediglich, daß, so sehr auch das Wirtschaftsleben nach Arbeitsteilung und entsprechender fachlicher Schulbildung drängt, doch über allen beruflichen Sonderschulzielen die großen Gedanken der allgemeinemenschlichen und staatsbürgerlichen Erziehung stehen müssen, das Bewußtsein des Zusammenhangs aller wirtschaftlichen und beruflichen Sonderziele mit dem Volksganzen.



# WALT WHITMAN · ERIS · DIE GESCHICHTE EINES GEISTES · JUGENDDICHTUNG, AUS DEM JAHR 1844, ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

**W**ER sagt, daß es keine Engel oder unsichtbaren Geister gibt, die wachend um uns sind? Die befruchteten Sphären des Luftreichs strotzen von körperlosen Geistern: körperlos dem Blick des Menschen, um ihrer überirdischen und verwirrenden Schönheit willen.

Und da ist ein Geist, der ist wie ein Kind. Seine Bewegungen sind hilflos und unsicher, sein Angesicht aber ist eine unsterbliche Blüte, und langbewimperte Augen senken sich nieder.

Der Name dieser Form ist Dai.

Wenn er sich nähert, verstummen die Engel und starren in Mitleid und Ergriffenheit nach ihm. Und die schönen Augen rollen und bleiben an keinem Ding haften. Und wenn seine Lippen sich bewegen, wird nur ein Klage-ton gehört, die Nennung eines einzigen Namens.

Die Grenzsphären der Erde, die Straßen im Land der Schönheit, durchwandelt ruhelos Dai, voll Inbrunst den Einen rufend, den er liebt.

Warum wird ihm keine Antwort?

Weich wie das flaumige Blatt der zartesten Blume, rein wie das Herz der Flamme, von einer Schönheit, die so leuchtend ist, daß wohl die Söhne des Himmels selber trunken sein mögen, wenn sie sie schauen, mit vliesigen Kleidern, die eine berückende Weiße und Anmut nur halb bedecken, wohnt Eris unter den Geschöpfen der Schönheit, ein Erwählter und Geliebter.

Und Eris ist der Name, den der wandernde Engel ruft: während keine Antwort tönt, und der Geliebte mit einem Blick der Trauer und des Unwillens schnell entschwebt.

**V**OR vielen Jahren lebten ein Mädchen und ihr Verlobter an einem der freundlichen Orte der Erde. Ihre Herzen schlugen für einander mit der Heiterkeit ihres jungen Lebens und mit all seiner träumenden Leidenschaft. Sie waren jedes schlicht und unschuldig. Die Sterblichkeit mochte nichts Besseres kennen als ihre Liebe, nichts Sonnigeres als ihr Glück.

Nun lag es in der Herrscherart des Geschicks anzubefehlen, daß das Mädchen erkranken und bis nahe an das Tor des Todes geführt werden sollte. Nahe heran, aber nicht hindurch.

Jungen Menschen, die sich in Reinheit lieben, ordnet der Höchste einen edlen Wächter zur Seite, der sie Tag und Nacht ungesehen umschwebt. Das Amt eines solchen Geistes besteht darin schlaflos Wache zu halten und das Herz seines Schützlings mit wundersamen und geheimnisvollen und lieblichen Gedanken zu erfüllen.

Über das Mädchen war Dai gesetzt worden, und während ihrer Krankheit umschwebte sie stetig die unbewußte Gegenwart des Jünglings.

Unsterblichen sind Tage, Jahre und Jahrhunderte das gleiche.

Einst ward eine Wolke im Himmel gesehen. Die Zartgeschöpfe neigten ihre Häupter und erschauerten, als ob ein eisiger Hauch vorübergefegt wäre; und weiße Gewänder waren um erschrockene, bebende Formen geschlagen. Ein Erzengel mit verschleiertem Antlitz erhellte die Luft. Und Schweigen breitete sich in den Heeren der Engel, die in Furcht und Verwunderung starrten.

Und wie sie so starrten, erschauten sie einen neuen Gefährten von wunderbarer Lieblichkeit unter sich, ein seltsames, scheues Geschöpf, das, hätte der Schmerz jemals diese Gestade der Unschuld betreten dürfen, unglücklich zu nennen gewesen wäre.

Die Engel umringten den letzten Ankömmling unter Liebkosungen und Küssen und lächelten einander heiter in die Augen.

Dann wurde die Stimme des Erzengels gehört (und sie, die sie hörten, wußten, daß ein Mächtigerer seinen Willen darin aussprach).

»Das Kind Dai!« sagte er.

Und Antwort kam von fernher in Tönen des Zitterns und der Furcht: »Hier bin ich.«

Und der Jüngling kam aus fernen Grenzsphären hervor, wo er in Einsamkeit gewesen war. Der friedevolle Blick erleuchtete nicht mehr seine Augen mit silbernem Licht, und seine unirdische Schönheit war wie eine erwählte Statue, gehüllt in Nebel und Rauch.

»Du schwacher und elender Geist,« sagte der Erzengel »du bist deiner Sendung und deinem Meister untreu gewesen.«

Die bebenden Glieder Dais wurden schwach und kalt. Er wollte in seiner Ohnmacht eine Antwort geben. Doch da erhob er seine Augen und sah das Angesicht der Eris, des letzten Ankömmlings.

Liebe ist mächtig, auch in den Himmeln. Und trugvolle Leidenschaft nistet selbst in den Herzen der Söhne der Schönheit, die den köstlichen Trieb verspüren und wissen, daß sanfte Trauer süßer ist als alles im weiten Kreis der ewigen Freude.

Als der Knabe den Geist Eris sah, sprang er mit der Schnelle des Blitzes an seine Seite. Aber der letzte Ankömmling wendete sich mit Widerwillen ab. Das Band guten Willens konnte, um begangener Unrechte willen und um der Verzweiflung willen, die in zwei menschliche Herzen gepflanzt worden war, nicht zwischen ihnen sein.

Im selben Augenblick wurden die Myriaden verwobener Geister, die stufenweise den Thron des Allmächtigen umstehen (denn die Kraft jenes Lichts und seiner Gegenwart, die selbst Todlose nicht zu ertragen vermögen, muß dem Blick alles Erschaffenen, wie erhaben es auch sei, gemildert werden), im selben Augenblick waren die Myriaden der Geister einer Bewegung in der Seele Gottes bewußt. Und schneller als der elektrische Gedanke war der Befehl vollzogen.

Der ungehorsame Engel fühlte sich jählings in eine undurchdringlich dichte Wolke gehüllt. Das Antlitz des Geistes Eris erheiterte und entzückte ihn nicht mehr. Er wendete sich dahin und dorthin und streckte die Arme aus;

doch wenn er auch seine Gefährten nahe wußte, das Licht des Himmels sah er nicht, und die Augen Eris' blieben ihm finster. Der Jüngling war blind für immer.

Und so schweift ein wandernder Engel mit ruhlosen, unsicheren Bewegungen durch den Raum, und der Laut, der von seinen Lippen gehört wird, ist der Ruf eines einzigen Namens.

Und die Geliebte flieht in Trauer schnell hinweg und achtet nicht auf ihn.

Inmitten unbeschreiblichen Glanzes, wenngleich ihm der Glanz nur Dunkelheit ist, schwebt der Engel weiter und weiter. Und da ist nur eine Szene, die ewig vor ihm ruht.

Sie zeigt ein niedriges braunes Haus unter den Kindern der Menschheit. Im Innern des Hauses ein Ruhebett, worauf ein Mädchen liegt, dessen Wangen mit der Zartheit und Bleiche des Schaums wetteifern. An dem Bett des Mädchens sitzt ein junger Mann, und die umschleierte Augen des Mädchens neigen sich ihm voll Zärtlichkeit.

Welch dunkle Form schwebt über ihr?

Sie ist Sterblichen unsichtbar, wohl aber mag der blinde Geist, durch das Zeichen des raschen Pochens schuldvoller und feuriger Liebe, die ihn durchpulst, erkennen, wer jene Form ist. Vorergerissen durch solch feurige Liebe wagt die Form ihre Pflicht zu überschreiten.

Der junge Mann blickt noch einmal auf das Ruhebett: Er erblickt einen leblosen Körper.

Dies ist das Bild des Gesichtes Dais.

Seine Brüder aus den Scharen des Lichts, wenn sie auf ihren luftigen Reisen ihm begegnen, halten aus Erbarmen eine Weile inne. Aber niemand löscht die Schmerzen des Mitgeföhls (die einzigen Schmerzen, die jenen sündlosen Geschöpfen bekannt sind) oder Arme, die sanft um ihn geschlungen, oder Küsse, die seiner Stirn gegeben werden, die reinen Linien des Körpers des kranken Mädchens, der Toten.

In den Pforten des Himmels steht Eris und blickt oft in weite Ferne. Nicht einer der Millionen der beschwingten Schweifenden, die stündlich erscheinen und schwinden, tritt ein, ohne daß der Wächter seine Züge achtsam prüfe. Und tiefste Freude wohnt in seiner Seele, daß die Zeit nahe ist. Denn ein Faden bindet den Engel an das alte Wohnhaus unten. Und bis jene Bindung reißt, hält Eris Wache in den Pforten des Himmels.

Das Ende dieser Wacht ist nahe.

Auf Erden ist ein abgeplagter Mann von ferner Reise heimgekehrt. Müde und matten Herzens legt er sich auf ein Stück Grund inmitten der Trümmer jenes niedrigen braunen Hauses nieder. Das schwache Echo des Stöhrens, das aus der Brust eines Mannes steigt, der sich zu sterben sehnt, wird hörbar. Das Leben und das rosige Licht und die heiteren Dinge der Natur, die Herrlichkeit des Denkens, die Sonne, die Blumen, die glitzernden Sterne, der sanfte Windhauch: sie sind ihm keine Freude mehr. Und der Sarg und die kalte Erde: sie schrecken ihn nicht; sie sind ein Weg zu der Unvergessenen.



IESE Geschichte wird in den Himmeln erzählt.

Wie die reine Liebe zweier Menschen etwas so Heiliges ist, daß selbst die Unsterblichen nicht wagen dürfen sie zu durchkreuzen.

Dem ungehorsamen Engel gab Erbarmen Blindheit, damit er nicht unendlich ein Wesen anstarre, das seiner Liebe unwillig begegnet.

Und vielleicht ist Dai der Geist des Geschickes jener, deren Selbstsucht den Frieden edler Herzen zu stören trachten würde: um ihrer eigenen unerwiderten und unheiligen Leidenschaft willen.

## RUNDSCHAU

### ÖFFENTLICHES LEBEN

#### Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

**Wertbeständige Löhne** Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes empfahl am

3. Juli den angeschlossenen Gewerkschaften die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und während der tariflichen Lohnperioden die Kaufkraft des Lohnes sichern soll. Als Berechnungsgrundlage für die Auswirkung des Lohnes am Zahltag müsse eine amtliche Meßziffer eingeführt werden, die die wirklichen Steigerungen der Lebenshaltungskosten des Volkes zum Ausdruck bringe. Die Anwendung der amtlichen Meßziffer auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarung sei möglichst durch eine zentrale Vereinbarung für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern. Der Ausschuß des Gewerkschaftsbundes forderte dann für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe die sofortige Durchführung dieser Maßnahme durch Gesetz oder Verordnung.

Am 5. Juli traten die Kommissionen der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Besprechung der Frage der wertbeständigen Löhne unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zusammen. Die Vertreter der Arbeitgeber wollten von einer Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter nichts wissen. Die Besprechung verlief ergebnislos, und die Spitzenverbände der Gewerkschaften stellten fest, daß die Arbeitgeber die Frage der wertbeständigen Löhne noch nicht als genügend geklärt angesehen hätten.

Am 7. Juli wurde im Reichstag der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt, der die Regierung aufforderte eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit der Gehalts- und

Lohnbezüge zu erlassen. Diese Verordnung soll die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgesetzten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Lohnmeßziffer) bringen. Zu dem jeweils vereinbarten Grundlohn soll ein Zuschlag nach dem Verhältnis der nach dem Lohnindex wöchentlich ermittelten Minderung der Kaufkraft der Mark kommen. Der Lohnindex soll sich aus dem amtlichen Lebenshaltungsindex und einem mit den zuständigen Organisationen zu vereinbarenden Meßfaktor zusammensetzen, durch den die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung Berücksichtigung findet.

Ein heftiger Kampf um den Lohn war inzwischen in der Berliner Metallindustrie und im Baugewerbe entbrannt. Nach kurzer Streikdauer in der Metallindustrie erkannte die Unternehmerkommission der Berliner Metallindustriellen an, daß von nun an die Löhne der Berliner Metallarbeiter den Lebenshaltungskosten angepaßt werden sollen, nachdem diese Kosten durch eine, aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte paritätische Kommission ermittelt sind. Ferner soll eine 2fache Lohnzahlung die Arbeiter davor schützen, daß die ermittelten Löhne durch die Teuerung wieder entwertet werden. Damit ist die Frage der wertbeständigen Löhne in das Stadium der praktischen Lösung getreten.

**Zusammen-schluß** Die Lederarbeiterzeitung vom 27. Juli 1923 bringt die Rede des Schuhmacherverbandsvorsitzenden Simon in der Generalversammlung der Tapezierer, Sattler und Portefeuller über die Verbandsverschmelzungsfrage. Die Organisationen der Lederbranche sollen nämlich zu einem allgemeinen Lederarbeiterindustrieverband zusammengefaßt werden. Simon lenkte die Aufmerksamkeit seiner Zu-

hörer auf die vertikale und die horizontale Entwicklungstendenz in der Industrie. In der Lederindustrie breche nun vor allem die vertikale Tendenz durch. Große Konzerne seien entstanden, die das Produkt von der Lederherstellung an bis zum Verkauf, vom Fell bis zum Stiefel beherrschen. Diese Tendenz werde nicht nur durch die Kapitalkonzentration sondern auch durch die Steuergesetzgebung verstärkt. Bei jedesmaligem Umsatz eines Produkts müsse nämlich Umsatzsteuer gezahlt werden; wenn nun ein Schuhwarenproduzent seinem Betrieb eine Gerberei angliedert und eine eigene Verkaufsstelle errichtet, so erspare er Umsatzsteuer. Ein derartiger vertikaler Betrieb sei anderen gegenüber in starkem wirtschaftlichen Vorteil. Die Konzernbildung schreite daher in der Lederbranche schnell fort. Die Konzerne vereinigen immer mehr wirtschaftliche Macht in sich. Diesen Machtvereinigungen müssen die Arbeiter Gleichwertiges gegenüberstellen. Ihr Zusammenschluß zu Industrieverbänden sei daher geboten.

In der Generalversammlung des Verbandes der Maler und Lackierer, die in den letzten Junitagen abgehalten wurde, wurde die Verschmelzung mit dem *Baugewerksbund* erörtert, der, lange vorher schon angeregt (siehe diese Rundschau; 1920 I Seite 275), auf dem 4. ordentlichen Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Mai 1922 geschaffen worden war. Die Verschmelzung soll nur unter der Wahrung der Selbständigkeit der Verbandskollegen erfolgen.

Die Frage der Verbandsverschmelzung behandelt auch der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes Fritz Tarnow in einem Aufsatz Organisationen der deutschen Gewerkschaften (in der Internationalen Gewerkschaftsbewegung vom Januar-Februar 1923). Die starke Konzentrationstendenz in der Verbandsentwicklung ist nach Tarnow unverkennbar. Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß 1922 waren zwar noch 49 Verbände vertreten, aber 12 Verbände umfaßten bereits 83 $\frac{1}{2}$ % der gesamten (6 320 421) Mitglieder. Der Leipziger Kongreß nahm mit 4 854 125 gegen 1 925 972 Stimmen die Resolution Dißmann an, der ein »extremer Anhänger der Industrieorganisation mit betrieblicher Abgrenzung« ist. Diese Resolution forderte die Errichtung von *Industrieverbänden* durch den Zusammenschluß der heute noch bestehenden Berufsorganisationen. Die Konzentrationstendenzen

in der kapitalistischen Wirtschaft spiegeln sich in den gewerkschaftlichen Auffassungen über das Organisationsproblem wider. Tarnow stellt 3 Richtungsprinzipien dieser Auffassungen fest: »1. das Konzernprinzip, wonach alle Betriebe ohne Rücksicht auf den Produktionszweig zur gleichen Organisation gehören sollen, die nach ihrer Betriebsverwaltung oder dem Unternehmer zusammenhängen; dieses Prinzip wird bisher aufgestellt von den Verbänden der Gemeindearbeiter und Eisenbahner, man könnte es aber auch für die Privatindustrie anwenden, zum Beispiel alle Arbeiter im Stinneskonzern, gleichgültig, ob Papierfabrik, Bergwerk, Maschinenfabrik oder Zeitungsunternehmen in einem Verband zusammenfassen; 2. die *horizontale* Zusammenfassung, die alle Betriebe in einem Verband vereinigen will, die nach ihrem Produktionsprozeß und den Rohstoffen zusammengehören (Metallindustrie, Holzindustrie, Nahrungsmittelindustrie usw.); 3. die *vertikale* Zusammenfassung, die vom Rohstoff angefangen bis zum Warenbetrieb alles vereinigen will, was am Werdegang eines bestimmten Endproduktes beteiligt ist; diese Form wird namentlich von den Bauarbeitern propagiert, die auf dieser Grundlage den Plan eines Baugewerksbundes aufgestellt haben, der nicht nur die Bauarbeiter sondern auch die Baustoffarbeiter in Ziegeleien, Zementfabriken umspannen soll, die nach dem horizontalen Prinzip dem Verband der Fabrikarbeiter belassen werden müßten.« Diese Zusammenfassungstendenzen rennen in der gewerkschaftlichen Verwaltungspraxis oft scharf auf einander. So fordern die Gemeindearbeiter, daß ihnen die Straßenbahnen in kommunaler Regie zugewiesen werden. Das gleiche verlangen die Transportarbeiter, da sie die Hand auf die Angestellten und Arbeiter *aller* Straßenbahnen legen wollen. Eine reichlich fließende Quelle gewerkschaftlicher *Grenzstreitigkeiten* kann sich da auftun. Indem sich Tarnow diese vor Augen stellt, betont er, daß das Prinzip der *beruflichen* Abgrenzung außerordentlich klar und leicht anzuwenden sei, denn der persönliche Beruf der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder sei in der Regel leicht festzustellen. Bei der Verschmelzung der einzelnen Gewerkschaften werden praktisch Kompromisse zwischen den Zusammenfassungsprinzipien abzuschließen sein. Die Verschmelzung selbst marschiert rüstig voran. So entschied sich der Verbandstag der Kürschner ein-

stimmig für die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband, so beschloß der Sattler- und Tapeziererverband mit 29 gegen 10 Stimmen seine Vereinigung mit den Schuhmachern und Gerbern. Übrigens arbeitet der Konzentrationsgedanke auch jetzt stark in den bisher so zersplitterten *englischen* Gewerkschaften. Genosse Johann Sassenbäch, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sagt in seinem Internationalen Monatsbericht vom 15. Juli 1923, es bestehe begründete Hoffnung, daß sich der Verband der englischen Elektrizitätsarbeiter mit 45 000 Mitgliedern mit dem Verband der Maschinisten, Heizer, Mechaniker und Elektrizitätsarbeiter verschmelzen werde.

**Andersfarbige** Die Weltwirtschaft hat die Länder der sogenannten farbigen und halbfarbigen Bevölkerungen stark industrialisiert. *Mexico* mit seiner überwiegend gemischten Bevölkerung (Mestizen, Mulatten, Gambos, Chinos, Indianer) hat bereits eine starke Gewerkschaftsbewegung. Der Mexicanische Gewerkschaftsbund wählte im April 1922 in mehr als 260 Gewerkschaften und Vereinigungen über 500 000 Mitglieder. Diese verteilen sich unter anderm auf folgende Verbände: auf den Verband der Eisenbahner, auf die Organisationen der Bergarbeiter mit 42 Ortsgruppen und 50 000 Mitgliedern, auf die *Federacion de Sindicatos del Distrito Federal* mit 30 Verbänden und etwa 35 000 Mitgliedern, auf die Organisationen der Textilindustrie mit etwa 40 000 bis 50 000 Arbeitern, auf die landwirtschaftlichen Organisationen mit über 200 000 Mitgliedern. In diesen Organisationen dürften sich viele Mischlinge und Farbige finden. Die Arbeitsbedingungen und die sozialen Einrichtungen sind zum Teil in der Verfassung festgelegt worden. So setzt zum Beispiel der Artikel 123 der Verfassung fest: »1. 8 Stunden sind die maximale Arbeitszeit pro Tag. 2. Die maximale Arbeitszeit für Nachtschichten ist 7 Stunden.« Die Mutterschutzgesetze sind sehr weitgehend.

Geradezu fabelhaft war der wirtschaftliche Aufschwung *Japans* im Weltkrieg. Zurzeit sind zirka 2 Millionen Arbeiter in Fabriken und 186 000 auf den Eisenbahnen beschäftigt. Streiks sind nicht selten in Japan. Nach den neuesten Veröffentlichungen gibt es zirka 300 Organisationen mit etwa 365 700 Mitgliedern. Nach Sherwood Eddy /New York/ (in

der Internationalen Gewerkschaftsbewegung vom Mai-Juni 1923) stehen die Verbände, die vor 40 Jahren unter der Leitung christlicher Führer gegründet wurden, »unter dem Einfluß von Führern, die für verschiedene Formen des Sozialismus eintreten.« Im Jahr 1919 sandte Suzuki, ein Mitglied des Landtags, an 20 in der Arbeiterbewegung stehende Sozialisten Fragebogen. Von den 15, die antworteten, waren 7 Marxisten, 5 Staatssozialisten und je 1 Christlich-Sozialer, 1 Syndikalist und 1 Anarchist.« Die Arbeiterschaft in *China* kämpft bereits in zahlreichen Streiks um die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit. Bisher stammen die Arbeiterführer Chinas meist aus den oberen Klassen. Aus den Reihen der Arbeiter sind sie nicht entsprungen. Das ist eine Hauptschwäche der chinesischen Arbeiterbewegung. Immerhin setzt sich der chinesische Arbeiter schon für eine Verbesserung seiner Arbeitslohn- und Arbeitszeitverhältnisse ein.

In *Südafrika* verdrängt der schwarze Arbeiter in wachsendem Maß den weißen. Der Maschinenbauerverband sah sich deshalb genötigt schwarze Arbeiter in seinen Reihen aufzunehmen. Im Bäckerverband sind 80 % der Mitglieder schwarze Arbeiter. In Nordafrika, in Ägypten bestehen 21 Gewerkschaften mit 60 000 Mitgliedern.

Die nichtweißen Arbeiter sind also bereits in großer Zahl für den Organisationsgedanken gewonnen. Jüngst schrieb Tarley Parker Christensen, der Vorsitzende der Farmer-Labor Party der Vereinigten Staaten von Amerika: »Ich habe soeben eine ausgedehnte Reise nach dem Orient beendet (Indien, China, Japan und Sibirien). Die Arbeiterbewegung dieser Länder scheint sehr hoffnungsvoll: Überall findet man gesunde Ansichten, ein allgemeines Verlangen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, eine kräftige Klassensolidarität. Die Arbeiter des Orients sind bereit das Evangelium der Arbeiterbewegung aufzunehmen, und die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist berufen die Bewegung zu leiten.«

**Frauenfürsorge** Von den 738 108 Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind 495 329 Frauen und Mädchen. Zwei Drittel also der Verbandsmitglieder sind weiblich. Diese Tatsache zwingt den Vorstand sich energisch der besonderen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen anzunehmen. Namentlich die

werdende Mutter fordert sein ganzes Interesse heraus. Und so rief er denn zum 12. Juli, wohl zum erstenmal im Deutschen Reich, eine Versammlung *schwangerer Frauen* in Crimmitschau zusammen. Man hatte zu dieser Versammlung keine öffentliche Propaganda gemacht, in aller Stille waren die werdenden Mütter zusammengetreten. In einer Resolution verlangte der Deutsche Textilarbeiterverband: 1. humane Behandlung, rücksichtsvolles, ernstes und würdiges Verhalten der Vorgesetzten sowie der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gegenüber der schwangern Kollegin, 2. Unterstützung der schwangern Kollegin durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei allen der Schwängern schwer fallenden Arbeitsverrichtungen (Zulangen gerissener Fäden beim Weben, Wenden, Schleppen und Ziehen der Tuchstücke, beim Stückputzen, beim Stopfen usw., Schleppen und Ziehen der Wollkörbe, 3. Schaffen von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz während der Zeit ihrer Schwangerschaft bei Beschäftigung, die ununterbrochenes Stehen auferlegt. Ferner forderte er die Bereitstellung eines freundlichen Zimmers für schwangere Arbeiterinnen, die Einrichtung guter Kantinen für die besonderen Bedürfnisse der Schwangeren, die Bereitstellung von Medikamenten, die Einstellung von Fabrikärzten, die Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden und ärztlichen Beratungsstellen für Schwangere, fürsorgliche Beaufsichtigung der Schwangeren durch weibliche Gewerbeaufsichtsbeamte, die Einstellung weiblicher Ärzte für Beratung der Schwangeren, die Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinn der Krankenversicherungsgesetze, Einführung der Familien- und Kinderversicherung usw. Ein feiner menschlicher Zug offenbart sich in diesen Forderungen, vor allem in der Unterstützung der Schwangeren durch ihre Kollegen und Kolleginnen bei der Arbeit. Nicht genug der Fürsorge haben bisher die gewerkschaftlichen Verbände den Schwangeren und Müttern zugewandt. Wenn sich die Gewerkschaften noch in verstärktem Maß als humane Fürsorgeinstitute für Mütter und Kinder betätigen werden, dürften ihnen die Arbeiterinnen in hellen Scharen zuströmen. Der Internationale Arbeiterinnenbund, der im August in Schönbrunn bei Wien tagen wird, hat Gelegenheit den vom Deutschen Textilarbeiterverband befürworteten Schutz der Schwangeren auf alle Arbeitszweige mit Arbeiterinnen

auszudehnen; desgleichen die für diese Zeit einberufene Konferenz der Landeszentralen, die sich mit der Frage beschäftigen wird, wie die Frauen besser als bisher zur Gewerkschaftsbewegung herangezogen werden können.

**Arbeiterbanken** Die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiterschaft ist auf das engste an die wachsende wirtschaftliche Macht der organisierten Arbeiterschaft gebunden. Eine wirtschaftlich schwache Arbeiterschaft ist zur politischen Ohnmacht verdammt. Niemals kann ein wirtschaftlich einflußloses Proletariat die politische Macht erobern, denn es gebricht ihm ja an den notwendigsten Mitteln, um eine herrschende Klasse niederzuwerfen zu können. Mehr und mehr kommt der organisierten Arbeiterschaft zum Bewußtsein, daß sie vor allem ihre wirtschaftlichen Machtmittel zu verstärken hat, wenn sie die eisernen Fesseln wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von ihren Händen und Füßen abstreifen soll. Die *amerikanische* Arbeiterschaft hat sich seit der Gründung der Lokomotivführerbank in Cleveland (1920) bemüht Einfluß auf die die Politik der Unternehmerverbände berührenden Aktionen der Banken zu gewinnen. Nach dem Sekretariatsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 15. Juni 1923 ist gerade in letzter Zeit ein starkes Anwachsen von Arbeiterbanken zu verzeichnen. Seit 1920 sind 14 Arbeiterbanken errichtet worden, und neue Banken sind im Entstehen begriffen.

**Totenliste** Am 1. April starb *Johann Leimpeters*, der lange Zeit eine führende Stellung im Bergarbeiterverband einnahm. Leimpeters, der am 23. Oktober 1867 zu Kinzenburg in der Eifel geboren war, erlernte das Schuhmacherhandwerk. Er fuhr dann längere Zeit als Trimmer und Heizer zur See. 1894 trat er dem Bergarbeiterverband bei. 1901 wurde er neben Hue in die Redaktion der Bergarbeiterzeitung gewählt. Im Krieg leitete er den Rechtsschutz für den Bezirk Bochum. Nach dem Krieg war er Arbeiterssekretär in Oberhausen. Für die Sozialistischen Monatshefte verfaßte Leimpeters mehrere eindrucksvolle Artikel. Am 17. April verstarb in Aplerbeck bei Dortmund *Franz Pokorny*, langjähriger Redakteur der Bergarbeiterzeitung. Er war am 21. März 1874 in Schwelm geboren. In Zwickau und im Saarrevier

arbeitete Pokorny mehrere Jahre hindurch in der Eigenschaft eines Bezirksleiters des Bergarbeiterverbands.

In seinem Heimatland Schweden erlag in den ersten Tagen des August *Wilhelm Jansson* einer Blutkrankheit. Er ist nur 47 Jahre alt geworden. Deutschland bedeutete für Jansson die zweite Heimat. Mit 21 Jahren war er als Gärtner nach Hamburg gegangen; dort wurde er bald Vorsitzender der Ortsverwaltung des Gärtnerverbands und 1902 Mitglied des Hauptvorstands und Redakteur des Fachblatts. Seit 1900 arbeitete er auch ständig in der Redaktion des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften, zuerst als Mitarbeiter, dann, seit 1905, als Redakteur, bis zum Jahr 1919, wo er Sozialattaché bei der schwedischen Gesandtschaft in Berlin wurde. Auf diesem Posten beschäftigte er sich auch viel mit den wirtschaftlichen Zuständen in Österreich, Polen und der Schweiz. Die Gewerkschaftsbewegung verlor durch den Tod Janssons (der während des Krieges auch an den Sozialistischen Monatsheften mitgearbeitet hat) eines ihrer arbeitsfreudigsten Mitglieder.

In der Nacht vom 18. zum 19. August starb in Berlin *Albert Massini*, 68 Jahre alt. Der jetzt dahinging, hat im Berliner Gewerkschaftsleben eine sehr große Rolle gespielt. Er stand seit 1893 an der Spitze des Gaus Berlin des Verbandes der deutschen Buchdrucker. Vornehmlich seiner Umsicht und Energie sind viele der großen Erfolge zu verdanken, die die Berliner Buchdrucker im Lauf dieser 30 Jahre errungen haben. In den Richtungsstreitigkeiten hat er durch sein Auftreten und sein Ansehen stets einigend gewirkt.

**Kurze Chronik** Der amerikanische Bäcker- und Konditorenverband hat sich am 26. März 1923 für den Anschluß an die *Internationale Union der Lebensmittelbranche* entschieden. ◊ Dem vor etwa 2 Jahren geschlossenen Organisationsvertrag zwischen dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund ist nunmehr der *Allgemeine deutsche Beamtenbund* beigetreten, der von dem radikalen Flügel des Deutschen Beamtenbundes gegründet wurde und in der Hauptsache die prinzipiell streikfreundlichen Verbände der unteren und mittleren Verkehrsbeamten umfaßt. Damit ist von ihm die Betonung der Besonderheiten des Beamtenverhältnisses

gegenüber den nichtbeamteten Arbeitnehmern aufgegeben worden. Der Vertrag sieht das Zusammenwirken der 3 Spitzenverbände in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten vor, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam berühren. Für die Wirtschaftspolitik wird ganz allgemein der Grundsatz festgelegt, daß »die gemeinwirtschaftlichen Interessen stets den privaten Einzelinteressen voranzustellen« seien; politisch werden die Organisationen verpflichtet »jeder Verletzung der republikanischen Verfassung im Reiche und in den Ländern mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten«. Zugleich schließt sich der Allgemeine Deutsche Beamtenbund der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale an. ◊ Vom 17. bis zum 23. Juni tagte in Kassel die Generalversammlung des *Deutschen Holzarbeiterverbandes*. Dieser vor 30 Jahren gegründete Verband wuchs von 20 000 auf nahezu 450 000 Mitglieder an. Der Verbandstag wandte sich gegen die bolschewistische "Zellenbildung". ◊ Vom 25. bis zum 28. Juni tagte in Wien der Kongreß der Freien Gewerkschaften *Deutsch Österreichs*. Diese Gewerkschaften geboten Ende 1922 über 1 049 949 Mitglieder, sie verminderten sich 1923 um 29 828 Mitglieder. Der Kongreß nahm scharf Stellung gegen die äußere und innere Politik der Regierung Seipel. In der Organisationsfrage entschied er sich für Industrieverbände. ◊ Der *Tschechoslowakische Gewerkschaftsbund* litt 1922 sehr unter der Wirtschaftskrise und der zersetzenden Tätigkeit der Kommunisten. Die zum Gewerkschaftsbund gehörigen Verbände gingen von 55 auf 49 zurück, und die Zahl der Mitglieder um 650 000 auf 400 000. ◊ Die Vereinigung der *schweizerischen Angestelltenverbände* hat jetzt 50 000 Mitglieder. ◊ Ende Mai tagte in Helsingfors der 6. ordentliche Kongreß des Gewerkschaftsbundes *Finnlands*. Dieser Bund schloß sich weder an Amsterdam noch an Moskau an. ◊ Ende 1922 zählten die Gewerkschaften *Canadas* 276 521 Mitglieder. ◊ Am 26. Juli ist der Nürnberger Gewerkschaftsführer *Martin Segitz* 70 Jahre alt geworden. Wesentlichen Anteil an der glänzenden Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat dieser unermüdete Mann. Er brach den Arbeitersekretariaten Deutschlands Bahn, und er wurde im bayrischen Landtag als sachverständiger Sozialpolitiker von allen Seiten anerkannt.

Nationale Bewegung / Adolf Reichwein

Staat und Nation

Seit dem Krieg ist der ganze asiatische Kontinent in eine ungeheure Bewegung geraten, im weitesten Sinn eine nationale Bewegung; seine Halbinsel Europa, als das nervöseste Glied seines Körpers, gibt diese Zuckungen am intensivsten wieder. Daß der Krieg gegen die Mittelmächte unter der Parole "Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker" geführt wurde, konnte nicht ohne welthistorische Wirkung bleiben. Asien, bis jetzt zum großen Teil in fremde Interessensphären aufgeteilt, ist im Begriff diese Verhältnisse aufzulösen. (Daß sich daneben eine neue Bewegung friedlicher Durchdringung entwickelt: Amerika in Zentral- und Kleinasien, England in China, hat zunächst nichts mit dieser entgegengesetzten nationalen Bewegung zu tun; kann allerdings eines Tages mit ihr zu einer großen Synthese wahrhaft internationaler Wirtschaft auf der Grundlage nationaler Kulturen kommen.)

Im ganzen ist die Herrschaft des europäischen Standpunkts in den Gedanken und Taten der Welt, der vor dem Krieg unbestritten war, durch den Krieg zerstört worden. Wenn sich heute nationale Bewegungen in Nationalismen variieren, ebenso in Europa wie irgend anderswo, so ist dies nur als eine vorübergehende Reaktion auf jene wirtschaftliche Tatsache zu betrachten, die der Krieg und die Folgezeit erwiesen haben: daß die Weltwirtschaft sich bereits zu einem System unter einander zusammenhängender Wirtschaftsorganismen ausgewachsen hat, deren jeder so auf andere angewiesen ist, daß große Wirtschaftskomplexe entstehen. Diese Erkenntnis war ein wesentlicher, vielleicht der wesentlichste Faktor die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorwärtszutreiben. In einer sehr scharfsinnigen und lesenswerten Schrift Europa und die Menschheit /München, Dreimaskenverlag/ hat der russische Emigrant Fürst Nikolaj Trubetzkoi diese Zertrümmerung des europäischen Standpunkts in der geistigen Sphäre aufgewiesen. Dem »romano-germanischen Chauvinismus«, der nach ihm die absolutistischen Ansprüche der europäischen Kultur begründete, setzt er seine These entgegen, daß es »keine höheren und keine niederen Kulturen« gebe, sondern nur »ähnliche und unähnliche«. Die einfache Übernahme der romano-germanischen Kultur und Zivilisation durch die anderen Völker, vor allem Asiens, versetze diese in einen Zustand

dauernder Selbstunterschätzung und damit auch tatsächlicher Inferiorität und innerer Zersetzung; es gelte die »Völker der Welt von der Hypnose der Güter der Zivilisation zu befreien«. Jedoch unterscheidet sich darin Trubetzkoi von den alten Slawophilen, daß er nicht in vorläufigen Lösungen, wie etwa Panslawismus, steckenbleibt sondern bis jenseits aller "Ismen" vorstößt. Rußland selbst, das Heimatland dieses Emigranten, ist, sogar unter seiner gegenwärtigen Regierung, genötigt diesem Grundsatz Rechnung zu tragen, indem es seinen Föderativstaaten, deren jeder gewisse nationale Eigenarten innerhalb des großrussischen Verbands verkörpert, kulturelle Autonomie zuspricht. Gegenwärtig finden in Moskau noch die Verhandlungen statt, die über den neuen Bundesvertrag der Föderativrepublik entscheiden sollen. Es sollen nur die wichtigsten Kommissariate, wie das des Auswärtigen und des Kriegs, in Moskau zentralisiert bleiben, während die einzelnen Staaten (Rußland, Ukraine, Kaukasische Gruppe, Georgien, Aserbeidschan, Armenien) kulturell autonom werden. Dadurch hofft die bolschewistische Regierung ihre eigene Existenz zu festigen. Immerhin bezeugt sie dadurch, daß sie ein dem Bolschewismus ganz fernliegendes Prinzip aufnimmt, die Gewalt eben dieses Prinzips. Was die bolschewistische Regierung aus Opportunität aufgreift, ist im Britischen Reich organisch entwickelt. Dieses besitzt eine sehr lockere bundesstaatliche Verfassung, soweit sie die landschaftlichen Besonderheiten der Kultur in den einzelnen Gliedstaaten betrifft, dagegen eine straff zentralisierte Organisation, wo es sich um kriegerische oder friedliche Vertretung des ganzen Staatsorganismus nach außen handelt. Denn auch im Britischen Reich liegt die Entscheidung über Krieg, kriegerische Rüstung und auswärtige Politik noch bei der Zentrale in London. (Erst in allerjüngster Zeit nach dem Krieg beginnt man auch ernsthaft die kriegerische Selbständigkeit der Dominien zu erörtern und zu betonen. Bemerkenswert ist da ein Aufsatz des Generals Sir Frederick B. Maurice Present Problems of Imperial Defense in United Empire, der vor einem Monat im Royal Colonial Institute Journal erschien. Er schildert die neue Ära seit dem Krieg, die die Macht der Dominien offenbart hat. Einheit des Denkens sei not, Zusammenschau der mannigfachen Bedürfnisse der einzelnen Dominien; jedoch soll nicht Whitehall dafür

Formeln finden, sondern die Dominien sollen immer mehr zur Einheit ihrer besonderen Aktionen kommen, und besonders auch im Kriegsfall sollen sie selbständig operieren können. Man sieht, wie die Dinge darauf hindrängen, daß nur noch die faktische Kriegserklärung London vorbehalten bleibe. Damit die einzelnen Dominien ihre Kräfte auch in dieser Richtung voll und frei entfalten können, warnt Maurice vor Überlastung mit auswärtigen Bindungen.

#### Indien

Es ist offensichtlich, daß die Entwicklung innerhalb des Britischen Reichs auf Verselbständigung der Kolonien durchaus nicht im wesentlichen auf die freie Initiative der Londoner Zentralregierung zurückzuführen ist sondern ihre lebhaftesten Anstöße in den Kolonien selbst erhielt, die ihren Eigenarten Beachtung verschaffen wollten. So war es einst in Canada, so war es später in Südafrika, so ist es zuletzt auch in Indien gewesen. Obwohl die englische Regierung dort noch während des Kriegs 1918 mit dem Montagu-Chelmsford Report entgegengekommen war, kam in Indien doch während des Sommers 1920 eine gesammelte nationale Bewegung zum Ausbruch, die mit dem Namen Gandhis verknüpft ist. Unter den vielen Veröffentlichungen über die Gandhibewegung ist die wichtigste vielleicht die im April dieses Jahres in der französischen Monatsschrift Europe veröffentlichte Abhandlung Romain Rólands Mahatma Gandhi.

Zum 1. August 1920 erklärte Mahatma Gandhi für ganz Indien die passive Resistenz (die etwas wesentlich anderes war als das, was man zurzeit in Deutschland darunter versteht, auf wesentlich anderen Voraussetzungen beruhte, daher auch einen andern Wirkungsgrad hatte). Ordnung sei die notwendigste Voraussetzung dieser nationalen Bewegung. »Unordnung kommt aus Zorn. . . Notwendig ist Enthaltung jeder Gewalttat.« Gandhi schrieb vor: 1. Preisgabe aller Titel und Ehrenämter, 2. Verweigerung der Teilnahme an Regierungsanleihen, 3. Boykott der Regierungsschulen, 4. Boykott der Räte für die Verfassungsreform, 5. Verweigerung der Teilnahme an den Aufnahmen der Regierung sowie an allen öffentlichen Funktionen, 6. Verweigerung der Übernahme von Zivil- und Militärämtern, 7. Propaganda des "Swadeshi"; das bedeutet nach dem vorhergehenden negativen Programm den aufbauenden Teil, die neue Ordnung, auf der das

künftige Indien erstehen soll. Gandhis Ruf wirkte: Hunderte von Magistratsbeamten reichten ihren Abschied ein, Tausende von Studenten verließen die Schulen, die Gerichtsverhandlungen blieben verlassen; der großindische Kongreß, der im September des Jahres in Calcutta tagte, hieß die Maßnahmen Gandhis gut. Gandhi beschwört die Engländer, seine »lieben Freunde«, das Unrecht ihrer Regierung wiedergutzumachen. »Indien kann auch jetzt nicht anders widerstehen als mit moralischer Tapferkeit.«

Aber Gandhi will mehr als Befreiung von der englischen Regierung. Er will ein neues Indien. Und hier geht sein Geist, geht die ganze Bewegung, die doch auf die wahre Befreiung des Volks hinstrebt, in die Enge. Gandhi erstrebt wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes. Hier ist die Enge des nationalen Winkels, die nicht begreift, daß nationale Differenzierung nur bei wirtschaftlicher Integrierung Sinn hat. Gandhi selbst sieht zwar wohl noch jenseits große Zusammenhänge, aber die in ihm wurzelnde nationale Bewegung lief in ihren geringeren Trägern in diesen toten Winkel der nationalen Enge. Das nahm ihr den Schwung des Anfangs. Nach etwa einem Jahr kam sie vorerst zum Stillstand; also ein Mißerfolg der passiven Resistenz, trotz ihrer, bei aller Einseitigkeit an sich starken geistigen Fundierung. Unter den wirtschaftlichen Vorschriften der Bewegung fanden sich diese: Boykott fremder Gewebe, Wiederbelebung der alten volkstümlichen Weberei (80 % des Volkes sind Bauern und in 4 Monaten des Jahres ohne richtige Beschäftigung). Die fremden Stoffe aus den alten Familienbeständen wurden öffentlich verbrannt. Ein Engländer, mit Tagore befreundet, warnt vor diesem Weg. Tagore, der gerade in Europa reiste, wird aufmerksam, schreibt wider die Bewegung. (Sie steht im Zentrum seines Romans Das Heim und die Welt /München, Kurt Wolff./) Inzwischen geht Gandhi an den nationalen Aufbau der Erziehung. Im November 1920 entsteht die Universität Ahmadabad. Auch der Geist soll sich vom Fremden befreien: die Schwäche jeder nur nationalen Bewegung. In den Schulen wird strengste Einfachheit gelehrt. »Es genügt nicht nichts zu besitzen. Nichts soll bewahrt werden, was nicht unbedingt für die gemeinsamen Bedürfnisse erforderlich ist.« Nichts soll verwendet werden, das durch Betrug entstanden sein könnte. Und das trifft nach jener Lehre alle fremden Dinge.

Im Sommer 1920 war die erste Antwort der Engländer überlegene Ironie. Der Vizekönig meinte: »Von allem Absurden ist dies das Absurdeste.« Als sich indes auch der Indische Nationalkongreß wider englisches Erwarten für Selbstbestimmung aussprach, war der Zeitpunkt gekommen einzugreifen. Vorwände waren leicht gefunden: Agrarrevolten, ohne direkten Zusammenhang mit der Bewegung. Im März 1921 begann die gewaltsame Unterdrückung, die sich bis Ende 1921, das heißt bis zum vorläufigen Ende der Bewegung, steigerte. Noch einmal richtet sich steil eine Möglichkeit auf: Im Dezember 1921 legt der Nationalkongreß alle Macht in die Hände Gandhis, gibt ihm das Recht sich selbst einen Nachfolger zu bestimmen. Damit wäre er Herr der indischen Nation; sein Wort bestimmte die politische Revolution. Er lehnt ab.

Ob Tagores Einspruch ihn so bestimmt hatte? Oder ob er, der früher Tagore geantwortet hatte, er wolle den Kampf mit der Schlange Politik aufnehmen, jetzt vor den Folgen dieser Politik zurückschreckte? Jedenfalls war er nach Tilaks, des politischen Führers, Tod notwendig auf die politische Bahn gedrängt worden, auf die Bahn enger nationaler Politik. Tagore schrieb am 5. März 1921 in der *Modern Review*: »Welche Ironie des Schicksals, daß ich im Begriff bin die Zusammenarbeit der östlichen und westlichen Kulturen zu verkünden, an der westlichen Küste des Meeres, just zu der Stunde, wo jenseits des Meeres diese Zusammenarbeit verweigert wird.« Und im Oktober 1921 schrieb er, nachdem er für die Person Gandhis eingetreten ist, gegen seine Bewegung: »Überall mußte ich hören, daß Vernunft und Kultur hinter Schloß und Riegel sitzen sollten. Ach, es ist so leicht im Namen der äußern Freiheit die innere Freiheit des Menschen zu zerstören.« Gandhi hatte gesagt: Spinn und webt, lebt einfach, meidet das Fremde! Tagore antwortet: »Ist das der Appell der neuen Zeit zu neuem Schöpfertum? Wenn die großen Maschinen dem Geist des Abendlands gefährlich sind, wieviel mehr die kleinen für uns! Das Erwachen Indiens ist abhängig vom Erwachen der Welt. Jede Nation, die sich in sich selbst verschließt, handelt gegen den Geist der neuen Zeit.«

Tagore weiß, daß er damit nicht Gandhi abgetan hat. Gandhis Geist lebt trotz dem ersten Mißerfolg, der nur ein äußerer war, in Indien fort. Aber Tagore

hat die weitere Anschauung von den Dingen. Sie wird nicht ohne Einfluß auf die Bewegung bleiben, die dann erstarken und neu wirksam werden wird.

#### China

Auch in China sind die Auseinandersetzungen um zentrale und föderative Verwaltung, um Selbstbestimmung oder zentralistisches Diktat, mit anderen Worten um die landschaftlichen Rechte der in dem Riesenreich zusammengefaßten Nationen, wenn wir einmal dieses europäische Wort dafür verwenden wollen, besonders heftig im Gang. Der großen Entwicklung folgend wird das Föderative sich auch dort befestigen. Die alte Mandschudynastie hatte das Reich, ihrem militärischen Ursprung entsprechend, zentralistisch regiert. Yuan-schikai, der erste Präsident der Chinesischen Republik, wahrte noch dieses Prinzip. Heute ist es stark bedroht: Der Süden des Reichs kämpft für die bundesstaatliche Republik, mit möglicher Freiheit der einzelnen Gebiete. Dschang-dsolin, Herr der Mandchurei, ist mit dem Süden in Fühlung getreten, obwohl er selbst das alte zentralistische Prinzip vertritt; aber stärker als dieser theoretische Zweifel ist der praktische Zwang: seine Gegnerschaft zu Wupefu, der stärksten Figur der Nordpartei in Lo-yang, die eine Vereinigung Chinas auf militärischem Weg anstrebt. Gegenwärtig halten die verschiedensten Parteien sich noch den Rang. Die Zentralregierung in Peking befindet sich dabei in einer peinlichen Lage. Das Parlament macht Abwehrversuche gegen die Überfremdung des Landes, nimmt Stellung gegen alle fremden Nationen im Land; bei der unsichern Gesamtlage ohne bemerkenswerten Erfolg. Die öffentliche Meinung ist nur auf die nächstwohnenden Japaner erbozt; vielleicht läßt diese Spannung jetzt nach, da Japan einen weisen Schachzug getan hat, indem es Tsingtau an China zurückgab; allerdings erst nach langem Parlamentieren. Japan hat offenbar damit eine gewisse Bereinigung seiner kontinentalen Verhältnisse eingeleitet, um den Eindruck einer nationalistischen Politik zu verwischen.

#### Mongolei

Die innere Mongolei, unmittelbar an China grenzend, war immer und ist heute noch chinesische Interessensphäre. Die äußere Mongolei, räumlich von China getrennt, stand bis zum Jahr 1911 mit der Mandschudynastie in gutem Ein-

vernehmen. Das Verhältnis litt infolge der Verstärkung der chinesischen Garnison in Urga. Im Dezember 1911 brach die chinesische Revolution aus. Es kam zu einem Staatsstreich in Urga; die Chinesen wurden verjagt. Die Mongolei erklärte sich unabhängig. Bei den nun entstehenden Wirren mit China bat die Mongolei Rußland um Hilfe. Rußland erkannte 1912 die unabhängige Mongolei an und erklärte sich als deren Schutzmacht. China mußte infolgedessen 1913 ebenfalls die Autonomie der Mongolei anerkennen. 1915 wurden die Verhandlungen durch den Dreimächtevertrag besiegelt. Dann kam der Weltkrieg, in seinem Gefolge 1917 die russische Revolution. Der russische Handel zur Mongolei schloß ein. China verstärkte an dessen Stelle wieder seine wirtschaftlichen Beziehungen; gleichzeitig versuchte es wieder politischen Einfluß zu gewinnen, stieß aber dabei auf das Mißtrauen der Mongolen, die ihre Selbständigkeit wahren wollen. Es findet einen Vorwand seine Militärposten zu verstärken: In Transkaukasien kämpft Ataman Sumanow gegen die Bolschewisten, er will ein großes mongolisches Reich errichten. Ein Genosse Sumanows, der Baron Ungern von Sternburg, greift die Chinesen an und nimmt Urga im Februar 1921. Er sieht sich veranlaßt wieder feierlich die Unabhängigkeit der Mongolei zu erklären. Im Sommer 1921 endigte das militärische Abenteuer des Barons. Russische Truppen besetzen Urga und rufen die Mongolische Nationalrepublik aus. Die Russen halten die Mongolei heute noch besetzt, unbeschadet ihrer Erklärung, daß sie nicht die Absicht hätten sie dauernd zu behalten. Die Mongolei ist für sie eine zu wichtige Position für eine etwaige Offensive gegen China, das hier auf 7000 Kilometer eine ungeschützte Grenze hat, als daß sie diese Möglichkeit aufgeben möchten. Wieweit unter den gegenwärtigen Verhältnissen die selbständigen Interessen der Mongolei gewahrt werden, läßt sich nicht deutlich sehen. Es wird berichtet, daß die Männer der Regierung keine Bolschewisten seien, aber durchaus den Intentionen ihrer bolschewistischen Inspiratoren entsprächen. Alle diese Angaben sind, da sie zum Teil aus bolschewistischer Quelle stammen, mit größter Vorsicht aufzunehmen. Daneben macht sich ein lebhaftes Interesse amerikanischer Kreise an der mongolischen Wirtschaft geltend. Diese friedliche Durchdringung mit Hilfe des Dollars

ist klug genug, um zunächst politisch zurückhaltend zu bleiben, nur Kapital zu investieren. Wie sehr darunter in Zukunft das Selbständigkeitsstreben des mongolischen Volks zu leiden hat, kann nur die Zukunft zeigen. Vorläufig besteht eine Amerikanisch-Mongolische Handelsgesellschaft. 6 große Baumwollspinnereien sind im Bau, die mehr produzieren sollen als die Durchschnittseinfuhr in den Jahren 1916 bis 1920 betrug. Damit ist ein Schritt zur Loslösung der mongolischen Wirtschaft aus dem asiatischen Wirtschaftskörper getan. Das letzte Wort über die Mongolei wird aber erst die endgültige Konstituierung der beiden Wirtschaftsimperien sprechen, die hier geographisch in Betracht kommen: das sich wieder zusammenschließende Rußland und das werdende Ostasien.

**Totenliste** Die zionistische Bewegung hat in diesem Jahr die beiden letzten großen Führer ihrer wichtigen Tradition verloren, die mit dem Namen Herzls verknüpft ist. Am 22. Januar starb *Max Nordau* in Paris, in seinem 74. Lebensjahr. Nordau hielt 1905 seinem Freund Herzl die Gedächtnisrede, am Grab Nordaus sprach sein Freund Marmorek, der ihm bald im Tod nachfolgen sollte. Beide, Nordau und Marmorek, fühlten sich berufen das Erbe Herzls weiterzutragen, jene Auffassung des Zionismus nicht als einer praktisch-kolonisatorischen als vielmehr einer mehr beschränkten politisch-diplomatischen Aufgabe. Nordau war ein Schriftsteller von Weltruf, ein Streiter für die Freiheit und hat, als Schöpfer des Baseler Programms und erfolgreicher Kämpfer gegen die Assimilationstheorie, dem jüdischen Nationalbewußtsein Unschätzbbares geleistet. Seine kleine Schrift *Die Tragödie der Assimilation*, die er nach dem Ende Ballins schrieb (er sah in Ballin den assimilationistischen Geist verkörpert), ist vor kurzem neu herausgekommen (Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance). Sie ist ein Bekenntnis und, nach den Worten des Herausgebers, ein »Ruf zur Selbstbesinnung«. Als die Nachricht vom Tod Max Nordaus kam, schrieb der *Manchester Guardian*: »Nie seit der Zerstörung des Tempels hat eine jüdische Stimme so das jüdische Leid und Weh ausgedrückt wie die Stimme Nordaus. Ein geborener Redner von ungewöhnlichem Format, pflegte er in seinen Ansprachen die Schönheit der Form, die Tiefe des Gedankens, den Schwung der Leidenschaft und die Gabe der Voraus-

sicht zu vereinigen. Dank diesen Gaben haben seine Reden weit außerhalb der Mauern, in denen sie gehalten waren, Widerhall gefunden und Einfluß geübt.« Ein halbes Jahr später, am 12. Juli, starb *Alexander Marmorek*, im Alter von 60 Jahren, ebenfalls in Paris. Dieser Wissenschaftler (siehe über ihn die Rundschau Hygiene, in diesem Band Seite 508) wirkte für die zionistische Sache vornehmlich durch die Kraft seiner eigenen Überzeugung. Herzl selbst hat ihn außerordentlich geschätzt und den Schwung seiner Persönlichkeit in einer Idealgestalt des Zukunftsromans *Altneuland* geschildert. Seine Beerdigung auf dem Bagneuxfriedhof in Paris wurde zu einer Ehrung der französischen Wissenschaft, die durch das Pasteurinstitut vertreten war, und zu einer Kundgebung des jüdischen Volkes.

In Prag ist im April einer der Führer der deutschen Geistesinteressen in Böhmen, der Professor der Geologie und Paläontologie an der deutschen Universität *Karl Gustav Laube* im 85. Lebensjahr gestorben. Seine wissenschaftliche Arbeit leistete er im Rahmen der deutschen Technischen Hochschule und später der deutschen Universität in Prag. Er stand lange an der Spitze der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen und des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen.

Der Verfasser des Buches Südtirol: Land und Leute vom Brenner bis zur Salurner Klause /Berlin, Ullstein/, in dem das Weltgewissen auf die Zerstückelung seiner Tiroler Heimat hingewiesen werden sollte, *Karl von Grabmayr*, ist in Meran am 25. Juni gestorben. Als Jurist war er zuletzt Präsident des Reichsgerichts und des Reichsverwaltungsgerichtshofs. Im besonders kämpfte er für freie Schule.

**Kurze Chronik** Die *deutsch-französische* Gruppe der internationalen Julitagung der Fellowship of Reconciliation in Nyborg /Dänemark/ hat ein kurzes Programm entworfen, in dem von Deutschland moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung der Kriegszerstörung, von Frankreich Aufgabe der militärischen Zwangsmaßnahmen zur Durchführung dieser Wiedergutmachung gefordert wird. ◊ Der Obmann des Deutschen Parteiklubs der *südslawischen* Skupschtina überreichte am 27. Juli dem Unterrichtsminister ein Memorandum über die deutschen Schulen in der Wojwodina. Der Ministerpräsident

Paschtsch gab die Zusage, daß die Regierung den Deutschen entgegenkommen werde. ◊ Der *polnische* Staat hat als Hauptgewinn von Lausanne die Vereinbarung mit nach Hause gebracht, daß die Zugverbindung London-Bagdad über Kattowitz geführt werden soll. ◊ Die belgische Kammer hat am 27. Juli mit 87 gegen 75 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen die *Flamisierung der Genter Universität* beschlossen. ◊ Ein kürzlich verstorbener Arzt, Gelivier von Zamac, hat sein Haus und seine Bibliothek im Wert von 2000 englischen Pfund der *Hebräischen Universität Jerusalem* vermacht. ◊ Vom 6. bis zum 19. August tagte in Karlsbad der *13. Zionistenkongreß*, unter überaus starker Beteiligung, in einer für die zionistische Arbeit kritischen Situation, die die Zusammenfassung aller jüdischen Kräfte erfordert. Über seinen Geist, seine Beschlüsse und seine Bedeutung wird ausführlicher zu berichten sein. ◊ Die im Freistaat Sachsen ansässigen *Wenden* (etwa 250 000 Köpfe), die rege Beziehungen zur Tschechoslowakischen Republik unterhalten, haben im vorigen Jahr durch einen offiziellen Beschluß der sächsischen Zentrumsparlei, der sich die Wenden mangels eigener Organisation angeschlossen haben, folgende Forderungen erhoben. Schutz für ungehinderte Pflege des wendischen Volkstums, Ausbildung wendischer Lehrer für wendischen Sprachunterricht, Einrichtung einer wendischen Mittelschule, Schaffung einer wendischen Referentenstelle im Ministerium. Die Wichtigkeit dieses Programms steht in keinem Verhältnis zu der Bedeutung (besser Bedeutungslosigkeit) einer angeblich wendischen Kultur in Sachsen. ◊ Seit dem Herbst 1922 besteht an der Wiener Universität ein Institut für *Statistik der Minderheitsvölker*, das die durch die Friedensverträge abgetrennten Volksteile in ihrer künftigen Entwicklung wissenschaftlich untersuchen und statistisch darstellen soll. Dieses wichtige Unternehmen wird von dem Privatdozenten Wilhelm Winkler geleitet.

**Literatur** Als Erwiderung auf die Schrift des französischen Nationalisten Maurice Barrès *Le génie du Rhin* erschien eine Arbeit *Ernst Bertrams* *Rheingenus und génie du Rhin* /Bonn, Friedrich Cohen/, eine in jeder Weise würdige Antwort des geistigen Deutschlands auf die Versuche Barrès' dem Rheinland eine halbfraanzösische Kultur zuzuschreiben. (Als

Barrès zuerst seine Vorträge *Le génie du Rhin* in Straßburg hielt, antworteten ihm die dortigen sozialistischen Studenten öffentlich: »Im Interesse des Rheinlands, das wir nicht leiden sehen wollen, was wir erduldet haben, im Interesse der französischen Republik, deren Selbstentehrung wir nicht sehen wollen, werden wir allen Sophisten entgegenzutreten, die unser geliebtes Frankreich auf die Bahn der Gewalt zu drängen versuchen.«

◇ Ohne gerade die politischen Dinge auszuschalten, versucht *Paul Colin* in seinem Buch *Allemagne 1918 à 1921* /Paris, F. Rieder & Co./ doch darauf hinzuwirken (vielleicht ist es besonders für Politiker geschrieben), daß auch Kunst und Wissenschaft ihre wichtige Funktion im öffentlichen Leben haben. In Form von Skizzen und Reflexionen ist der Verfasser bestrebt ein Bild des geistigen Deutschlands nach dem Krieg zu entwerfen. Das Buch ist außerordentlich interessant geschrieben und ist geeignet der wichtigsten Aufgabe unserer Zeit: der gegenseitigen Annäherung des deutschen und des französischen Volkes, zu dienen. ◇ Die Werke eines der feinsten und tiefsten religiösen Geister Rußlands, *Wladimir Solowjew*, die der Verlag Eugen Diederichs in einer deutschen Ausgabe herauszubringen begonnen hatte, erscheinen nunmehr im Verlag Der kommende Tag in Stuttgart, der diese Ausgabe vollendet, wodurch er sich ein nicht geringes Verdienst erwirbt. In dieser Rundschau sei auf den Band Nationale und politische Betrachtungen hingewiesen, in dem Solowjew den Versuch macht die russische Kirche mit westlicher Wissenschaft auszusöhnen. Seine politische Anschauung ist von dem Grundgedanken der russischen Kirche getragen, daß aller "Staat" Rest von Heidentum sei, und wir die Aufgabe hätten eines Tages in der Kirche aufzugehen. Bestimmung der russischen Kirche sei es Universalkirche zu werden, aber vorher sei Entäußerung jeglichen egoistischen Nationalismus und die Verwirklichung einer Politik erforderlich, die nur dem universalen moralischen Gesetz gehorche. Solowjew fordert »nationale Selbstentäußerung«, um so mehr von den Russen »als das höchste Ideal des russischen Volkes selbst, das Ideal des "heiligen russischen Landes" vollkommen mit den moralischen Forderungen übereinstimmt und jede nationale Eigenliebe, jeden nationalen Eigendünkel ausschließt«. Weltmission Rußlands. Hier gewinnt der uralte russische Glaube Gestalt, daß Rußland leide für die Welt.

## WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Ernst Lau

Röntgen † Wohl kaum ein Physiker der letzten Generation ist so bekannt geworden wie

Wilhelm Karl Röntgen. An seinen Namen knüpft sich die Entdeckung der Röntgenstrahlen. Röntgen wurde am 27. März 1845 in Lennep am Niederrhein geboren. Er besuchte zuerst eine holländische Schule und bewahrte sich auch später die Kenntnis der holländischen Sprache. Sein Lebensweg war nicht so streng geradlinig. Er wurde erst Ingenieur und hätte sicher als solcher eine reiche Zukunft gehabt. Aber eine unüberwindliche Neigung trieb ihn zur reinen Wissenschaft, zur Physik. Er promovierte 1869 in Zürich, wurde dann Assistent Kundts in Würzburg. Diesen begleitete er auch an die Universität Straßburg, wo an der neuen Reichsuniversität ein großes Physikalisches Institut gebaut wurde, dem die Physik sehr viel verdankt. Er habilitierte sich 1874 und wurde 1875 Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, um 1876 als außerordentlicher Professor nach Straßburg zurückzukehren. 1889 kam er als ordentlicher Professor nach Würzburg. Hier gelang ihm als 50jährigen die Entdeckung der Röntgenstrahlen mit einem Vakuumrohr, das ihm Lenard zu anderen Zwecken zur Verfügung gestellt hatte. 1900 ging er nach München, wo er bis zum Jahr 1919 als Professor wirkte. Bis zu seinem Tod im Frühjahr hat er noch weiter gearbeitet.

Die Entdeckung der Röntgenstrahlen, der durchdringenden kurzwelligen Strahlung, ist von größter Bedeutung geworden. Der Physiker verdankt dieser Entdeckung grundlegende Erkenntnisse über das Innere der Materie und über den Aufbau der Kristalle; der Mediziner hat in den Röntgenaufnahmen ein wichtiges Mittel zur Diagnose, besonders zur Feststellung der Lage von Brüchen und der Erkennung von Fremdkörpern gefunden; ferner ist in den Röntgenstrahlen zugleich ein Mittel zur Heilung des Krebses gegeben. Bei dem großen Anwendungsgebiet hat sich eine weitverzweigte Röntgenindustrie herausgebildet.

Natur und Naturforscher

Röntgen soll gelegentlich gesagt haben, die Natur sei heimtückisch. Er meinte damit wahrscheinlich, daß die Natur dem Naturforscher immer wieder einen Strich durch die scheinbar gesichertsten Resul-

tate mache. Röntgen stand so stark unter dem Eindruck, daß es nicht einfach sei mit der Natur zusammenzuarbeiten, daß er ein Mißtrauen gegen seine eigenen Forschungsergebnisse nie überwinden konnte. Diesem Umstand ist es wohl zuzuschreiben, daß Röntgen nur äußerst selten dazu schritt seine Ergebnisse zu veröffentlichen. Auffallend ist der Ausdruck heimtückisch. Röntgen stellte sich offenbar der Natur als Gegner gegenüber und erwartete jeden Augenblick feindselige Züge seines Gegners. Andere Forscher haben eine andere Stellung zur Natur. Ein bekannter Physiker äußerte in einem Privatausspruch neulich, die Natur sei ganz einfach, und je mehr man dahinter käme, um so einfacher zeigte sich alles. Auch er ist natürlich geneigt seine Resultate jederzeit zu korrigieren; aber er fühlt sich offenbar im Bund mit der Natur, er glaubt, daß die Erscheinungen der Natur eine gewisse Verwandtschaft mit einfachen Gedankengängen haben. Gerade Mathematiker scheinen zu solcher Ansicht oft zu neigen, und ein großer Teil der Erfolge theoretischer Astronomie und Physik sind diesem Glauben zu verdanken. Wieder andere Naturforscher haben den Eindruck mit der Natur zu spielen. Sie meinen mit dem Kirchenvater Augustin, daß die Natur unergründlich sei, und daß ihre Betätigung dem Spiel der Kinder am Meer gleiche, die mit Muscheln Wasser schöpfen. Newton scheint zeitweilig diesem Typus angehört zu haben. Viele Forscher verlieren anscheinend überhaupt das Gesamtverhältnis zur Natur. Sie beschäftigen sich mit Einzelheiten der Natur, und ihr ganzes Temperamentleben erschöpft sich darin. Andere haben ausgesprochen imperialistische Tendenzen; sie wollen die Natur beherrschen oder auch eine beherrschende Theorie schaffen. Es wäre eine dankenswerte kulturhistorische Aufgabe die Stellung großer Forscher zur Natur zu untersuchen und darzustellen.

#### Photochemisches Äquivalenzgesetz

Nachdem Max Planck die Quantentheorie aufgestellt hatte, mußte eine Fülle von

Fragen unter ihrem Gesichtspunkt betrachtet werden. Es handelt sich bei der Quantentheorie darum, daß die Atomenergie, soweit sie sich in Wellenstrahlung äußert, nicht in beliebigen Beträgen von der Materie abgegeben werden kann sondern nur in Beträgen, die dem sogenannten Wirkungsquantum und der Schwingungszahl der betreffenden Strahlung proportional sind. Besondere Schwierigkeiten

macht diese Auffassung bei der Absorption von Lichtenergie. Stellt man sich die Lichtenergie auf einer Kugelwelle verteilt vor, so ist es kaum erklärlich, wie es möglich sein soll, daß die gesamte Energie eines Lichtquantums in einem im Raumpunkt befindlichen Atom absorbiert werden soll. Trotzdem scheinen die durch Experiment ermittelten Tatsachen dafür zu sprechen, daß die Strahlungsenergie in Quanten absorbiert wird. Wie diese Vorstellung der quantenhaften Absorption mit der Wellentheorie in Einklang zu bringen ist, ist noch völlig dunkel. Die Physiker und Chemiker, die sich mit der Absorption der Strahlung beschäftigen, ignorieren in ihren Überlegungen fast vollständig den Wellencharakter des Lichts. Sie arbeiten nämlich mit einer nach den Forderungen der Quantentheorie umgebildeten Newtonschen Emissionstheorie des Lichts. Hierbei macht es keine Schwierigkeiten eine Nadelstrahlung anzunehmen und sich vorzustellen, daß die in einer Lichtnadel vorhandene Energie sich in einzelne "angestochene" Atome teilt. Einstein hat unter diesen Voraussetzungen ein photochemisches Äquivalenzgesetz also formuliert:  $N = \frac{Q}{h \nu}$ .

$N$  ist dabei die Zahl der Moleküle, die durch Absorption von Licht mit anderen Molekülen in einem photochemischen Vorgang reagieren,  $Q$  die angestrahlte Energie, und  $h$  wiederum das Plancksche Wirkungsquantum, während  $\nu$  die Schwingungszahl bedeutet. Dieses Gesetz stellt sich jetzt, wie besonders Nernst betont hat, nur als Spezialfall der photochemischen Vorgänge dar. Es kommen Fälle vor, wo durch absorbierende Lichtquanten Tausende von Molekülen chemisch reaktionsfähig werden. Nernst schließt daraus, daß die Formulierung Einsteins nicht als Gesetz angesprochen werden könne. Er selber formuliert ein

Gesetz  $N = \frac{Q}{q}$ , wobei  $q$  die Energiemenge ist, die für die Reaktionsvorgänge gebraucht wird.

#### Wasserstoffspektrum

Das Wasserstoffspektrum steht in vieler Beziehung im Mittelpunkt des Interesses der theoretischen Physik. Es besteht aus 2 verschiedenen Bestandteilen. Der eine wird von der Balmerreihe gebildet, über die in dieser Rundschau schon des öftern gesprochen wurde. Der andere aus dem sogenannten Viellinien-spektrum. Es gibt im Sichtbaren etwa

4000 Linien, die ebenso vielen unbekannt Zuständen des einfachsten aller Moleküle, des Wasserstoffmoleküls, entsprechen. Neuerdings sind 2 experimentelle Abhandlungen von *Ernst Gehrcke* und *Ernst Lau*, dem Bearbeiter dieser Rundschau, der Berliner Akademie der Wissenschaften vorgelegt worden, die diesem Viellinienspektrum gewidmet sind. Einige Untersuchungsergebnisse seien hier mitgeteilt.

Das Viellinienspektrum tritt besonders stark an der metallischen Oberfläche auf. Es ist daher gelungen mit einem, diesen Umstand berücksichtigenden, besonders konstruierten Spektralrohr das Viellinienspektrum so lichtstark zu erhalten, daß es mit dem großen Gitterspektrographen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt photographiert werden konnte. Diese große Photographie ermöglicht es den Bau der Bandenspektren des Wasserstoffs genauer zu studieren. Es stellte sich die überraschende Tatsache heraus, daß bei dem Bandenspektrum die Abstände der einzelnen Linien, in Wellenlängen gerechnet, konstant sind, während sonst bei dem Bandenspektrum und den ihm entsprechenden Theorien die Abstände der Linien in Schwingungszahlen konstant zu sein pflegen. Eine weitere Überraschung ist die Tatsache, daß sich in dem Wasserstoffspektrum ein kontinuierliches Spektrum befindet, das ähnliche Anregungsbedingungen wie das Bandenspektrum hat.

**Gemeinver-  
ständliche  
Schriften**

Der Professor der Physik an der Universität München *Leo Graetz* ist durch sein großes pädagogisches Talent bekannt. Auch sein Buch *Die Physik*, das nun in 2. Auflage vorgelegt wird /Berlin, Walter de Gruyter & Co./, gibt ein deutliches Zeugnis dessen. »Und um die Physik, als Grundlage der verschiedensten Zweige der Naturwissenschaften und Technik, immer mehr für die Gesamtheit zugänglich zu machen, ist versucht worden das Verständnis *physikalischer Vorgänge und Gesetze* möglichst weit, bis in die Ausläufer hinein, zu fördern, ohne von der mathematischen Formelsprache Gebrauch zu machen.« Diese 2. Auflage wurde an vielen Stellen durch die Aufnahme neuer Errungenschaften erweitert, insbesondere wurde am Schluß ein neues Kapitel über Relativitätstheorie, Quantentheorie und Atomtheorie hinzugefügt. Ein wertvolles Hilfsmittel zur Einführung in die Welt der modernen Physik, die sich in großer Umwälzung befindet.

**Totenliste**

In Prag starb im Dezember 1922 der Präsident der Tschechischen Akademie der Wissenschaften *Karl Wrba* im Alter von 77 Jahren. Er hat in zahlreichen Werken seine Forschungen über die Mineralien vieler europäischer Länder niedergelegt.

Der langjährige Leiter der Leidener Sternwarte *Henricus Gerardus van de Sande-Bakhuyzen* ist am 8. Januar 1923 in Leiden im Alter von 84 Jahren verschieden. Seine zahlreichen Veröffentlichungen behandeln geodätische Fragen sowie solche der messenden Optik; auch hat er Untersuchungen über die Beschaffenheit des Mars herausgegeben.

Der langjährige Generaldirektor der Deutschen Chemischen Gesellschaft *Paul Jacobson* ist im Januar in Berlin im Alter von 63 Jahren gestorben. Er redigierte die *Sammelberichte* der Gesellschaft und gab daneben ein großes Lehrbuch der organischen Chemie heraus. Auch übernahm er die Leitung der Herausgabe des großen *Beilsteinschen Handbuchs der organischen Chemie*, das übersichtlich und erschöpfend über alle Verbindungen der Kohlenstoffchemie Auskunft gibt. Von seiner Forschungsarbeit werden vor allem seine Untersuchungen über die Umlagerungen in der *Senigingerreihe* geschätzt.

Im März starb in Amsterdam *Johannes Diderik van der Waals*, in seinem 86. Lebensjahr. Nachdem er seit 1865 eine Lehrtätigkeit, zuerst in Deventer, dann im Haag ausgeübt hatte, wurde er 1877 Professor der Physik an der Universität Amsterdam, wo er bis zu seinem Lebensende blieb. Seine Forschungen haben wesentlich zum Ausbau der modernen physikalischen Chemie beigetragen. Auf Grund seiner experimentellen Untersuchungen über das Verhalten von Flüssigkeiten und Gasen bei Veränderung von Druck und Temperatur schuf er die Theorie der übereinstimmenden Zustände. Er wurde der Begründer der kinetischen Theorie der Flüssigkeiten und stellte die, als außerordentlich brauchbares Hilfsmittel für Forschungen auf physikalisch-chemischem Gebiet nach ihm benannte Zustandsgleichung für den flüssigen und gasförmigen Zustand auf. Hierfür erhielt er 1910 den Nobelpreis für Physik. In Blankenburg verschied im Juli der emeritierte ordentliche Professor der Astronomie an der Universität Königsberg *Hans Battermann*. Er hat ein Alter von 62 Jahren erreicht.

**Kurze Chronik** Die von dem Erlanger Professor der Physik Eilhard Wiedemann errichtete Eilhard Wiedemann-Stiftung bei der Universität Erlangen soll vorwiegend der Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses in der physikalischen Wissenschaft dienen.  $\diamond$  Der Ordinarius der physikalischen Chemie an der Technischen Hochschule in Hannover *Max Bodenstein* wird der Nachfolger *Walter Nernsts* in Berlin. Er machte seine Studien unter der Leitung *Liebermanns* und *Nernsts*, wurde 1900 Assistent *Ostwalds* am Leipziger Physikalisch-Chemischen Institut, 1906 außerordentlicher Professor in Berlin; 1908 wurde ihm die an der Technischen Hochschule in Hannover neugegründete ordentliche Professur für Elektrochemie übertragen.  $\diamond$  Als Nachfolger *A. Sieverts* erhält *Karl Fredenhagen* aus Leipzig das Ordinariat für physikalische Chemie an der Universität Greifswald.  $\diamond$  Den Lehrstuhl für Chemie an der gleichen Universität, den bisher *Meisenheimer* innehatte, übernimmt *Rudolf Pummerer*, bisher Professor in München.  $\diamond$  Der außerordentliche Professor an der Universität Rostock *Otto Stern* wurde Professor für physikalische Chemie in Hamburg.  $\diamond$  Der Privatdozent *Alfred Magnus* wurde außerordentlicher Professor der physikalischen Chemie an der Universität Frankfurt.  $\diamond$  Der Ordinarius der Astronomie an der Universität Berlin und Direktor der Berliner Sternwarte *Paul Guthnick* ist zum ordentlichen Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften bestätigt worden. Guthnicks Spezialgebiete sind Astroplatonometrie, Mikrometermessungen, Theorie der Jupitersatelliten.  $\diamond$  Am 18. Juli wurde *Hendrik Antoon Lorentz* 70 Jahre alt. Die grundlegende Bedeutung der Lorentztransformation für die Relativitätstheorie dürfte allgemein bekannt sein.

**Literatur**

In der Sammlung Vieweg/Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/ sind 2

Hefte erschienen, die *Niels Bohr* zum Verfasser haben. Das eine enthält 3 Aufsätze über Spektren und Atombau, das andere eine Arbeit über Quantentheorie der Linienspektren. Beide Hefte, übersetzt von *P. Hertz*, bringen die fesselnden Ausführungen *Bohrs* über seine Atomtheorie. Einiges wenige, insbesondere das über die Feinstruktur, dürfte jedoch nach neuesten Forschungen bereits als veraltet gelten.

**Religionswissenschaft / Theodor Siegfried****Mystik**

Je mehr sich die Mystik als eine Erlebnisweise und eine seelische Haltung herausstellt, die in den verschiedensten Kulturkreisen in fast gleichen typischen Formen aufgetreten ist, desto wichtiger wird es auch ihren Abwandlungen nachzuspüren und aufzuweisen, wie auch sie trotz ihrer prinzipiell antihistorischen Denkart und des metahistorischen Ziels ihrer Sehnsucht jeweils in die allgemeine sie umgebende Kultursphäre eingebettet bleibt. Nicht, als ob damit ihr eigener Anspruch auf die Würde und den Gehalt ihrer Erlebnisse angetastet würde, sondern im Gegenteil lehrt gerade sie, daß "historische Kontinuität" nicht erst durch die Reflexion des Historikers zustande kommt sondern gerade auch in dem Protest gegen die Historie deutlich zutage tritt. Auf der andern Seite bleibt durch die peinlichste historische "Ableitung" die Frage nach dem Recht der Ewigkeitsintention, die in die historische Form eingebettet ist, durchaus unberührt.

Der Verlag *Benno Filser* in Augsburg bringt eine Abhandlung *Martin Grabmanns*, des gelehrten und unübertroffenen Erforschers der mittelalterlichen Gedankenwelt, über die Kulturwerte der deutschen Mystik des Mittelalters. Die in einer dankenswert schönen Ausstattung vorliegende Schrift ist der Ertrag langjähriger Forschungen und rückt die mannigfaltigen Strömungen der deutschen Mystik des Mittelalters ans Licht, um dann die von ihr enthüllten metaphysischen Werte, die mit ihr beginnende psychologische Differenzierung und seelische Verinnerlichung und die von ihr geschaffenen oder beeinflußten Kulturwerte herauszuarbeiten. Auf die so oft bestrittene soziale Tendenz der deutschen Mystik legt der Verfasser großen Nachdruck. Besonders eindrucksvoll ist ein von ihm zitiertes Wort *Seuses*: »Wem Innerlichkeit auch in Außerlichkeit wird, dem wird Innerlichkeit innerlicher, als wenn Innerlichkeit nur in Innerlichkeit wird.« Gerade an einem solchen Gedanken muß sich die Frage aufdrängen, ob, wie oft behauptet wird, die Mystik wirklich nur durch Inkonsequenz den Weg zum Leben zurückgefunden habe, oder ob nicht vielmehr zum mindesten die Möglichkeit zu dieser gewiß paradoxen Rückwendung ebenso sehr in ihrem Wesen liegt wie die Depotenzierung irdischer Güter im Wesen jedes über die Stufe der Naturreligion hinausgeschrittenen Glaubens.

Die von Grabmann nur gestreifte Frage nach dem Wesen der Mystik behandelt in außerordentlich eindringlicher Weise ein Vortrag *Erich Seebergs* Zur Frage der Mystik /Leipzig, A. Deichert/. Seeberg legt seinen Erörterungen eine Analyse der Mystik des 17. Jahrhunderts zugrunde, wobei er sich besonders der heiligen Theresia, Johann von Kreuz und Jeanne Marie de Guyon zuwendet. Er stellt sich die ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe auf dieser Grundlage eine Typologie der Mystik zu gewinnen und unterscheidet die "emblematische" Mystik, die, eben weil sie der Macht des Erlebnisses entbehrt, krampfhaft und bewußt jeden beliebigen Gegenstand zum religiösen Symbol umzudeuten sucht, die mystische Theologie, die des Zusammenhangs mit der Historie bei aller Spiritualisierung der historischen Inhalte nicht entraten kann, und die quietistische Mystik, die auf echte persönliche Erlebnisse hindrängt. An allen 3 Typen zeigt Seeberg scharfsinnig, wie sie der historischen Bedingtheit und dem Verdacht der Illusion und Autosuggestion unterliegen, um daran die Frage zu knüpfen, ob sich wirklich eine Religionsphilosophie auf das »Erlebnis« gründen lasse. Sehr fördernd, wenn auch leider zu knapp gehalten ist Seebergs Unterscheidung zwischen Religion und Mystik. Mystik stellt sich ihm zunächst dar als »Urtrieb« der menschlichen Seele nach einer »die natürliche Gegensätzlichkeit überwindenden Einheit«. »Mystische Religion entsteht in dem Augenblick, in dem sich jenes "natürliche" Streben nach der Einheit mit der Religion verbindet, in der immer das Bestimmte des Weltbewußtseins durch das Gottesbewußtsein das entscheidende Element ausmacht.« Leider bleibt etwas im Dunkeln, wie denn nun eine Religion möglich ist, die jenen Urtrieb ganz und gar ausschaltet. Die Religion ruht auf dem Bewußtsein der Spannung zwischen Göttlichem und Menschlichem. Die seelische Spannung fordert aber als Moment neben dem Distanzbewußtsein auch die Einheitssehnsucht. Wo sie ihren Gegenpol verdrängt und die Spannung zu einer aufhebbaren macht, entsteht Mystik. Die Arbeit Seebergs ist ein Musterbild der philosophisch-systematischen Durchdringung des mit der gewissenhaftesten Akribie des Historikers zutage geförderten Stoffes. Zum Schluß sei des beachtlichen Hinweises gedacht, den Seeberg auf die allegorische Methode der Textauslegung gibt. Aus »Angst und innerer Notwen-

digkeit« werde die Allegorese geboren, die an einem Gegebenen eigene Gedanken darstellt. Die beiden von Seeberg genannten Motive scheinen mir zu disparat, um sie durch ein bloßes und verknüpfen zu können. Nur unter dem Gesichtspunkt des Historikers ist die »Umbiegung« bedenklich. Wenn aber der Sinn des Lebens überhaupt letztlich nicht in der Richtung des Erkennens sondern des Gestaltens liegt, so ist die Umformung eine innere Notwendigkeit, die in der Struktur des Ethos selbst gegründet ist. Zumal in der Sphäre des religiösen Denkens, das, von der Offenbarung ausgehend, die Totalität der Wirklichkeit unter Gott stellt, ist die Allegorese nichts anderes als der <gewiß oft auch geschraubte> Versuch gerade auch in dem Profanen eine Allegorie, einen Hinweis auf das Göttliche zu sehen.

Die Mystik nach Wesen, Entwicklung und Bedeutung behandelt *Carl Clemen* /Bonn, Ludwig Röhrscheid/, indem er zunächst aus der gesamten Religionsgeschichte eine gedrängte Übersicht der mystischen Persönlichkeiten und Bewegungen gibt und dabei 2 Typen neben einander stellt: die Mystik der Gotterfülltheit, des Ekstatikers (primitive Mystik) und die Mystik des in Gott sich auflösenden Quietisten (neuplatonischer Typ). Die Zusammenhänge beider, ihr Verhältnis zu der jeweiligen geistigen Gesamtlage wie zu der seelischen Struktur des einzelnen Mystikers, die Funktion der Spekulation in der höhern Mystik sind Probleme, die sich mit jener Unterscheidung ergeben, aber vom Verfasser nicht mehr behandelt werden.

**Sundar Singh** Im vergangenen Jahr bereiste ein junger Inder, Sadhu Sundar Singh, der in seiner Heimat vom Hinduismus zum Christentum übergetreten war, Europa, wo er die christliche Religion als Grundlage des allgemeinen gesellschaftlichen wie des persönlichen Lebens zu finden gehofft hatte. Die Tatsache des heillosen Zwiespalts zwischen Theorie und Praxis ließ ihn enttäuscht in seine Heimat zurückkehren. Sundar Singh, der in Indien um seines Glaubenswechsels willen Bedrohungen, Verfolgungen und körperliche Martern erfuhr und in diesen Martern nur die Seligkeit der Gottesgegenwart suchte und fand, ist nicht zum europäischen Christen geworden. Wie ihn der konfessionelle Streit gleichgültig läßt, so sieht er auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mit

jener indischen Gleichgültigkeit, die vor der Veräußerlichung und der Erstückung der Seele in der äußern Organisation bebt. Seine in der Schweiz gehaltenen und nunmehr veröffentlichten Reden (3 Hefte, zu beziehen durch das Deutschschweizerische Sekretariat der Kanarischen evangelischen Mission in Zürich) zeigen eine kindlich schlichte Seele, die nicht aufhört zur Besinnung aufzurufen und zur Absage an den Götzendienst zivilisatorischer Werte. Allem Theoretisieren abhold, gewinnt Sundar Singh den Leser durch die Schlagkraft seiner aus der eigenen Erfahrung und dem täglichen Leben genommenen Bilder und Parabeln, die zeigen, wie ihm ungewollt alles zum Symbol seines Evangeliums wird, ob er nun den durch Ameisenfraß zusammenbrechenden Baum sieht, den Jäger bei der Löwenjagd vor uns stellt oder an die Erziehung zu Mut und Ausdauer bei den Primitiven erinnert. Sundar Singhs Verkündigung ruht auf seinen persönlichen inneren Erlebnissen, deren Skala ihm bis zu Ekstase und Vision vertraut ist.

Nicht unwichtig ist zu wissen, daß er seine Erlebnisse in dem Rahmen ganz bestimmter metaphysischer Prämissen deutet. Die Kraft, die in der unbesorgten Objektivierung der Gegenstände seines Erlebens einen Anhalt findet, macht gerade durch eine Kritik seiner Weltanschauung die Frage brennend, wie weit die religiöse Haltung durch erkenntnistheoretische Prämissen gefördert oder gehemmt wird. Wo der Gehalt des religiösen Lebens in ein vorher fertiges System der Weltanschauung eingepreßt wird, statt diesem die letzte Begründung zu geben und damit es selbst zu bestimmen, muß die Religion nicht verkümmern, sondern ist schon verkümmert.

**Kultgeschichte** Die Geschichte der christlichen Feste ist ein einziger großer Beweis dafür, wie primitive Sitten und Anschauungen sich in die Religion des Geistes hineingerettet haben und hier amalgamiert, umgebildet worden sind. Das will in populärer Form eine, unter dem Pseudonym *Alpha Omega* veröffentlichte Schrift zeigen, die sich Die Feiertage der Christen und Juden, ihr heidnischer Ursprung und ihre Geschichte betitelt /Graz, Buchhandlung Arbeiterwille/. Daß diese Geschichte auch ein Beweis dafür sein könnte, daß im primitiven Ritus mit seiner kräftigen Symbolisierung der Gegenwart des Göttlichen ein Sinn innewohnt,

der eben verdiente erhalten zu bleiben, berücksichtigt der Verfasser nicht. Das von ihm gewählte Pseudonym besagt in knaptester Form die Tendenz der ganzen Schrift: die Offenbarungsgeschichte als menschliche Profangeschichte zu entlarven. Und eben darin steckt der alimne falsche Ansatz. Es wird gezeigt, daß wir nur ein Produkt historischer Entwicklung vor uns haben. Übersehen ist das Entscheidende, daß eben dem menschlichen religiösen Denken und Handeln ein Sinn innewohnt, der ein Göttliches meint. Dann aber ist einmal die Religion nicht durch die Historie zu widerlegen, so anfechtbar ihre einzelnen Thesen sind. Und ferner ist dieser Sinn eben des ganz Menschlichen selbst als Offenbarung zu fassen, als Aufschluß einer sonst verborgenen Tiefe, in der das Leben verankert ist, nicht aber ist die "Offenbarung" als ein Etwas, als ein Ding, das die weltlichen Abläufe zerreißt, zu materialisieren. Dieses Verfahren ist als unkritischer Rationalismus zu beurteilen. Zugestanden muß werden, daß auch die Theologie selbst ihn vielfach nicht vermieden hat. Der praktische Zweck der Schrift das Proletariat aufzuklären zeigt wie alle Schriften dieser Art das Mißtrauen gegen die Kirchen, die, statt das Gewissen der Zeit zu sein, den Status quo nur zu leicht legitimierten. Aber eben weil diese Kritik nur symptomatische Bedeutung hat, ohne sachliche Gründe aufzubringen, wird sie, ganz abgesehen von ihrem Gegenstand, ein Schulbeispiel jener gewiß unbewußten und gut gemeinten geistigen Demagogie, deren Wirkungskraft für die "Geistigkeit" des Durchschnitts aller Schichten vor dem Krieg und leider bis heute ein bedenkliches Zeugnis ablegt und deren Methoden schnellstens zum alten Eisen geworfen werden müssen, wenn nicht alle Schichten und nicht zuletzt das Proletariat mit der Phrase an innerer Dürre vertrocknen sollen.

Eine außerordentlich interessante und gelehrte Abhandlung über das Kol nidre und seine Entstehungsgeschichte hat *Joseph S. Bloch* verfaßt /Wien, R. Löwit/. Danach sind diese Sätze, die den Vorabend des Versöhnungstages, des höchsten Feiertags der Juden, im Gemeindekult eröffnen, unter der westgotischen Herrschaft über Spanien entstanden und dann, viele Jahrhunderte später, in den Judenverfolgungen nach der Vertreibung der Mauren erneuert. Sie entstammen also Zeiten grausamer Bedrückung, die schwerste körperliche und furchtbarste

Seelennot den Bekennern des Judentums auferlegte. Nur so ist es zu verstehen, daß eine an sich nüchtern-sachliche Rechtsformel (deren Sinn natürlich dem ihr von antisemitischer Seite untergeschobenen diametral entgegengesetzt ist und sich nur auf Gelübde gegen sich selbst, nicht auf Verpflichtungen und Versprechungen gegen andere bezieht) mit einer uralt klagenden Melodie versehen werden konnte, die alle gläubigen Juden aufs tiefste erschüttert und auch dem nichtjüdischen Hörer ans Herz greift.

**Totenliste** Seit Abschluß der Liste der Toten im Sommer 1922 ist außer Ernst Troeltsch, dessen Hinscheiden in dieser Rundschau bereits mitgeteilt wurde, noch eine Reihe von Theologen und Religionswissenschaftlern gestorben. Dem großen Publikum am bekanntesten war wohl *Friedrich Delitzsch*, der am 22. Dezember im Alter von 72 Jahren starb. Er war der Sohn des hochverdienten Religionsgelehrten Franz Delitzsch, eines Menschen von feinsten Gesinnung, frei von jener Gehässigkeit, der sich sein Sohn in den letzten Lebensjahrzehnten hingab. Dieser wurde 1877 außerordentlicher Professor der orientalischen Philologie in Leipzig, 1893 eben dort zum ordentlichen Professor ernannt und siedelte 1899 in gleicher Eigenschaft an die Universität Berlin über. Seine assyriologischen Studien, die sich insbesondere auch mit der Keilschrift befaßten, haben der religionsgeschichtlichen Forschung wichtige Vorarbeit geleistet. Aufsehen erregte er durch seinen Vortrag über Babel und Bibel, der die alttestamentlichen Texte ganz in den Rahmen der vorderasiatischen Religionsgeschichte und Mythologie einzuordnen versuchte. Unter den alttestamentlichen Schriften wandte sich Delitzsch speziell dem Buch Hiob zu. 1920 erschien sein viel besprochenes Werk Die große Täuschung, eine antisemitische Kampfschrift niedrigen Niveaus, die unter Außerachtlassung des religiösen Gehalts des Alten Testaments isolierte Abschnitte heraushob, um daraus eine Minderwertigkeit der Jahwereligion zu deduzieren (siehe auch diese Rundschau, 1922 II Seite 1031 ff.). In Bonn starb am 30. August 1922 der emeritierte Professor der praktischen Theologie *Eduard Simons*, im Alter von 67 Jahren. Die längste Zeit seines Wirkens gehörte der Theologischen Fakultät der Universität Marburg. Simons wurde im Streit um die Staatskirche besonders

bekannt durch eine Schrift Frei-, Volks-, Landeskirche /1895/. Sein wissenschaftliches Interesse galt vor allem den kirchlichen Verhältnissen am Niederrhein, zu deren Geschichte und gegenwärtiger Lage er zahlreiche Beiträge lieferte.

In Berlin starb Anfang Oktober der ordentliche Honorarprofessor der alttestamentlichen Theologie *Hermann Strack*, im Alter von 74 Jahren. Strack war einer unserer wenigen nichtjüdischen Kenner der talmudischen Literatur, der auch die meisten seiner Arbeiten galten. Sein Hauptwerk ist die Einleitung in Talmud und Midrasch, mit der er seinen wissenschaftlichen Ruf begründete. Talmud und Midrasch waren auch der Gegenstand seines letzten Werkes, eines großangelegten Kommentars zum Neuen Testament, der das gesamte in Betracht kommende Talmud- und Midraschmaterial heranziehen sollte. Der 1. Band erschien kurz vor dem Tod des Autors und behandelt ausschließlich das Evangelium des Matthäus. Zöcklers Handkommentar des Alten Testaments hat Strack mit herausgegeben. Sein praktisches Interesse galt vor allem der Judenmission, wie das auch seine eigenste Schöpfung, das Institutum Judaicum an der Universität Berlin, bekundete.

Anfang Januar 1923 starb in Tübingen der als praktischer Theologe auch weiteren Kreisen bekannte ordentliche Professor *Paul Wuster*, 62 Jahre alt. Nach Abschluß seines Studiums in Tübingen und nach größeren europäischen Reisen wurde er 1888 Pfarrer in Heilbronn, 1903 Dekan des Konvikts Blaubeuren, darauf Direktor des Predigerseminars in Friedberg in Hessen, 1907 Professor in Tübingen. Neben zahlreichen vielgeschätzten Erbauungsschriften und einem Leitfaden der Glaubens- und Sittenlehre /1896/ hat er sich für seine schwäbische Heimat verdient gemacht durch eine Kirchenkunde von Württemberg /1919/ und durch ein Buch über das Leben Gustav Werners /1888/, jenes bis heute im Kreis seiner Gemeinde stark nachwirkenden christlichen Sozialisten, der auf der Basis des Evangeliums im Rahmen eines industriellen Betriebs (einer Papierfabrik in Dettingen) seine Anhänger zur Gemeinde, die Gemeinde zur Arbeits- und Lebensgemeinschaft erfolgreich zusammenschloß.

Im Februar starb in Berlin der jüdische Religionsgelehrte *Philipp Bloch*, fast 82 Jahre alt. Sein Arbeitsgebiet war vornehmlich die Religionsphilosophie und daneben die Geschichte der Juden in

Polen. Als grundlegendes Werk ist in Fachkreisen Die Geschichte der Entwicklung der Kabbalah und der jüdischen Religionsphilosophie /1894/ anerkannt. Weiter ist eine Abhandlung Glaube und Wissen /1879/ zu nennen.

Am 2. Februar starb in Erlangen der Vertreter der praktischen Theologie *Walter Caspari*, 75 Jahre alt. 1885 wurde er außerordentlicher, 1887 ordentlicher Professor in Erlangen. Außer durch Arbeiten über homiletische Exegese und über die Grundlagen des Gemeindegewesens hat er sich vor allem durch seine reiche Mitarbeit an der Enzyklopädie für Theologie und Kirche verdient gemacht.

**Kurze Chronik** Die Theologische Fakultät der Berliner Universität hat für 1923-1924 2 *Preisaufgaben* gestellt. Die eine lautet: »Die Vorstellungen und Erzählungen vom unerkannten Messias (Erlöser, Gott) im Judentum, Vorchristentum und in der Gnosis sind zu sammeln, in ihrer Eigenart darzustellen und auf Ursprung und Geschichte hin zu untersuchen.« Die andere: »Wie verhalten sich urchristliches Vorbild, Kirchenidee und nationaler Gedanke in den derzeitigen Kirchen Gründungen in der nichtchristlichen Welt?« ◊ Vom 23. bis zum 25. Mai fand in Iserlohn die 30. Tagung des *Evangelischsozialen Kongresses* statt. Es sprachen Hans Keßler /Jena/ über die Not des Mittelstandes und die deutsche Gesellschaft und Walter Classen /Hamburg/ über Deutschlands Jugend und seine Zukunft. Getreu der Tradition des Kongresses suchte der erste Redner die wissenschaftliche Klärung der wirtschaftlichen Tatsächlichkeit für den unbeeirrten Willen zur Neugestaltung fruchtbar zu machen, das heißt den Ertrag der Wissenschaft in den Dienst religiös fundierter Pflichterfüllung zu stellen. An Stelle der alten Parole "Wissen ist Macht" müsse im Bürgertum eine neue Bildung mit der Devise "Können ist Dienst" erstehen. Die anlässlich der Tagung herausgegebene Festschrift brachte einen tiefgründigen Beitrag von Paul Natorp Randglossen zur Osterwoche der Jungsozialisten in Hofgeismar. Die religiöse Bewegtheit der Jugend gibt Natorp Anlaß in kürzesten Strichen das Wesen des Glaubens im Gegensatz zu allem bloßen Fühlen und Meinen zu bestimmen als »die Gewißheit des Lebens selbst, die alle Bedingungen hinter sich lassende, aller Vermittlungen so unfähige wie unbedürftige

Gewißheit, aus der das Leben lebt, sich selbst lebt, "ohne Warum"«. ◊ Im Freistaat Thüringen wurde für das höhere Lehramt ein neues Fach *Lebenskunde* in Aussicht genommen, zu dem die Lehrbefähigung durch eine Prüfung in Religionsgeschichte und Sittenlehre festgestellt wird. ◊ Einen Lehrauftrag für *kirchliche Statistik* erhielt an der Universität Berlin der Herausgeber des Kirchlichen Jahrbuchs Johannes Schneider. ◊ Der durch seine Studien über die griechische Sprache der hellenistischen Frühzeit und vor allem durch seine glänzende Darstellung der zeitgeschichtlichen Umwelt der neutestamentlichen Schriften Licht vom Osten /1908/ bekannte Berliner Gelehrte *Adolf Deißmann* hielt im Frühling ausgedehnte Kurse an dem von Quäkern gegründeten Erwachsenen Schul- und Landheim in Woodbrook und daran anschließend Vorträge in London, Oxford, Cambridge, Utrecht und Leiden. ◊ Zum Professor für katholische Weltanschauung in Breslau mit gleichzeitigem Lehrauftrag für die Universität Berlin wurde der Benediktinerpater *Romano Guardini* ernannt. ◊ Der Lehrstuhl für Kirchengeschichte an der Universität Münster wurde mit *Erich Seeberg* aus Königsberg besetzt, dessen Schrift Zur Frage der Mystik oben behandelt wurde.

**Literatur** Die Christliche Welt vom Februar 1923 veröffentlichte im Januar 15 Fragen *Adolf von Harnacks* an die Verächter der wissenschaftlichen Theologie unter den Theologen und im Februar 16 Antworten des Professors für reformierte Theologie in Göttingen *Karl Barth*. Zur Diskussion steht die Frage nach der Aufgabe und der Methode der religionswissenschaftlichen Arbeit: Ist die Religionswissenschaft fundamentum theologiae (Harnack) oder bietet sie der systematischen Entwicklung des Glaubensgehalts nur Material (Barth)? Ist Theologie Lehre vom Glauben (Harnack) oder vom Glaubensgegenstand (Barth)? März- und Aprilnummer der Christlichen Welt brachten die Fortsetzung der Diskussion. ◊ Im Verlag der Weltwende in Balingen erscheint der *Christrevolutionär* in kleinen, etwa 60 Seiten starken Oktavheften, die gut gewählte, scharf geprägte Abschnitte aus der deutschen Mystik, aus Kierkegaard, Dostojewskij und anderen bringen, einem neuen, ehrfurchterfüllten und heroischen Christentum den Weg bahnen sollen und an Stelle der "Moral" die Dynamik des Reichgottesglaubens setzen.

### Hygiene / Georg Wolff

**Todesursachenstatistik** Die medizinische Statistik, insbesondere die sehr wichtige Statistik der Todesursachen, steht im Deutschen Reich und vor allem in Preußen nicht auf der Höhe unserer hygienischen Einrichtungen, auch nicht auf der Höhe, die sie in anderen Staaten längst erreicht hat. Zahlreiche Menschen, speziell auch viele Ärzte, haben eine gewisse Scheu vor statistischen Zahlen, statistische Methodik ist ihnen völlig unbekannt; andererseits sind die Grundlagen für die Feststellung der Todesursachen vielfach fehlerhaft. Diese Basis für jede Todesursachenstatistik bilden die Leichenscheine; sie bilden das Urmaterial für die Sterblichkeitsberechnung.

Das Deutsche Reich gehört zu den wenigen Ländern in Europa, in denen es keine gesetzliche ärztliche Bescheinigung der Todesursache gibt. Nur in einigen süddeutschen Staaten und in einzelnen Großstädten (Berlin, Hamburg) besteht die sogenannte ärztliche obligatorische Leichenschau durch Ortspolizeiverordnung. In Preußen existiert sie nicht; die Todesursache wird vielmehr nach Angabe der Angehörigen vom Standesbeamten in den Leichenschein eingetragen. Welcher Unsinn dabei zutage gefördert wird, besonders da, wo die ärztliche Versorgung schlecht ist, wie noch vielfach auf dem Land (Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien), lehrt ein Blick in die Todesursachenstatistik. Und dieser amtlich gemeldete Unsinn wird dann nach allen Regeln der statistischen Verarbeitung bis auf mehrere Dezimalstellen genau von den statistischen Zentralstellen berechnet. Es ist klar, daß diese Art Statistik keinen Wert hat. Daher sagt der verdienstvolle Medizinalstatistiker F. Prinzing in seiner Schrift Die zukünftigen Aufgaben der Gesundheitsstatistik /Karlsruhe, C. F. Müller/; »Es ist dringend notwendig, daß der behandelnde Arzt durch Reichsgesetz verpflichtet wird die Todesursache so genau als es ihm möglich ist den Behörden mitzuteilen. Eine solche gesetzliche Verpflichtung besteht zum Beispiel in England, in der Schweiz, in den Niederlanden, in Italien.« Es ist bedauerlich, daß auch die deutsche Republik noch keine Zeit gefunden hat diese Versäumnis auf dem Gebiet der Medizinalgesetzgebung nachzuholen. Die kleine Republik Österreich ist ihr darin zuvorgekommen, dank der Initiative des jetzigen Vorstandes der Abteilung für Gesundheitsstatistik im Volksgesundheits-

amt Siegfried Rosenfeld, der in seiner verdienstvollen Schrift Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Österreichs durch den Krieg /Wien, Franz Deuticke/schreiben kann: »Den Vorzug einer durchweg zuverlässigen Todesursachenstatistik hat die Republik Österreich gegenüber der früheren Monarchie Österreich.« Nur wenige andere Staaten gibt es noch, die sich bisher der Einführung der obligatorischen Leichenschau und der Beglaubigung der Todesursache durch den behandelnden Arzt widersetzt haben. In einem räumlich so ausgedehnten und dünn bevölkerten Staat wie Norwegen sind infolge der gesetzlichen Verpflichtung der Ärzte mehr als 90 % aller Sterbefälle ärztlich beglaubigt. Es ist dringend erforderlich, daß auch in Deutschland durch Reichsgesetz die Pflichtleichenschau und die Beglaubigung der Todesursache durch den behandelnden Arzt eingeführt wird.

**Sterblichkeit und Altersaufbau** Den Sterblichkeitszahlen haften noch andere Fehler an, die nur durch eine

rechnerische Korrektur bei der Verarbeitung ausgeschaltet werden können. Sie müssen es, wenn die statistischen Relativzahlen der Sterblichkeit und der Todesursachen einen Maßstab für die Beurteilung der hygienischen Verhältnisse liefern sollen. Die Fehlerquellen bestehen vor allem in der verschieden großen Geburtenziffer und der davon und den Zu- und Abwanderungen abhängigen Altersbesetzung der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen, vor allem auch in Stadt und Land. Es ist ohne weiteres klar, daß in einer Bevölkerungsschicht, in der wenig Kinder geboren werden, auch eine an sich hohe Säuglingssterblichkeit keinen so großen Einfluß auf die Gesamtsterbezahl haben kann wie dort, wo die Altersklasse bis zu 5 Jahren stark besetzt ist. Die Zahlen der Gesamtsterblichkeit, das heißt das Verhältnis der insgesamt Gestorbenen zu den Lebenden eines bestimmten Zeitausschnitts, geben daher keinen zuverlässigen Maßstab, wenn nicht auch die Altersbesetzung genau bekannt und berücksichtigt ist. Statistiker von Fach haben aus diesem Grund immer wieder darauf hingewiesen, daß der Durchschnittswert der allgemeinen (rohen) Sterbezahl nicht ohne weiteres als Maßstab der sanitären Verhältnisse angenommen werden darf; einen solchen liefert höchstens die Sterbezahl nach einzelnen Altersklassen (0 bis 1, 1 bis 2, 2 bis 5, 5 bis 10 usw. Jahren), möglichst aus

mathematisch wissenschaftlich berechneten Sterbetafeln abgeleitet, weil hierbei nicht die einzelnen Altersklassen mit ihren verschiedenen Sterbenswahrscheinlichkeiten in einer einzigen Endzahl zusammengefaßt werden. Ein besonders charakteristisches Beispiel für die Fehlerquellen in der gewöhnlichen Sterblichkeitsberechnung bildet die von allen Seiten hervorgehobene niedrige Sterblichkeit nach dem Krieg, nicht nur in Deutschland sondern angenähert in allen Ländern Europas. Die Sterbezahl in den deutschen Orten mit über 15 000 Einwohnern betrug im Jahr 1921 13,5‰ und war damit niedriger als im besten Friedensjahr 1913 mit 14‰. Dieser auffallende Tiefstand spricht aber keineswegs für besonders günstige Verhältnisse, die auch für das Deutschland der Nachkriegszeit merkwürdig wären, sondern hängt sehr stark mit der gewaltigen Störung des Altersaufbaus zusammen, die durch den Geburtenrückgang und die Übersterblichkeit während der Kriegsjahre herbeigeführt war. Das zeigt ein Vergleich der Altersverteilung in der deutschen Bevölkerung in den beiden letzten Volkszählungsjahren 1910 und 1919. Besonders wichtig für die Sterblichkeitsmessung ist dabei, daß in der Altersklasse bis zu 5 Jahren im Jahr 1919 annähernd 4 Millionen Menschen weniger vorhanden waren als im Jahr 1910 (3 820 617 gegen 7 790 402) oder auf das Tausend der Bevölkerung im Jahr 1919 63,2 gegen 120 im Jahr 1910 entfielen. Da aus dem Säuglings- und Kleinkindesalter (bis 5 Jahre) vor dem Krieg ungefähr zwei Fünftel aller Sterbefälle im Deutschen Reich hervorgingen, wird man es ohne weiteres verstehen, daß eine so gewaltige Abnahme der Zahl der Lebenden in dieser Altersklasse sich auch in der Zahl der Gesamtsterblichkeit auswirken mußte. Der Medizinalstatistiker E. Roesle (Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den deutschen Städten im Jahre 1921, in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift vom 30. Juni 1922) sagt mit Recht: »Es wäre daher zurzeit noch verfrüht aus dem Rückgang der Sterbeziffer auf eine allgemeine Besserung der Gesundheitsverhältnisse der deutschen Bevölkerung zu schließen; denn ohne die Kenntnis der Sterblichkeit nach dem Alter können diese überhaupt nicht beurteilt werden.« Eine solche Beurteilung ist also erst möglich, wenn man die noch nicht vorliegenden Sterbezahlen in den verschiedenen Altersklassen mit den entsprechenden der Vorkriegszeit vergleichen kann.

**Standardsterbezahlen** Um sich der genannten Fehlerquellen ungeachtet einen Überblick über die Gesamtsterblichkeit einer Bevölkerung zu verschaffen, hat man sich neuerdings immer mehr zur Benutzung sogenannter Standardsterbezahlen entschlossen. Auch das Internationale Statistische Institut im Haag, die englische und die deutsche Reichsstatistik bedienen sich dieser von den Statistikern von Körösy, Westergaard, Ogle besonders befürworteten Zahlen. Die Standardsterbezahlen werden berechnet, indem die jeweils ermittelten Sterblichkeitszahlen nach Altersklassen nicht auf die wirkliche Bevölkerung sondern auf eine stets gleichbleibende, eben die Standardbevölkerung bezogen werden. Dadurch werden die genannten Fehlerquellen zweifellos ausgeschüttet, dafür aber öffnen sich andere. Sie haben ihren Grund darin, daß das Schema der Standardbevölkerung, deren Altersklassenanteile zum großen Teil notwendig durch die Sterblichkeit in der eigenen Bevölkerung bedingt sind, starr auf alle möglichen Bevölkerungskonglomerate übertragen werden. Diese Fehler der Standardberechnung, die Übertragung einer organisch oder notwendig bedingten Verschiedenheit des Altersaufbaus auf ganz verschiedenartig zusammengesetzte Bevölkerungsmassen, haben namentlich in den Statistikern von Bortkiewicz und neuerdings auch Winkler scharfe Kritiker gefunden. Es scheint aber, als ob Winkler in seiner Kritik zu weit geht, wenn er in seiner, im übrigen außerordentlich tief in das Problem der Sterblichkeitsmessung eindringenden Schrift Die statistischen Verhältniszahlen /Wien, Franz Deuticke/ sich zur Korrektur der rohen Sterbezahl so äußert: »Die vermeintliche Berichtigung durch den Standardindex ist nicht nur keine Verbesserung sondern eine ganz üble Verschlechterung der rohen Sterbeziffer; das Streben nach Erforschung eines beschränkten Ursachenteils, der "sanitären Verhältnisse", verwirrt den zunächst anzustrebenden Ausdruck für die Höhe der Sterblichkeit überhaupt. Es werden nämlich mit dem Standardverfahren nicht nur jene zufälligen, sondern auch die für den richtigen Ausdruck der Sterbeziffer unerlässlich notwendigen Verschiedenheiten des Altersaufbaus verwischt, und dafür wird nicht nur den notwendigen sondern auch den zufälligen Verschiedenheiten eines fremden Altersaufbaues eine Rolle eingeräumt.« Die Einwände Winklers sind vom Standpunkt einer mathematischen Überprüfung

der Sterblichkeitszahl höchst beachtenswert; sie gehen in ihrer praktischen Schlußfolgerung aber doch zu weit, indem sie die Sterblichkeitsmessung vorwiegend als ein mathematisches und nicht als ein statistisches Problem betrachten. Zweifellos werden durch die Standardzahlen keine mathematisch korrekten Ausdrücke der Sterblichkeit gefunden, wie es lediglich durch Aufstellung einer mathematisch berechneten Absterbeordnung mittels Sterbetafeln möglich wäre; die eingeführten Fehler durch Verwendung eines fremden Altersaufbaus sind aber meist viel geringer als die Fehlerquellen, die durch die Verschiedenheiten des Altersaufbaus beim Vergleich mittels der rohen Sterbezahlen entstehen. Das zeigt besonders deutlich das oben angeführte Beispiel der abnorm niedrigen Sterblichkeit nach dem Krieg. Denn die ihr zugrundeliegende Altersverschiebung ist nicht organisch bedingt, nicht eine notwendige Folge der Absterbeordnung selbst, sondern lediglich eine Folge der gewaltsamen Störung der Bevölkerungsbewegung im Krieg durch Geburtenausfall und Übersterblichkeit bestimmter Altersklassen. Alle Zahlen, die die Sterblichkeit während des Krieges, vor und nach ihm ohne rechnerische Korrektur vergleichen, müssen deshalb noch stärker fehlerhaft sein als die nach der Praxis der Standardberechnung gewonnenen.

**Sterblichkeit und Beruf** Ähnliche Fehlerquellen durch zufällige Verschiedenheiten des Altersaufbaus stören auch die Berechnung der Berufsterblichkeit, wenn die Sterblichkeitsziffer einfach durch Division der Zahl der Gestorbenen durch diejenige der Lebenden gewonnen wird (rohe Sterbeziffer). Denn auch hier spielt die Altersbesetzung eine ausschlaggebende Rolle; ihre Nichtberücksichtigung läßt die meisten Berufsstatistiken als unzuverlässig erscheinen. Bortkiewicz, der sich, wie oben erwähnt, im übrigen der Standardberechnung gegenüber sehr kritisch verhält, erkennt deren Berechtigung für die Sterblichkeitsmessung der Berufe an. Ein gutes Beispiel für die Wichtigkeit eines derartigen Ausgleichs führt Prinzing im Handbuch der Medizinischen Statistik /Jena, Gustav Fischer/an. Die Sterblichkeit war in der Schweiz bei den Angehörigen der Landwirtschaft stets größer als bei den in der Uhrenfabrikation Tätigen, wenn man einfach die sogenannte rohe Sterbeziffer zugrundelegt. Wendet man jedoch eine

Standardberechnung an, entweder nach der genannten Methode der Standardbevölkerung, bei der eine für beide Berufsgruppen gleiche Altersbesetzung als Vergleichsmaßstab gewählt wird, oder nach der, im Prinzip übrigens ganz ähnlichen Methode der Standardsterblichkeit (Methode der erwartungsgemäß Gestorbenen von Westergaard), bei der für beide Berufsgruppen gleiche Sterblichkeitskoeffizienten nach Altersklassen zum Vergleich gewählt werden, so erhält man genau das entgegengesetzte Resultat. Die Rechnung ergibt dann eine größere Sterblichkeit der Industriearbeiter gegenüber den Berufstätigen der Landwirtschaft. Es zeigt sich nämlich, daß die geringere Sterblichkeit in der Uhrenfabrikation nur vorgetäuscht ist durch die wesentlich günstigere Altersbesetzung, da hier die Berufstätigen vorwiegend den jüngeren, am wenigsten durch Sterbenswahrscheinlichkeit bedrohten Altersklassen angehören, während in der Landwirtschaft auch viele alte Leute noch beruflich tätig sind. In allen solchen Fällen stellt die Berichtigung durch den Standardindex sicher eine Verbesserung und nicht »eine ganz üble Verschlechterung der rohen Sterbeziffer« (Winkler) dar; zum mindesten gibt sie für die Praxis des statistischen Vergleichs einen brauchbaren Maßstab, selbst wenn sie der formalen theoretischen Prüfung nicht standhält. Dennoch seien die tief schürfenden Untersuchungen Winklers aufs wärmste empfohlen, insbesondere allen, die sich nicht nur oberflächlich mit dem Problem der Sterblichkeitsmessung zu beschäftigen haben. Die von Winkler, wie schon von Bortkiewicz gedanklich streng durchgeführte Unterscheidung der notwendigen und der zufälligen Verschiedenheiten in der Altersbesetzung einer Bevölkerung läßt die ganze Schwierigkeit des Problems einer exakten und möglichst fehlerfreien Durchführung der Sterblichkeitsmessung erkennen; denn nur die zufälligen Verschiedenheiten sollen durch eine rechnerische Korrektur beseitigt werden, die einwandfrei »nur im Wege der vollständigen Isolierung des Sterbevorganges durch Aufstellung einer Absterbeordnung möglich« ist. Eine solche kommt in der Praxis des statistischen Vergleichs ausschließlich durch Benutzung mathematisch konstruierter Sterbetafeln nicht in Frage, vielfach aus Mangel an diesen, wie in der Berufsstatistik. Daher muß, bei aller Berücksichtigung ihrer Unvollkommenheiten, die einfachere Methode der Standard-

berechnung im ganzen als ein wichtiger Fortschritt begrüßt werden. Winklers Einwänden gegen ihre mathematische Zulässigkeit vom Standpunkt einer theoretischen Überprüfung sei ein Satz aus G. von Mayrs klassischem Werk Statistik und Gesellschaftslehre /Tübingen, J. C. B. Mohr/ entgegengehalten: »Die Ermittlung der Absterbeordnung ist in erster Linie ein statistisches, keineswegs ein mathematisches Problem. Die Mathematik leistet nur Hilfsdienste und kann diese in durchaus elementarer Form gewähren.« Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die vom Internationalen Statistischen Institut benutzte Standardberechnung zu betrachten.

#### Medizinische Statistik

Ein paar Worte noch zur medizinischen Statistik im speziellen: Es spricht nicht

sehr für das sozialwissenschaftliche Verständnis der Ärzte, daß Prinzings Handbuch der medizinischen Statistik, das als einziges die gesamte Krankheits-, Sterblichkeits- und Todesursachenstatistik systematisch behandelt, seit dem Jahr 1906 nicht neu aufgelegt worden ist, geschweige denn, daß Westergaards mehr vom Standpunkt des Bevölkerungsstatistikers geschriebenes Werk Die Lehre von der Mortalität und Morbidität seit dem Jahr 1901 /Jena, Gustav Fischer/ neu erschienen wäre.

Eine Einführung in die Medizinalstatistik hat neuerdings der Hygieniker der Kieler Universität Karl Kißkalt gegeben /Leipzig, Georg Thieme/. Sie will in kurzen Übungen einen Überblick über das Gesamtgebiet vermitteln und an Hand praktischer Aufgaben Verständnis für Technik und Methodik der Statistik wecken, soweit sie für die Hygiene in Frage kommt. Auch auf die Fehlerberechnung nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung wird an einigen Stellen kurz eingegangen; dabei werden nur elementare mathematische Kenntnisse vorausgesetzt. Es wäre zu wünschen, daß wenigstens diese knappe Anleitung größere Verbreitung findet und Verständnis für die sozialwissenschaftliche Behandlung der Hygiene wachruft.

Im übrigen sind die medizinalstatistischen Arbeiten in verschiedenen hygienischen und demographisch-statistischen Zeitschriften zerstreut. Eine Zusammenstellung der gesamten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet findet sich im Abschnitt Bevölkerungsstatistik in dem von A. Grotjahn und F. Kriegel herausgegebenen Jahresbericht über soziale Hygiene, Demographie und Medizinal-

statistik, der seit dem Jahr 1920 von Hans Haustein redigiert ist /Berlin, Richard Schoetz/ und zum erstenmal nach dem Krieg auch die in englischer und französischer Sprache veröffentlichten Arbeiten während der Jahre 1915 bis 1920 berücksichtigt. Der gleiche Bericht für das Jahr 1921 ist soeben auch in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung /Berlin, Richard Schoetz/ erschienen.

Die Zahl der Medizinalstatistiker ist in Deutschland noch sehr gering. Außer Gottstein, Kißkalt, Prinzing, Roesle, Rosenfeld, Weinberg gibt es kaum noch Hygieniker, die sich systematisch auf diesem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung betätigen und, wie etwa Weinberg, mit exakter mathematisch-statistischer Methodik an die Lösung epidemiologisch wichtiger Aufgaben herangehen. Unter der Vorherrschaft und den Erfolgen der ätiologischen - bakteriologischen Forschungsrichtung ist dieser Zweig der Hygiene lange Zeit vernachlässigt worden. Heute ist das Interesse für die sozialen Aufgaben der Hygiene wieder sehr rege, und die "Sozialhygiene" sogar recht modern geworden. Nur wenige aber, die in der sozialhygienischen Fürsorgearbeit stehen, sind zu der Erkenntnis vorgedrungen, daß eine sozialwissenschaftliche Behandlung der Hygiene nur mit den Mitteln einer methodisch einwandfreien Statistik möglich ist, wollen sie sich und andere vor groben Täuschungen bewahren. Das ist eine wissenschaftliche Aufgabe der Sozialhygiene und eine wichtige Tendenz der modernen Hygiene überhaupt, die heute mehr denn je zu den Fragen der Wirtschaft Stellung zu nehmen hat.

**Sterblichkeit und Wohlhabenheit** Zur Frage der Beziehungen zwischen Sterblichkeit und Wohlhabenheit

Wohlhabenheit sei zum Schluß noch die wichtige Untersuchung des Professors der Statistik an der Genfer Universität L. Hersch genannt, die L'inégalité devant la mort d'après les statistiques de la ville de Paris betitelt ist /Paris, Société du Recueil Sirey/ und in sorgsamer Methodik den Einfluß der sozialen Lage auf die Sterblichkeitsziffer in Paris während der letzten Jahre vor dem Krieg, 1911 bis 1913, darstellt. Hersch teilt die 20 Pariser Bezirke in Wohlhabenheitsklassen, indem er auf Grund der Steuerlisten bestimmt, wie viele von 100 Haushaltungen eine bestimmte Wohnungssteuer (contribution personnelle-mobilière) zu entrichten hatten. Es waren in den reichsten

Bezirken 50 bis 60 %, in den ärmsten nur 10 %; dazwischen liegen die Bezirke von mittlerer Wohlhabenheit, die genau bestimmt und in 4 Klassen zusammengefaßt werden. Die Fehlerquellen, die in der Verheimlichung liegen, können in allen Stadtteilen als gleich angenommen werden. Die durch zahlreiche graphische Darstellungen veranschaulichte Untersuchung ergibt nun folgendes: Die Zahl der Gesamtsterblichkeit war in den ärmsten Bezirken doppelt so hoch wie in den reichsten (22,4 gegen 11,0 auf 1000 Einwohner); die Zahl der Säuglingssterblichkeit ist in der Gruppe der ärmsten Bezirke mit 15,1 auf 100 Lebendgeborene 3mal so groß wie in der Gruppe der reichsten Bezirke mit 5,1 %. Hersch drückt das so aus: In den Elendsbezirken erreichen 15 von 100 Neugeborenen das 1. Lebensjahr nicht; ein Drittel davon muß auf Rechnung der natürlichen Sterbensnotwendigkeit geschrieben werden, nach Maßgabe der Sterbezahll in den wohlhabenden Bezirken. Die beiden anderen Drittel oder 10 von 100 aller Lebendgeborenen werden durch die Ungleichheit der sozialen Lage getötet. Noch viel mehr klagen die Zahlen an, wenn man die Säuglingssterblichkeit nicht auf die Gesamtheit der Neugeborenen bezieht sondern nach Legitimen und Illegitimen trennt. Einer Sterbezahll der Illegitimen von 18,2 in der letzten Wohlhabenheitsgruppe der Pariser Stadtbezirke steht eine Sterblichkeit der Legitimen von nur 4,5 in der ersten Wohlhabenheitsgruppe gegenüber, also eine 4mal höhere Sterbezahll. Und noch furchtbarer werden die Differenzen, wenn man die Bezirke nicht zu Gruppen zusammenfaßt, sondern der ärmste dem reichsten, der Bezirk Menilmontant dem Bezirk Elysée gegenübergestellt wird. Die Zahl der Säuglingssterblichkeit für Legitime und Illegitime zusammen betrug hier 16,3 gegen 4,5 auf 100 Lebendgeborene, die Sterbezahll der legitimen Säuglinge allein 15,2 gegen 3,1; die letzte Zahl war also im ärmsten Bezirk 5mal so groß wie im reichsten. Mehr als 15 % aller legitimen Lebendgeborenen sind im Bezirk Menilmontant im Lauf des 1. Lebensjahres gestorben; davon sind vier Fünftel durch die Ungleichheit der sozialen Verhältnisse ums Leben gekommen. Und stellen wir gar die Höchstzahl der Säuglingssterblichkeit unter den Illegitimen (19,4 % im ärmsten Bezirk) der Niedrigstzahl unter den Legitimen (3,1 % im reichsten Bezirk) gegenüber, so kommen wir zu einer mehr als 6mal

so großen Sterbezahll, die lediglich aus der Verschiedenheit der sozialen Lage resultiert.

Beachtenswert und von Allgemeingültigkeit ist ferner aus der Untersuchung Hersch', daß sich die so berüchtigte Übersterblichkeit der Illegitimen dort vollständig verwischt, wo bemerkenswerte Ungleichheiten des Wohlstandes und der Armut hinzutreten. Daher ist zwar die Säuglingssterblichkeit der Illegitimen in den reichen Bezirken stets erheblich größer als die der Legitimen, aber doch nirgends so hoch wie die Sterbezahll der legitimen Säuglinge in den Bezirken der Armut. Also auch hier sehen wir den erdrückenden Einfluß der sozialen Lage auf die Höhe der Sterbezahll.

Das selbe wird im weitem Verlauf der Untersuchung noch an einem andern Index, der Höhe der Tuberkulosesterblichkeit, gezeigt. Die Unterschiede sind hier eher noch stärker und sprechen noch mehr zuungunsten der armen Bevölkerung. So sind im Bezirk Menilmontant, dem ärmsten nach der Wohnungssteuerberechnung, auf 10 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 63,6, im Bezirk Elysée nur 10,8 an Tuberkulose gestorben, auf die gleiche Einwohnerzahl also 6mal so viel Tuberkulosedodesfälle.

Die Untersuchungen Hersch' für Paris verdienen die allgemeine Aufmerksamkeit; sie haben höchstwahrscheinlich Allgemeingültigkeit und sollten jedenfalls durch weitere Untersuchungen an andern Orten ergänzt werden. Sie sind klar und eindeutig. Mit Recht bemerkt Hersch am Eingang seiner Arbeit: Die offizielle Statistik aller Länder zeigt mit einer bewundernswürdigen Genauigkeit die Sterblichkeit der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Zivilstand, aber nirgends, was uns am meisten interessiert, nach der sozialen Lage der Bevölkerung. Und gerade dies muß dem Hygieniker wie dem Volkswirt das Wichtigste sein. Freilich sind die technischen Schwierigkeiten für die Auffindung eines brauchbaren Vergleichsmaßstabs der wirtschaftlichen Verhältnisse größer als für die eines Vergleichs nach Alter und Geschlecht. Darum müssen Untersuchungen wie die des Genfer Statistikers besonders hoch eingeschätzt werden. Wie sie zeigen, ist es nicht die wichtigste Aufgabe des Statistikers die Technik seiner Wissenschaft durch mathematische Genauigkeit zu vervollkommen (eine einwandfreie Technik muß, wie in allen Wissenschaftsanwen-

dungen als selbstverständlich vorausgesetzt werden), vielmehr muß auch hier die Idee allem andern voranstellen. Man wird weiter auf Mittel sinnen müssen, um den bedeutungsvollen Faktor der sozialen Lage in der Statistik der Sterblichkeit und der Todesursachen zum Ausdruck zu bringen und damit eine sozialwissenschaftliche Behandlung der Hygiene in höherem Maß als bisher zu ermöglichen. An der praktischen Bedeutung solcher Untersuchungen wie der *Hersch'* für Paris wird kaum gezweifelt werden können. Dazu ist ihr Ergebnis zu deutlich: *inégalité devant la mort.*

#### Totenliste

Nach eben vollendetem 50. Lebensjahr starb in Berlin Ende November 1922 der

bekannteste Sexualforscher und Dermatologe *Iwan Bloch* nach langer schwerer Krankheit. Bloch hat durch seine schriftstellerische Tätigkeit auf dem Gebiet der Sexualforschung und Sexualpathologie seinen Namen weit über Deutschland hinaus bekannt gemacht. Die Londoner Gesellschaft für Sexualforschung ernannte ihn 1920 zum Ehrenmitglied, und zwar war dies die erste Ernennung dieser Art nach dem Krieg. Eine große Reihe wissenschaftlicher Arbeiten ist dem Forscher zu verdanken. Er hat Beiträge zur Ätiologie der Sexualkrankheiten und zur Dermatologie, Arbeiten zur Geschichte der Medizin, eine Untersuchung über den Ursprung der Syphilis, dann seine bekannte und hochgeschätzte 2bändige Geschichte der Prostitution, endlich unter dem Pseudonym Eugen Dühren eine Monographie über den Marquis de Sade geschrieben. Seine Arbeiten enthalten neben den ärztlich-sexualwissenschaftlichen auch kulturwissenschaftlich wertvolle Darstellungen, wie *Iwan Bloch* überhaupt eine universal interessierte Natur war. Er war einer der ersten Büchersammler und Bibliophilen, er veranlaßte auch die Herausgabe eines bisher ungedruckten Kantbriefes und die des Nachlasses von *Heinrich Lautensack*. Bloch stammte aus *Delmenhord* in *Oldenburg*; er studierte in *Bonn*, *Heidelberg* und *Berlin*.

Am 2. Dezember starb plötzlich in Berlin der Professor der Pathologie *Richard Oestreich* in seinem 60. Lebensjahr. Er war unter *Virchow* Assistent am Pathologischen Institut, wurde später ans *Augustahospital* berufen; 1896 wurde er Privatdozent, 1908 Professor an der Universität. Er schrieb ein Kompendium der Pathologie und ein Lehrbuch der Sektionstechnik.

Am 13. Januar 1923 starb der berühmte pathologische Anatom *Johannes Orth*, 76 Jahre alt, in Berlin. Er war am 14. Januar 1847 im Nassauischen geboren, wurde früh Privatdozent der Pathologie in Bonn, studierte dann noch bei *Virchow*, bald als dessen Assistent, und wurde 1878 als ordentlicher Professor der Pathologie nach Göttingen berufen. Von dort kam er als *Virchows* Nachfolger nach Berlin, wo er nach *Senators* Tod auch den Vorsitz der Medizinischen Gesellschaft übernahm und fast bis zu seinem Tod fortführte. Aus seinen umfangreichen Studiengebieten sind besonders die Forschungen über die Krebs- und die Tuberkulosefrage wie über die Kleinlebewesen als Krankheitserreger zu nennen. Lange Zeit war *Orth* auch Vorsitzender des Zentralkomitees für Krebsforschung. Im Verein mit *Beitzke* und *Lydia Rabinowitsch* arbeitete er an der Klärung des Problems der Übertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen. Im Gegensatz zu *Robert Koch* hielten diese Forscher die Rindertuberkulose auch für den Menschen für gefährlich. *Orth* war als medizinischer Schriftsteller wie als Redner wegen seiner Schärfe und Klarheit bekannt. Einer der bedeutendsten badischen Ärzte, der Medizinalreferent bei der badischen Regierung, *Wilhelm Häuser*, starb 73jährig im Januar in Karlsruhe. Er hat viel für die Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland gewirkt. Ebenfalls im Januar starb 59jährig *Alfred Kirstein*, der sich als Arzt wie als Maler einen Namen gemacht hat. Bis zu seinem 40. Lebensjahr Arzt, wurde er schnell durch eine Erfindung bekannt, die später durch *Kilian* und *Rosenheim* für die Behandlung des Kehlkopfs wie der Verdauungswege weiter ausgebaut wurde: Er zeigte, wie man direkt, ohne Kehlkopfspiegel, die Luftwege besichtigen könne. Als er sich dann entschloß Maler zu werden, wandte er sich nach Paris, wo er als Anhänger der neoimpressionistischen Schule wirkte; er stellte dort im Salon der Unabhängigen aus. Später machte er in Algier malerische Studien. Bei Ausbruch des Weltkriegs nahm er dann seine ärztliche Tätigkeit wieder auf und leitete mehrere Jahre ein Lazarett. Eine tödliche Krankheit machte seiner Arbeit ein Ende. Im März starb im Alter von 55 Jahren in Oxford der Professor der Biochemie an der dortigen Universität *Benjamin Moore*, ein Gelehrter, der sich um die öffentliche Hygiene in Großbritannien viele Verdienste erworben hat.

Der langjährige Mitarbeiter Pasteurs *Alexander Marmorek* ist im Juli gestorben. Auf medizinisch-wissenschaftlichem Gebiet ist er durch eine Reihe von Veröffentlichungen bakteriologisch-serologischen Inhalts hervorgetreten, die ihren praktischen Niederschlag in der Herstellung des nach ihm benannten Streptokokkenserums gefunden haben. Damit machte Marmorek als erster im Jahr 1895 den Versuch gegen die vielfachen Streptokokkeninfektionen oder -mischinfektionen des Menschen (Rose, Streptokokkensepsis, Scharlach, Gelenkrheumatismus) ein Heilserum zu finden. Die von ihm zur Serumgewinnung benutzten Reinkulturen waren durch mehrfache Tierpassagen besonders virulent gemacht, um auf diese Weise ein hochwertiges Serum zu erzielen. Seine Versuche wurden bis in die jüngste Zeit in mannigfacher Weise von anderen Forschern fortgesetzt oder modifiziert.

**Gemeinverständliche  
Schriften**

Im Verlag Gesundheitswacht, früher in Koburg, jetzt in München, ist eine Reihe gemeinverständlicher Schriften erschienen, die Verbreitung verdienen, da sie auf streng wissenschaftlicher Grundlage über wichtige Gebiete der Gesundheitspflege unterrichten. Genannt seien hier die beiden Schriften des Schularztes an den städtischen Gewerbeschulen Th. Fürst *Körperliche Eignung zum gewerblichen Beruf* und *Die erste Hilfeleistung in gewerblichen Betrieben*, ferner die Arbeit Eugen Doernbergers *Wie sorgen wir für die Gesundheit unserer Jugend?*, die sämtlich einschneidende Fragen der *gesundheitlichen Fürsorge* behandeln. Die Bücher geben keine popularisierten akademischen Abhandlungen sondern nur praktische Winke aus der Erfahrung des ärztlichen Beraters, die dem einzelnen bei der Berufswahl, Körperpflege, Krankheitsverhütung und durch ihre Verallgemeinerung auch der Gesamtheit Nutzen bringen sollen. Unter dem gleichen Gesichtspunkt verdient auch die mit reichen schematischen Abbildungen versehene Schrift des Turnlehrers Christian Silberhorn *Recken und Strecken* besondere Beachtung. Sie wendet sich nicht, wie so viele andere, speziell an die Sportjugend sondern will »nutzbringende Körperübungen für Vielbeschäftigte und Stubenhocker« propagieren, die so notwendige Körperkultur also nach der Seite der Leibesübungen im Haus ergänzen. Hervorragend gelungen ist sodann die von dem Privatdozenten der Hygiene Philipp Oskar Süssmann ge-

zeichnete und mit einem kurzen Belegtext versehene Tafel *Die wichtigsten Erreger der Infektionskrankheiten*. Derartige Zeichnungen eignen sich für Demonstrationen in Schulen und Vorträgen gewöhnlich besser als mikroskopische Originalpräparate, deren Verständnis eine gewisse technische Übung voraussetzt. Auch die Schrift des Münchener Professors an der Tierärztlichen Hochschule Theodor Kitt *Die wichtigsten Seuchen der Haustiere* verdient genannt zu werden, zumal über die Krankheiten der Tiere gewöhnlich noch unklarere Vorstellungen bestehen als über die des Menschen.

Das Büchlein *Gesundheitslehre und Haushaltungskunde* des Lehrers an der städtischen Schule für Frauenberufe in Leipzig Gustav Schneider /Leipzig, B. G. Teubner/ ist in 4. Auflage neu erschienen. Es verbindet mit reichem Wissen, klarer Anordnung und Auswahl des Stoffs gutes Verständnis für die Bedeutung der *Hygiene im Haushalt* und wendet sich deshalb vorwiegend an die Frauen; es brauchte auch von den Männern nicht beiseite gelegt zu werden. In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ließ der Frankfurter Frauenarzt und Universitätsprofessor Hermann Freund ein Bändchen *Hygiene der Ehe* erscheinen. Es ist nicht nur eine populäre Darstellung der Krankheiten des Ehelebens, auch keine Sexualpathologie, die besonders die sexuellen Perversionen liebevoll darstellt wie etwa die kleine, im übrigen durchaus ernsthafte Arbeit Paul Adams *Hygiene des Liebeslebens* /Hannover, Kapitolverlag/. Freund gibt vielmehr zugleich eine erste Einführung in die *bevölkerungspolitischen Probleme*, die mit der Hygiene der menschlichen Fortpflanzung zusammenhängen.

Noch größeres Gewicht auf die sozialwissenschaftliche Seite des Problems der menschlichen Fortpflanzung legt Heinrich Victor Klein in seiner inhaltreichen Schrift *Krankheit, Vererbung und Ehe* /Wien, Franz Deuticke/, indem er ausführlich auch auf die vererbungsbiologischen Grundlagen und ihre Folgerungen für *Rassenhygiene*, Geburtenregelung und Eugenik (mit Angabe der wichtigsten Literatur) eingeht.

Der verdienstvolle Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin Albert Kohn hat nach mehrjähriger Unterbrechung nunmehr den neuen Band der *Wohnungsuntersuchungen* im Auftrag des Vorstandes für die Jahre 1919 und 1920 herausgegeben /Berlin, Verlag

der Allgemeinen Ortskrankenkasse/ und in zahlreichen Tabellen die hygienischen Verhältnisse der *Krankenwohnungen* analysiert. 16 Lichtbildaufnahmen besonders verfallener Häuser, Treppengänge und Elendswohnungen sind beige-fügt. Die Wohnungsverhältnisse haben sich im Anschluß an die Kriegsnot von Jahr zu Jahr verschlechtert und tragen wesentlich dazu bei die spezifischen Großstadtkrankheiten zu vermehren. Der Mahnruf Albert Kohns nach einer großzügigen Wohnungs- und Siedelungsreform sollte gehört werden.

Volkstümlich und doch von echt wissenschaftlichem Geist durchdrungen sind Hans Molisch' Populäre biologische Vorträge /Jena, Gustav Fischer/. Sie zeigen den überlegenen Forscher, der sich dennoch nicht scheut seine Wissenschaft in entsprechender Form vor Laien vorzutragen. Neben allgemeinen Thesen wie in den Vorträgen Goethe als Naturforscher oder Über den Ursprung des Lebens werden auch spezielle Fragen der biologischen Wissenschaft behandelt. So in dem Vortrag Biologie des atmosphärischen Staubes, der am 6. Dezember 1916 in Wien vor dem Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse gehalten wurde. Er veranschaulicht die Sichtbarmachung und Zählung der *Luftkeime*, eine durch Pasteurs Studien berühmt gewordene und auch heute noch wichtige hygienische Untersuchungsmethode der Luft; auch auf die ursächlichen Beziehungen des Blütenstaubes zum Heufieber und ähnliche Fragen der Staubbiologie wird unter Hinweis auf die Quellen an dieser Stelle eingegangen. In diesem Zusammenhang mag erwähnt werden, daß die monographische Darstellung des französischen Bakteriologen *d'Hérelle* Der Bakteriophage und seine Bedeutung für die Immunität von R. Pfeimbley, W. Sell und L. Pistorius ins Deutsche übertragen wurde /Braunschweig, Fr. Vieweg & Sohn/. Auf die prinzipielle Bedeutung dieser für die Mikrobiologie und die Erforschung der ultravisiblen Lebewesen grundlegenden Entdeckung wurde in dieser Rundschau (1922 II Seite 696) ausführlich hingewiesen.

Das medizinische Berlin, ein Führer für Ärzte, bearbeitet von Gotthold Mamlock, ist in neuer Auflage erschienen /Berlin, S. Karger/; desgleichen gab Julius Schwalbe /Leipzig, Georg Thieme/ unter dem Titel *Ärztliche Praxis im Auslande* die Bestimmungen über die Zulassung zur *ärztlichen Praxis* im Ausland zum erstenmal nach dem Krieg heraus.

**Kurze Chronik** Für die Unterstützung von Arbeiten auf dem Gebiet der theoretischen und praktischen Medizin ist von der Deutschen Medizinischen Gesellschaft zu New York eine Summe *gestiftet* worden, die in 2 Raten verteilt wird. August Heckscher in New York, ein geborener Hamburger, stiftete ein Kapital zur Gründung einer Anstalt für Nervenforschung in München, zugunsten solcher, deren Nerven im Trommel- und Sperrfeuer des Krieges zerrüttet worden sind. ◊ Im November 1922 hatte der, vom preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingesetzte 24köpfige wissenschaftliche Ausschuss zur Untersuchung des *Friedmannschen Tuberkulosemittels* nach 2jähriger Arbeit seinen Bericht fertiggestellt. Er ist von zwei Dritteln der Ausschußmitglieder unterzeichnet. Er stellt vor allem Einstimmigkeit über die Unschädlichkeit des Mittels fest. Auch von skeptischen und vorsichtigen Beurteilern wären bei vielen Formen tuberkulöser Erkrankung, bei der chirurgischen Tuberkulose, bei Wiederansteckung nach Grippe und vor allem bei der Tuberkulose der Kinder überraschende Resultate festgestellt worden. Besonders bemerkenswert sei, daß sie durch 1 oder 2 Einspritzungen zu erzielen sind. Das Friedmannsche Mittel sei also jedenfalls ein sehr wertvolles für den Kampf gegen die Tuberkulose, und es sei zu wünschen, daß die weitesten Kreise der Ärzteschaft zur Sammlung weiterer Erfahrungen beitragen. ◊ Der Professor an der Freiburger Universität und Leiter der Abteilung für Geburtshilfe und Gynäkologie am Diakonissenhaus *Carl Gauß* folgte einem Ruf an die Universität Würzburg. ◊ Als Nachfolger C. Partsch' geht der Direktor des Zahnärztlichen Instituts in Greifswald *Erich Becker* nach Breslau. ◊ Für innere Medizin *habilitierten* sich in Berlin Ende 1922: Karl Retzlaff und Max Rosenberg, für Chirurgie Hans Landau. Zu Anfang des Jahres 1923 kamen noch 5 weitere Privatdozenten dazu: Ludwig Halberstädter sprach in seiner Antrittsvorlesung über das Röntgenkarzinom, Ernst Mosler über die klinische Bedeutung der pharmakodynamischen und physikalischen Vagusprüfungen, Walter Unverricht über den Einfluß der Kollapstheorie der Lungentuberkulose auf Form und Wachstum des Thorax, Alfred Wolff-Eisner über die Überempfindlichkeit und Anaphylaxie und Bruno Oskar Priban über die Therapie funktioneller Speiseröhrenkrankungen.

# KUNST

Musik / Erwin Lendvai

Orchester-  
musik

Die wirtschaftliche Not Deutschlands führt zu einer immer katastrophalern Entwicklung unseres Musiklebens. Es ist gar nicht abzusehen, wie der Komponist heute noch schaffen soll, während der Musikalienmarkt eine Krise nach der andern durchmacht, und der Absatz aller neuen Werke immer schlechter wird. Um so aner kennenswerter ist es, wenn einige Verleger dennoch der jungen, unbekanntesten Kunst den Weg zu bahnen suchen und größere Werke junger Musiker drucken. So liegt vor mir eine Anzahl zum Teil sehr beachtenswerter Kompositionen. Völlig unbekannt ist heute noch als Komponist der Holländer *Cornelis Dopfer*, der als Kapellmeister am *Amsterdamer Concert-Gebouw* wirkt. Seine *Ciaconna gotica* /Leipzig, D. Rahter/ ist ein höchst bemerkenswertes Werk, noch in alter Überlieferung wurzelnd, aber harmonisch neue, kühne Wege beschreitend. Im a fresco-Stil hingehauene Variationen über Variationen, mit außerordentlichstem Können und mit starker Phantasie aufeinandergetürmt. Schade, daß Doppers Schreibweise mitunter Flüchtigkeiten aufweist.

Ein anderes Variationenwerk: Variationen über ein pastorales Thema von *Robert Müller-Hartmann* /Berlin, N. Simrock/ ist abgeklärter, mehr ins Detail gehend, eine ungemene saubere und erfreuliche Arbeit, strotzend von echter Musikkultur. Die Liebe zum Handwerk feiert hier Feste. Anspruchsloser gibt sich ein anderes Werk des selben Komponisten: *Ouvertüre zu Leonce und Lena* /Leipzig, D. Rahter/, ein beschauliches, humorvolles kleines Stück mit lieblichen Einfällen und ausgezeichnet instrumentiert. Die Arbeit ist Lustspielmusik leichterer (nicht leichtfertiger) Art, in den Grenzen der Vornehmheit, die allen Werken dieses Komponisten eigen ist.

Eine ganz anders geartete Natur ist *Gerhard von Keußler*, dessen *Marienoratorium Die Mutter* /Leipzig, D. Rahter/ und dessen *Symphonie an den Tod*, die im Selbstverlag des Komponisten erschien, und deren Uraufführung ich in Breslau gehört habe, sich als 2 ganz gewaltige Schöpfungen darstellen. Sie sind auch dichterisch von eigenproduktiver Kraft, ihre Musikvorstellungen sind nicht nur von musikalischen Ideen geleitet und beeinflusst. Keußler ist der Mann, der, wie wohl kaum ein anderer Komponist, in

großen Dimensionen und a fresco in rücksichtslosester Weise seine Themen durchführt. Seine Partitur ist durch den ständigen Wechsel der sich immer neu gebärenden Thematik außerordentlich schwer, infolgedessen ist die Substanz seiner Musik nicht leicht zu fassen. Hier offenbart sich ein großes Können, ein Musiker, dessen Entwicklung zweifellos noch reiche Früchte verspricht. Seine Werke werden wohl erst in späteren Generationen volles Verständnis finden.

**Einführungen** In den Orchesterabenden sehen wir oft junge Leute, die, über die kleinen Eulenburgpartituren gebückt, die Werke während ihres Erklängens nachlesen. Wie wenige findet man darunter, die effektiv imstande sind eine Partitur zu lesen, das heißt nicht nur die erste Geige zu verfolgen oder eine Akkordsäule zu konstatieren sondern mit Bewußtsein der Partitur nachzugehen und Fehler sofort festzustellen. Der Wiener Komponist und Lektor an der Universität *Hans Gál* gab nun eine Anleitung zum *Partiturlesen* heraus /Wien, Philharmonischer Verlag/. Methodisch baut er sein 48 Seiten starkes Büchlein auf, und der Partiturredapt kann natürlich an der Hand seiner Weisungen gar manches profitieren. Eigentlich bietet das Buch nichts Neues; denn die Erläuterung der Orchesterinstrumente findet man in jeder Instrumentationslehre auf bedeutend breiterer Basis. Kenntnis der verschiedenen Schlüssel gehört in die Musikelementarlehre. Gál hätte eine Synthese von Generalbaß- und Instrumentationslehre geben müssen, erst dann wäre das Buch entstanden, das zum Nutzen der Musikjugend noch geschrieben werden muß. Denn nur bei großer Gewandtheit im Lesen chiffrierter Bässe sind wir imstande das Land der sonst sphinxhaften Partitur zu betreten.

Ein Mißgriff war es *Otto Fiebichs* Lehre vom strengen Kontrapunkt (*Palestrinastil*) zu veröffentlichen /Berlin, Ries & Erler/. 30 Jahre Lehrpraxis und doch nur öde Schulweisheit. Das, was Fiebich gibt, hatten wir in unzähligen Schulbüchern bereits in die Rumpelkammer geworfen. (Unübertrefflich bleiben *Fux' Gradus ad Parnassum*, *Bellermanns* und *Bußlers* Bücher vom strengen Stil. Statt Fiebichs trockenem Schulrezeptbuch hätte lieber *Hallers* vergriffenes Werk über den *Palestrinastil* neu erscheinen sollen.) Wie lebendig wirkt dagegen das kurzgefaßte Buch *Wilhelm Hohns* *Der Kontrapunkt Palestrinas* und seiner Zeitgenos-

sen /Regensburg, Frïedrich Pustet/. Es besteht aus 2 Teilen: Der einfache Kontrapunkt und Der nachahmende Kontrapunkt. Dazu enthält es einen sehr fesselnden Separatband mit Notenbeispielen. Es genügt Hohns auf Hallers Werk fußendes Buch durchzuarbeiten, um ein sattelfester Kontrapunktist zu werden. Die Hilfsmittel zum *Bachstudium* mehren sich. Von strengster Wissenschaftlichkeit, ja fast thematischer Einstellung zeugen Wilhelm Werkers Studien über die Symmetrie im Bau der Fugen und die motivische Zusammengehörigkeit der Präludien und Fugen des Wohltemperierten Klaviers von Johann Sebastian Bach /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, die als Ergänzung zu Ernst Kurths Linearem Kontrapunkt für das *Bachstudium* /Berlin, Max Hesse/ sich auch bereits vollste Anerkennung errungen haben.

**Totenliste** Ein Musikgelehrter von besonderer Qualität starb am 24. August 1922 in Danzig:

*Karl Fuchs*, 84 Jahre alt. Bekannt ist seine Freundschaft mit Nietzsche, dessen Wagnerabfall auch seine Wagnerfeindschaft bestärkt und vertieft hat. Seine "musikalischen Hörstunden" standen im Osten Deutschlands in hohem Ansehen. Sein letztes Werk, die Orthometrie des Chorals, plädiert für grundstürzende Neuerungen auf dem Gebiet der Kirchenmusik.

Im selben Monat starb in Eisenach der hervorragende Cellist *Heinrich Kiefer*, 56 Jahre alt. Er hatte in München, Stuttgart und Frankfurt am Main studiert und trat dann ins Philharmonische Orchester in Leipzig. Später ging er an das Berliner Philharmonische Orchester, um sich 1902 in München niederzulassen. Dort begründete er das berüht gewordene Streichquartett, mit dem er weite Konzertreisen unternahm. 1922 wurde er als Solocellist an das Eisenacher Städtische Orchester berufen.

Ein bedeutender Lehrer der Berliner Musikhochschule, der Pianist *Heinrich Barth*, starb, 75 Jahre alt, am 26. Dezember in Berlin. Seit 1871 war er dort als Lehrer tätig gewesen, wurde dann aber auf Grund des Altersgesetzes entlassen. Er nahm darauf eine neue pädagogische Tätigkeit im Klindworth-Scharwenkaschen Konservatorium auf. Barth ist in früheren Jahren vielfach als Pianist in Konzerten aufgetreten, vor allem war er als Mitglied von Kammermusikvereinigungen bekannt und genoß als solches das größte Ansehen.

Im hohen Alter von 80 Jahren starb in Berlin am 5. Januar 1923 der weithin bekannte Geiger *Emanuel Wirth*, lange Jahre hindurch Mitglied des unvergeßlichen Joachimquartetts, nach dessen Aufhören er nie mehr öffentlich auftreten wollte. Wirth hat durch seine vielfahrig ausgedehnte Lehrtätigkeit an der Berliner Musikhochschule eine ganze Generation von Geigern ausgebildet, alle in dem strengen und klassischen Stil des Geigenspiels, den er selbst pflegte.

In seinem Geburtsort Linz starb am 16. März in seinem 64. Lebensjahr der Chormeister des oberösterreichisch-salzburgischen Musikgaus *August Gollerich*, der sich auch als Musikpädagoge einen bekannten Namen gemacht hat. Er war Schüler Liszts und vertrauter Freund Bruckners.

Ende April starb in seinem 62. Lebensjahr der langjährig Konzertsolist der Berliner Staatsoperkapelle *Bernhard Dessau*, der auch als bedeutender Solist auf seinem Instrument galt. Er war am 1. März 1861 in Hamburg geboren und hatte bei Schradieck, Joachim und Wieniawski Violinstudien getrieben. Auch als Lehrer genoß er einen großen Ruf. Von seinen Kompositionen sei vor allem das Violinkonzert »im alten Stil« genannt.

**Kurze Chronik** Unter Leitung des Kapellmeisters Arthur Rother und mit Bühnenbildern Lothar Schenk von Trapps brachte der Intendant der Wiesbadener Staatstheater Hagemann *Glucks* vor 150 Jahren geschriebenen und jetzt längst vergessenen Pilger von Mekka, eine komische Oper, mit außerordentlichem Erfolg heraus. Das kleine Werk gilt als Vorläufer der Entföhrung und war ursprünglich als ein Unterhaltungsstück für den Hof gedacht. < Seit dem 1. April ist der bisherige Professor der Musikwissenschaft an der Leipziger Universität *Hermann Abert* als Lehrer der Musikwissenschaft an die Universität Berlin übersiedelt. Er arbeitet hauptsächlich über die Oper sowie über musikalische Ästhetik. Allgemein bekannt wurde er durch seine Ausgaben alter Musikwerke wie der *Servas* padrona von Pergolese und der Werke Jomellis. Abert hat eine Anzahl, zum Teil sehr bedeutender musikalischer Bücher geschrieben, so Biographien Schumanns und Jomellis und ein Buch über die Musikanschauung des Mittelalters und ihre Grundlagen. Abert, der jetzt 52 Jahre alt ist, wurde in Berlin der Nachfolger Kretzschmars.

## Literatur

Wurde in letzter Zeit der Bachforschung besondere Aufmerksamkeit geschenkt, so wurden jetzt wieder *Mozart* mehrere Werke gewidmet. Hermann Abert hat, nachdem nun auch der 2. abschließende Band der ungemein gewissenhaft redigierten *Mozartbiographie* Jahn's erschienen ist /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, nunmehr im gleichen Verlag eine kleine Ausgabe folgen lassen, die sich ebenso durch wissenschaftlich fundierten Inhalt wie durch stilistische Gewandtheit auszeichnet. ◊ Erfreulich durch die geistige Anregung, die es bietet, ist *Adolf Weismann's* Buch *Die Musik in der Weltkrise* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Es ist geistvoll, der Verfasser sieht alles von hoher Warte aus, ist in seinen Urteilen stets treffend und gibt so jedem unbefangenen Leser viel, zumal er sich von journalistischer Form freihält und den größten Wert auf sachliche und fachgemäße Darstellung legt. ◊ Freunde *Arthur Nikisch's* haben seinem Leben und Wirken ein essayistisch biographisches Buch gewidmet /Berlin, Ed. Bote & G. Bock/. Mitarbeiter sind Ferdinand Pfohl und Heinrich Chevalley, Louise Wolff, Heinrich Zöllner, Alexander Moszkowsky und andere. Pfohl hatte schon früher eine lebensechte Studie herausgegeben (in der Sammlung *Moderne Musiker* /Berlin, Verlag Harmonie/); dennoch stellte er sich dieser Aufgabe wie einer neu zu gestaltenden Arbeit gegenüber, und sie ist ihm, wie gesagt, vollauf gelungen. Die Eigenart dieses Dirigenten charakterisierte Chevalley über alle Erwartung hinaus treffend; seine Darstellung wirkt wie eine Filmaufnahme und ist auch in stilistischer Hinsicht eine hervorragende Leistung. Zöllner geht als realistischer Chronikenschreiber an die Arbeit; er vermag hier der Nachwelt seine persönlichen Erinnerungen an den Dirigententitanen. ◊ Ein lieber Anekdotenerzähler ist *Siegfried Ochs*. *Gesehenes, Gesehenes* /Leipzig, Grethlein & Co./ taucht in die *Glanzzeit* der Virtuosen hinein. Die achtziger und neunziger Jahre werden wieder lebendig. Wie Rosinen im Kuchen, so stecken die Witze in dem Buch. Manchmal nicht ganz logisch eingewebt; aber dennoch geht man gern mit und fragt sich, wie es nur möglich war, daß dieser Ochs, den man nun als einen musikalischen Kladderadatschmann kennen lernen darf, von himmlischer Gnade getragen, eine H-Moll-Messe dirigieren konnte. Und wie vollendet er es konnte, wissen alle.

## KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Indisches Handwerk

Die gewerbliche Eigenproduktion der Eingeborenen in kolonialen Gebieten pflegt

im allgemeinen immer mehr vernichtet zu werden, je stärker der Wirtschaftszusammenhang dieser Gebiete mit der Außenwelt der großen Industrie wird. Die ursprünglichen Formen der Müllerei, des Ölpressens, des Bergbaus, der Erzverhüttung, der Baumwollverarbeitung und dergleichen sind überall in den Kolonialländern im Aussterben, und wenn auch in landwirtschaftlicher Produktion und Viehzucht nicht ein ebenso krasser Wandel eingetreten ist, so hat sich doch auch dort in den Arbeitsmitteln und -methoden eine so gründliche Rationalisierung vollzogen, daß von dem Alten, Überlieferten nur wenig übriggeblieben ist. Diese Entwicklung erscheint uns natürlich, wo, wie meist (nicht immer) bei den Bewohnern Innerafrikas oder den Indianern Südamerikas, außerordentlich primitive, bei starker Arbeitsanwendung ertragarme Produktionsmethoden bestehen, und bei dünner Bevölkerung infolgedessen nur eine unsichere und elende Existenz möglich ist. Ganz anders sieht die Sache aus, wenn dichtbevölkerte, hochkultivierte Kolonien wie Süd- und Ostasien in Frage kommen. Dort ist das Vordringen europäisch-nordamerikanischer rationaler Produktions- und Transportmethoden nur mit sehr geteilten Gefühlen anzusehen. Denn diese "fortgeschrittenen" Methoden garantieren dort durchaus nicht immer größere Existenzsicherheit, Verminderung der Not und Verdrichtung der Bevölkerung. Gewiß haben die Engländer den Hungersnöten in Britisch Indien so ziemlich ein Ende gemacht. Aber man kann im Zweifel sein, ob dieser Erfolg nicht dadurch wieder aufgewogen wird, daß nun weite Teile der indischen Bevölkerung mit 10-, 12- und noch mehrstündiger täglicher Arbeitszeit bei Hungerlöhnen in die industriellen Tretmühlen gesperrt, und Streiks, Aufstände, Massenerschießungen an der Tagesordnung sind. Die Menschen haben bisher nicht gelernt die wirtschaftliche Entwicklung ohne Menschenopfer zu fördern. So können wir annehmen, daß, wie England, Deutschland und die anderen westeuropäischen Länder durch die Hölle des Frühkapitalismus hindurchgingen, wie Rußland sie gegenwärtig (in angeblich kommunistischen Formen) durchwandert, wie die Kolonialvölker

der Vereinigten Staaten sie durchlebten, so auch die übrigen Kolonialgebiete durch sie hindurch müssen. Aber mögen wir diese Zusammenhänge noch so klar erkennen, niemand kann uns zwingen ein solches Geschehen richtig und gut zu finden. Etwas anderes ist es, ob bei der Kolonisierung Palästinas durch die Juden jetzt die Kolonisatoren sich selbst bewußt für die Durchsetzung ihrer Ideen opfern, etwas anders, ob der Kuli, ohne zu wissen, weshalb, durch Plantagenarbeit, Fiebersümpfe und Fabriken geschleift wird.

Bis zum Zusammenbruch des Mogulreichs im 18. Jahrhundert war Indien Ausfuhrland für baumwollene Zeuge. Diese Ausfuhr kam, unter gründlicher Nachhilfe Englands, zum Stillstand; statt dessen wurden dort in Massen Baumwollstoffe aus Lancashire eingeführt. Erst in den letzten 3 Jahrzehnten lebte die Ausfuhr bei sich nunmehr rasch verstärkender indischer Eigenproduktion und Einfuhr aus Japan wieder auf. Aber die neue indische Textilindustrie stellt nicht mehr ein weit verbreitetes dörfliches Kleingewerbe dar sondern ist Industrie auf großer Stufenleiter. Das Dorfgewerbe unterlag im allgemeinen der Konkurrenz der europäischen Fabriken; erst nach dem Ersten indischer Fabriken konnte jener ein Paroli geboten werden. Dennoch vermochte sich einiges von dem indischen Textilhausgewerbe zu behaupten, nicht so sehr in der Baumwollverarbeitung (in der sich nur eine Kleinproduktion mit kunstgewerblichem Einschlag erhalten hat) als in der *Seidenverarbeitung*. Seidenes Zeug wird noch heute im Hausgewerbe im ganzen Land hergestellt. Die Rohseide kommt zum Teil aus Indien selbst, zum Teil aus China und auch aus Japan. In diesen Seidenzeugen findet man alle Stufen gewerblicher Vollkommenheit, vom einfachsten musterlosen, ungefärbten, zum Teil mit Baumwolle gemischten Gewebe bis zu Stoffen mit Goldfädenkannten. Die rohe und gefärbte Seide wird von Kaufleuten zur Verarbeitung an die einzelnen Handwerker vergeben. Es liegt also die Organisation eines typischen Verlagsgewerbes vor. Die Färbung wird vielfach, und oft noch nicht mit Anilin- sondern mit Naturfarben, von den Handwerkern selbst vorgenommen; seit der Verteuerung der Anilinfarben durch den Krieg werden die Naturfarben (Cochenille, Safran, Indigo usw.) von den indischen Seidenfärbern sogar wieder vorwiegend gebraucht.

Ein weiteres derartiges Reservatgebiet des Dorfhandwerks ist die Massenerzeugung von *Messing- und Kupfergefäßen* als Haus- und Kultgeräten. Man verwendet dazu Kupfer- und Messingblech, das aus England eingeführt und ebenso wie die Rohseide von den Kaufleuten im Verlagssystem an die Handwerker vergeben wird. Sozial von Wichtigkeit bei diesen beiden Hausgewerben ist die Tatsache, daß es sich dabei im allgemeinen um Massenproduktion handelt, und die darin Tätigen wirtschaftlich nicht völlig von diesem Gewerbebetrieb abhängen sondern im Hauptberuf Landwirtschaft betreiben. Dadurch sind sie dauernd der Konkurrenz der industriellen Produktion überlegen; zumal Handarbeiten, die bisher noch nicht durch Maschinenarbeit ersetzt werden können, bei diesen Erzeugnissen eine große Rolle spielen, auch wo es sich nicht um kunstgewerbliche Gegenstände handelt. Der Konsum der Produkte hängt allerdings stark davon ab, ob sich der eigentümliche Geschmack der Masse der indischen Verbraucher auf die Dauer erhalten wird. Wendet sie sich einmal von diesen seidenen Geweben und zusammengenieteten Schüsseln ab, so werden auch die Tage des Hausgewerbes vorüber sein.

**Australische Baumwollkultur** Während des Krieges bestand Überfluß an Baumwolle, mit großen Vorräten ging die Weltwirtschaft in den Frieden hinein. Seitdem hat sich, trotz der Krise in den Jahren 1920 bis 1922, die zum Teil (zum Beispiel in England) auch jetzt noch große Teile der Baumwollindustrie still hält und am Rohstoffverbrauch hindert, eine grundlegende Änderung der Rohstofflage vollzogen. Die Ernten sind, namentlich durch das Wüten des Baumwollspinners in den Kulturen der Vereinigten Staaten, immer schlechter geworden, die Vorräte aufgezehrt. Bestrebungen durch Ausdehnung der Bebauungsfläche in den Vereinigten Staaten selbst die Erntemenge zu heben scheiterten bisher, namentlich wegen der klimatischen Verhältnisse. Zur Vernichtung des Schädlings versuchte man hundert Mittel, die aber den Erfolg vermissen ließen, vor allem deshalb, weil sie nicht in genügend großer Menge hergestellt werden konnten; sie sind sehr teuer, auch scheuen sich, da sie sehr giftig sind (es handelt sich hauptsächlich um Arsenpräparate), viele sie anzuwenden. Dieser Mangel an Baumwolle veranlaßt alle Länder, deren Klima nur irgend da-

zu geeignet ist, den Baumwollbau einzuführen. Mit die beste Aussicht dafür, namentlich wegen seines warmen Klimas, bietet Australien. Über diese Bemühungen berichtete kürzlich der Vertreter der Australian Cotton Growers' Association Crawford Vaughan folgendes: Die größte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung ausreichender Arbeitskräfte für die neue Kultur. Dagegen bildet nach den Feststellungen der Gesellschaft der hohe Lohn für die Arbeiter kein Hindernis. Immerhin geht es mit dem Anbau sehr langsam vorwärts, 1921 wurden erst 500 Tonnen unentkörnte Baumwolle in Australien geerntet, im Jahr 1922 schon von 2000 Pflanzern im Staat Queensland allein 2000 Tonnen. In diesem Jahr gibt es in diesem Staat 11 300 Baumwollpflanzler, deren Produkt bei 70 000 Acres Anbaufläche auf 12500 Tonnen geschätzt wird. Im übrigen Australien existieren noch 3700 Baumwollpflanzler. Eine Strumpfwirkerei legt gegenwärtig in Neusüdwales für 150 000 Pfund Sterling eine Spinnerei zur Verarbeitung australischer Baumwolle an. Entkörnungsanstalten und Ölmühlen sind vorhanden, dieses Jahr kamen 7, respektive 2 für 250 000 Pfund Sterling neu hinzu. Die australische Regierung fördert den Anbau durch Preisgarantie. Nur für gute, nicht unter  $\frac{1}{4}$  Zoll Stapel messende Baumwolle von 1jährigen Pflanzen wird der Preis garantiert; der einzelne Pflanzler erhält die Garantie nicht für mehr als 50 Acres Anbaufläche. Garantiert wurden für das Jahr 1922-1923  $5\frac{1}{2}$  Pence für das englische Pfund, für die kommenden Jahre sind niedrigere Sätze in Aussicht genommen. Bei dieser tatkräftigen und sachkundigen, von vornherein auf beste Qualität hinarbeitenden Politik der Regierung und der Lage des Weltbaumwollmarkts, die voraussichtlich noch längere Zeit anhalten wird, darf man wohl auf weitere Fortschritte dieser Kultur rechnen, so daß die Zahlen Vaughans nicht übertrieben sein dürften, die für 1924 eine Erntemenge von ungefähr 30 000 Tonnen ergeben. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß viel von diesem Produkt auf den europäischen Markt kommt; vermutlich wird alles in Australien selbst versponnen werden.

#### Ostafrika

E. F. Hitchcock weist im Manchester Guardian Commercial vom 26. April 1923 darauf hin, daß die jetzt englische Kolonie Tanganyika Territory, das frühere Deutsch Ostafrika, sich in einer schwe-

ren Wirtschaftskrise befindet. Die Eroberung der Kolonie hat nach Hitchcock die Engländer 900 Millionen Pfund Sterling gekostet. Seit Ende 1916 wird der größte Teil, seit dem Waffenstillstand das gesamte Gebiet von einem britischen Gouverneur verwaltet. Die Bevölkerung zählt jetzt schon 4 Millionen Menschen. Die Haupterzeugnisse des Landes sind auch jetzt noch Sisalhanf, Baumwolle, Kopra, Kaffee, Mais, Häute und Felle, Erdnüsse, Wachs und Holz; an einzelnen Stellen, vorläufig nur in geringem Maß, werden Mineralien gefördert. 2500 Europäer und 15 000 Inder und Araber repräsentieren das Ausländerelement; die Deutschen sind alle vertrieben oder, wie Hitchcock so schön sagt, »repatriated«, wieder in ihr Vaterland gebracht. Über die Art, wie das Gebiet verwaltet wird, bringt Hitchcock schwere Klagen vor. Sachverständiger Rat werde in den Wind geschlagen, die Staatsausgaben seien verschwenderisch, die Steuern drückend, beides noch im Wachsen, die Zahl der Beamten ungefähr 10mal so groß wie vor dem Krieg (damals 79). Von der Entwicklung der Regierungsfinanzen entrollt Hitchcock dies Bild:

Jahr	Ausgaben in 1000 Pfund Sterling	Einnahmen
1916-1917	35	129
1917-1918	157	336
1918-1919	383	462
1919-1920	790	669
1920-1921	1389	947
1921-1922	1808	978

In dieser Angabe der Ausgaben fehlen aber noch jährlich 250 000 Pfund Sterling für rein militärische Zwecke. Vor dem Krieg zahlte Deutschland, ohne daß drückende Besteuerung bestand, einen Zuschuß, der beständig abnahm und im letzten Jahr 165 000 Pfund Sterling ausmachte. Damals betrug der Wert der Ausfuhr  $4\frac{1}{2}$  Millionen, 1921-1922 nur  $2\frac{1}{2}$  Millionen Pfund Sterling; in den beiden letztgenannten Jahren schoß (in Form eines unbefristeten Darlehens) das neue "Mutterland"  $1\frac{1}{4}$  Millionen Pfund Sterling zu den Regierungsausgaben des Gebiets zu. Gehe die Erhöhung der Regierungsausgaben so weiter, so, meint Hitchcock, werden sie bald die volle Höhe des Ausfuhrwerts erreicht haben. Infolgedessen habe der Gouverneur weitere Steuern angekündigt. Daraufhin hätte eine weitreichende Agitation mit Massenversammlungen der Inder und Araber eingesetzt, in denen der Beschluß gefaßt wurde die Geschäfte zu

schließen, so daß nunmehr der Wirtschaftsverkehr völlig stillstehe. Auch mit den europäischen Pflanzern und Händlern gäbe es schwere Konflikte, und neues Kapital, dessen die Kolonie zur weitem wirtschaftlichen Entwicklung dringend bedürfe, ströme demzufolge nicht mehr ein. Hitchcock verlangt nachdrücklich die Einsetzung einer Nachprüfungskommission durch das Kolonialamt. Denn das Land biete bedeutende Zukunftsmöglichkeiten, es bedürfe nur einiger Sparsamkeit und einer Politik, die das Aufblühen der in der Anlage vorhandenen Wirtschaftskräfte fördere und nicht, wie jetzt, mit aller Gewalt hintanhalt.

**Westafrika** Britisch Westafrika besteht aus den Gebieten Gambia, Sierra Leone, Gold Coast und Nigeria. Es hat dadurch die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, daß vor einiger Zeit von der britischen Regierung unter dem Vorsitz Sir Hugh Clifords ein Komitee zur Nachprüfung der Verhältnisse von Handel und Besteuerung in diesen Gebieten eingesetzt wurde. Vor diesem Komitee hat J. H. Batty, ein guter Kenner des Landes, eine Aussage gemacht, der ich folgendes entnehme: »Es gibt kein Phänomen, das sich mit der Kakaoverzeugung von Gold Coast vergleichen läßt; weil dessen Eingeborene fleißig gewesen sind, das heißt weil sie in vergleichsweise wenigen Jahren eine Kultur zustandegebracht haben, die doppelt so groß ist wie die von irgend zwei anderen Ländern der Welt zusammen, deshalb ist es eine Ungerechtigkeit gegen sie sie mit 4 Pfund 13 Shilling 4 Pence auf eine Tonne rohen Kakao zu besteuern und dann noch die Eisenbahnfracht für Kakao um 50 % zu steigern. Wenn das unsere, der Briten, Dankbarkeit für alles ist, was sie getan haben, dann haben wir nur uns selbst zu tadeln, wenn wir dafür einen Schlag ins Gesicht kriegen.« Und W. H. Lever führte in der Generalversammlung der Royal Niger Company im Februar 1922 aus: »Kein Wunder, daß der Eingeborene in Britisch Westafrika mürrisch und unzufrieden wird und sich weigert zu arbeiten, um sein Produkt unter solchen Bedingungen zu erzeugen.« Ich entnehme diese Zitate einem Artikel John H. Harris' im Manchester Guardian Commercial vom 27. April 1922 (Handel und Besteuerung in Britisch Westafrika). In diesem wird durch einen sachkundigen Mann die wirtschaftliche Lage dieser Gebiete eingehend an der Hand von Zahlen-

material dargelegt und besprochen. Harris ist den Lesern der Sozialistischen Monatshefte kein Fremder mehr seit der Anzeige seines Buchs Dawn in Darkest Africa /London, Smith & Elders/, in dieser Rundschau (1915 I Seite 112 f.). Er ist als einer der nüchternsten Beurteiler afrikanischer Kulturprobleme bekannt. Er findet die beiden zitierten Ansprüche durchaus nicht zu scharf. Nach seinen Ausführungen belief sich in Gold Coast der Wert der Ausfuhr von Kakao auf 38,7 Millionen Pfund Sterling, Kolanüssen auf 2,1, Palmkernen auf 1,5, Kautschuk auf 0,8, Palmöl auf 0,8, Kopra auf 0,1, Mineralien auf zirka 15, zusammen auf 59 Millionen Pfund Sterling. Diese Beträge wurden erreicht, obwohl das Gebiet eine Bevölkerung von nicht einmal 1½ Millionen Einwohnern hat. Die Kakaoplantagen werden alle von Eingeborenen betrieben und sind erst in den letzten 40 Jahren angelegt. Sie stellen das größte Kakaoverzeugungsland der Welt dar. Diese sind ganz besonders bedroht. Der Direktor der Gold Coast Agriculture Departement hat das in folgenden Sätzen ausgedrückt: »Wenn die Pflanzern nicht bereit sind ein aufmerksames Ohr dem beständig von meinem Amt gebotenen Rat zu leihen, um die Anbaumethoden und die Behandlung des Ernteguts zu verbessern, dann kann Kakao vielleicht ein Ding der Vergangenheit werden, soweit dieses Land in Betracht kommt.« Damit ist die Schuld an der Lage höchst elegant auf die Farbigen abgewälzt, das Bestehen der dringenden Notlage des Kakaobaues aber zugegeben worden. Daß in Wirklichkeit nicht die Nachlässigkeit der Eingeborenen an diesen Verhältnissen schuld ist, die in 40 Jahren eine solche Kultur zustande gebracht haben, sondern ganz andere Dinge, geht aus den weiter von Harris angeführten Tatsachen hervor. In Nigeria ist von 1920 auf 1921 die Ausfuhr von Palmkernen um 50 000 Tonnen zurückgegangen, die ganze Ausfuhr um 75 %. Das ist natürlich zum Teil eine Wirkung des Preissturzes auf dem Weltmarkt; aber es ist offenbar auch nichts Wirksames dafür geschehen so katastrophale Wirkungen ein wenig abzdämpfen. Das wird deutlich, wenn man nach den Aufstellungen des gesamten Komitees sich die Gestaltung der Steuereingänge in Britisch Westafrika vor Augen führt. Danach haben die Regierungsausgaben im Jahr 1913 in Nigeria 2,3 Millionen Pfund Sterling, in Gold Coast 0,9, in Sierra Leone 0,4, in Gambia 0,06, im Jahr 1920

in Nigeria 4,6, in Gold Coast 2,2, in Sierra Leone 0,8, in Gambia 0,11 Millionen Pfund Sterling betragen. Also im ganzen eine Zunahme von 3,66 auf 7,71 Millionen Pfund Sterling, das heißt um 110,7%. Diese Zahlen mögen unbedeutend erscheinen, wenn wir sie mit den europäischen Verhältnissen vergleichen; aber sie bedeuten doch offenbar unter afrikanischen Verhältnissen eine ungleich größere Last, zumal sie durchaus nicht die einzige ist, die auf die Erzeugung von Rohstoffen dort drückt. Es kommt hinzu die ungünstige Konjunktur auf dem Weltmarkt. Vor 1916 kamen fast alle Regierungseinnahmen aus den *Einfuhrzöllen*. Erst seit 1916 wurden in den genannten 4 Gebieten *Ausfuhrzölle* auf dort erzeugte Rohstoffe angeordnet, und zwar gegen den heftigen Widerspruch der nicht von der Regierung ernannten Mitglieder der Legislative Councils dieser Gebiete. Im Etatsjahr 1922-1923 soll in Gold Coast der Kakaofuhrzoll und der Eisenbahnfrachtschlag auf Kakao dem Staat eine Million Pfund Sterling einbringen. Alle diese und verschiedene andere Umstände bewirken es, daß bei einem Preis von 42 Pfund Sterling für Kakao in Liverpool der eingeborene Erzeuger nur ungefähr 20 Pfund Sterling für die Tonne erhält. Nun bringt ein guter Kakaobaum jährlich 5 englische Pfund Kakao. 450 Kakaobäume müssen also abgeerntet werden, um eine Tonne Kakao zu liefern. Das sind so viele Kakaobäume wie auf 2 Acres Kakaoland stehen können. Noch schlechter dran ist die Erzeugung von Palmkernen und Palmöl. Von der Tonne Palmöl bleiben den Produzenten gegenwärtig nicht ganz 13 Pfund Sterling, von Palmkernen etwa 4 Pfund pro Tonne. Mahagoni hat bei einem Preis von 234 Pfund für 20 Stämme in England 183 Pfund für Fracht und Steuern aufzubringen. Häute aus Northern Nigeria bringen in Europa 70 Pfund für die Tonne und haben auf dem Weg vom Produzenten bis dorthin 39 Pfund Steuern und Fracht zu tragen, davon allein 20 Pfund Regierungsabgaben. Für die Deckung der Erzeugungskosten bleiben dem Produzenten also gerade noch 31 Pfund. Die Wirkung derartiger Lasten ist dann auch nicht ausgeblieben. Die Regierung betont selbst, daß die Eingeborenen bei hohen Kakaopreisen sich mit der Kultur sehr viel Mühe geben, bei niedrigen Preisen aber entmutigt viele der kleinen Pflanzungen vernachlässigen, so daß dann in manchen Fällen die Eigentümer nicht einmal die Bohnen

von den Bäumen abernten. Der Rückschlag auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen westafrikanischen Gebieten und England ist deutlich. Was diese Regierungsabgaben bedeuten, stellt eine Tabelle dar, in der Harris die Verhältnisse mit denen benachbarter Gebiete vergleicht, die anderen europäischen Staaten gehören. Insbesondere wird die Frachtbelastung dadurch deutlich. Danach machten diese Abgaben in einer Entfernung von 400 Kilometer von der Küste auf die Tonne Palmkerne in Nigeria 9 Pfund Sterling 11 Shilling 7 Pence, im Belgischen Kongo 3 Pfund Sterling 15 Shilling 3 Pence, auf die Tonne Palmöl in Nigeria 12 Pfund 11 Shilling, in Belgisch Kongo 5 Pfund 17 Shilling 10 Pence aus. Die Frachtsätze betragen pro Tonne für Palmkerne in Nigeria (243 englische Meilen) 4 Pfund 18 Shilling 10 Pence, in Belgisch Kongo (250 englische Meilen) 1 Pfund 3 Shilling 7 Pence, in Französisch Dahomey (62 englische Meilen) 12 Shilling 9 Pence; pro Tonne Palmöl in Nigeria 5 Pfund 7 Shilling 5 Pence, in Belgisch Kongo 1 Pfund 7 Shilling 6 Pence, in Französisch Dahomey 1 Pfund 2 Shilling 4 Pence. Das macht im britischen Gebiet 5,30 Pence für die Tonnenmeile, im französischen Gebiet 4,32 und im belgischen 1,32 Pence. Das Komitee ist denn auch zu dem Ergebnis gekommen, daß kein genügender Grund für diese Erhöhung der Fracht auf auszuführende Rohstoffe besteht, und Harris selbst spricht weiter davon, daß die Engländer »entschlossen versucht hätten diesen Handel durch ein System von Differentialfrachten zu vernichten«: »Nach 3 Jahren der Wirksamkeit hat der Differentialfrachttarif Großbritannien den Verlust von Märkten eingebracht, Kaufleute und Reeder aufs höchste beunruhigt, den Zweck der Regierung Einnahmen zu verschaffen verfehlt [was wohl nicht ganz zutrifft] und nur wie ein Bumerang auf den europäischen Verarbeiter gewirkt, der sich nicht vernichten lassen wollte und große Summen in der Südsee in einer jetzt erfolgreichen Anstrengung anlegte, um neue Bezugsquellen zu finden, die ihn vor der Strafe schützten: auf jede Tonne Palmkerne, die er in Britisch Westafrika kauft, 2 Pfund Sterling Strafe zu bezahlen.« Ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten ist nach Harris nur in einer gründlichen Beschneidung der Regierungsausgaben und Abschaffung sowohl der hohen Ausfuhrzölle wie der Differentialfrachten zu sehen. Die Abschaffung der Ausfuhrzölle

ist daher vom Unterhaus beschlossen worden. Es bleibt abzuwarten, ob die Schwierigkeiten dadurch behoben sind. Die Schilderung der ganzen Lage hat auch für uns erhebliches Interesse. Sie tut überzeugend dar, daß die englische Praxis der Handelspolitik durchaus nicht freihändlerisch ist. Sie ist, sei es aus fiskalischen sei es aus protektionistischen Erwägungen, sehr häufig hochschutzzöllnerisch und scheut auch vor ganz groben Maßnahmen gegenüber einzelnen britischen Reichsteilen durchaus nicht zurück. Das zu wissen ist wesentlich, wenn man sich von den Methoden britischer Weltwirtschaftspolitik nicht ein ganz falsches Bild machen will.

#### Jamaica

Nach langen parlamentarischen Debatten ist der neue Zolltarif der britischen Kolonie Jamaica am 8. April 1922 in Kraft getreten. Er sieht für alle Teile des Britischen Reichs eine Zollermäßigung von 50 % auf Baumwollzeuge und von 25 % auf alle übrigen Waren bei der Einfuhr nach der Inselkolonie vor. Die Zölle sind teils Wert- teils Gewichtszölle. Bei den letzten werden die reichsbritischen Waren durch entsprechende Erhöhung der Zölle auf gleiche Waren anderer Herkunft bevorzugt. Bei den Wertzöllen ist die Regelung so, daß reichsbritische Einfuhrgüter 15 % (baumwollene Zeuge nur 10 %), Einfuhrgüter anderer Herkunft 20 % ihres Werts bezahlen müssen, während bisher ein gleichmäßiger Wertzoll von 16 $\frac{1}{2}$  % erhoben wurde. In beiden Fällen muß also die Volkswirtschaft der übrigen Welt die Kosten der reichsbritischen Bevorzugung tragen. Zollfrei sind nach wie vor Kohle, Koks, Säcke, Geräte und Dampfmaschinen für den Landwirtschaftsbetrieb, Faßreifen und -dauben, Kistenholz für Zuckerkisten. Besondere, über das oben dargelegte allgemeine Maß hinausgehende Zollerhöhungen sind zu verzeichnen bei Bier, Whisky und Zigaretten. Der Zolltarif verfolgt mit diesen Zollerhöhungen bestimmte protektionistische Zwecke zugunsten einzelner Produktionszweige in Jamaica, während einer der wichtigsten darunter, der Anbau und die Verwertung von Zuckerrohr, vor Belastungen beim Bezug notwendiger ausländischer Materialien sorgsam geschützt worden ist. Jamaica produziert Rohrzucker und daraus gewonnenen Rum, ferner Kaffee (Haupterzeugnis), Baumwolle (verhältnismäßig geringe Mengen), Südfrüchte. Neben diesem Schutz, der auch (in ab-

geschwächtem Maß) anderen Teilen des Britischen Reichs gegenüber betätigt wird, sucht diese kleine Kolonie, so viel an ihr liegt (Fläche 10 900 Quadratkilometer, Bevölkerung fast 1 Million), das Britische Reich enger zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzuschweißen. Die Politik der Zollbevorzugung reichsbritischer Einfuhrgüter ist nicht neu. Schon der jetzt außer Kraft gesetzte Zolltarif zeigte sie bei Baumwollzeugen, auf die bisher im allgemeinen 16 $\frac{1}{2}$  % des Werts bezahlt werden mußten, während nur 8 $\frac{1}{2}$  % bei britischen Fabrikaten aus britischen Rohstoffen und 10 % bei britischen Fabrikaten aus nichtbritischem Rohmaterial gefordert wurden. Im besondern soll durch den Zolltarif der Handel mit Großbritannien und Canada gefördert werden; die Spitze dieser Politik richtet sich in erster Linie gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, die (im Jahr 1911) 60 % der Ausfuhr aufnahmen (Großbritannien 13 %, Canada 5 $\frac{1}{2}$  %) und auch ein entsprechendes Übergewicht in der Einfuhr aufwiesen (Vereinigte Staaten etwa 50 %, Großbritannien 30 %). Bezeichnend ist übrigens in diesem Zusammenhang, 1. daß die britische Freihandelspresse an dieser deutlichen Sünde wider den heiligen Geist keinen nennenswerten Anstoß genommen zu haben scheint, und 2., daß die Ausnutzung der neuen Zolltarifvorteile für britische Importeure von der selben Behörde (Canadian Trade Commissioner in Jamaica) gleichzeitig für Canada und das Vereinigte Königreich in die Hand genommen worden ist. Der *Manchester Guardian* vom 11. Mai 1922 bemerkt dazu: »Diese Maßnahme der canadischen Behörden, die einen Dank darstellt für den Beistand, der ihnen von den britischen Konsuln und Handelsbeamten in der ganzen Welt geleistet wird, wird von den Fabrikanten und Reedern im Mutterland sicherlich willkommen heißen werden.«

#### Totenliste

Anfang Juli starb in Berlin der Afrikaforscher *Fritz Maria Bauer* in seinem 50. Lebensjahr. Er ist durch seine Tätigkeit als Kriegsberichterstatler während der französischen Kolonialkriege auf Madagascar und durch die von ihm veranstaltete und geleitete Niger-Benue-Tschadsee-Expedition vom Jahr 1903 sowohl unter den Vertretern der Tropenwissenschaft als auch in allen kolonialpolitisch interessierten Kreisen und über diese hinaus bekannt geworden.

**Kurze Chronik** Wie sehr sich die Verteilung der Industriekräfte der Welt zugunsten der Länder kolonialen Charakters zu verschieben beginnt, dafür ist bezeichnend, daß sich die Zahl der *Baumwollspindeln* gegen 1913 bis zum 31. Januar 1923 folgendermaßen verändert hatte: Das festländische Europa wies eine Verminderung auf 85,3 % des frühern Bestandes auf, England eine geringfügige Vermehrung auf 102 %, die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen hatten eine solche auf 118 %, mit den übrigen nichteuropäischen Ländern zusammen sogar eine solche auf 126,5 %.  $\diamond$  Das Syndicat Général Cotonnier, das 80 % der *französischen Baumwollspinnerei* umfaßt, beschloß von seinen Mitgliedern einen Beitrag von 1 Franc pro Ballen verbrauchter Baumwolle zum Besten der Association Cotonnière Générale zu erheben. Die Einnahme von 600 000 Francs, die man daraus zu gewinnen hofft, und der ebenso hohe Beitrag, den der Staat in Aussicht gestellt hat, sollen die Association instand setzen systematisch die Möglichkeiten weitem Baumwollanbau in den französischen Kolonien zu studieren. Die Hauptgebiete, die dafür in Frage kämen, scheinen Indochina und das Senegal-Niger-Gebiet in Afrika zu sein.  $\diamond$  Ägypten fängt an in dem Küstengebiet des Roten Meers in größerem Maß *Petroleum* zu erzeugen. 25 Bohrlöcher, betrieben von der Anglo-Egyptian Oilfields Company, liefern dort gegenwärtig täglich 650 Tonnen Rohöl. Das Öl wird in Schiffen nach Suez gebracht und dort raffiniert. Weitere Bohrungen werden ausgeführt; an 5 Stellen hat man bereits positive Resultate gewonnen.  $\diamond$  Der Gesetzgebende Rat von Ceylon verlängerte das Verbot für Deutsche Ceylon zu betreten bis zum 29. August 1924.  $\diamond$  Im März erteilte die Regierung von Ecuador eine Konzession zur Erbauung einer Eisenbahn zwecks Erschließung der Ölfelder im Osten des Staats, ebenso eine Petroleumkonzession; beide an Bürger respektive Gesellschaften der Vereinigten Staaten.  $\diamond$  Die Regierung von Bolivia erteilte einem britischen Konzern, dem Bolivian Oil Land Syndicate, eine Konzession von 12 Millionen Hektar Land an der brasilianischen Grenze. Die Konzessionäre haben das Recht Öl und Mineralien zu gewinnen und die Pflicht eine Eisenbahn zu bauen, Hüttenwerke anzulegen und anderes mehr.  $\diamond$  Die Expedition zur *Ersteigung des Mount Everest* soll im Jahr 1924

wiederholt werden. Die Führung soll wieder in den Händen der Führer der Expedition von 1922, Finch und Mallory, liegen. Damals wurden 8301 Meter Höhe erreicht, so daß also etwa 500 Meter noch zu besteigen bleiben. Außer dem sportlichen ist vor allem das wissenschaftliche Interesse der Expedition groß, da sie es möglichst weite Strecken bisher unbekanntes Landes aufzunehmen. Bis jetzt wurden rund 10 000 englische Quadratmeilen neu aufgenommen. (Es sei auch hier noch einmal auf die Schrift Walther Flaigs *Im Kampf um Tschomolungma, den Gipfel der Erde* /Stuttgart, Franckh/ aufmerksam gemacht, die eine höchst anziehende und plastische Schilderung des Himalaja und dieses seines höchsten Berges gibt.)

#### Literatur

Eine außerordentlich interessante Quellschrift stellt das Buch *B. K. Thakores Indian Administration to the Dawn of Responsible Government 1765 to 1920* /Bombay, D. B. Taraporewala Sons & Co./ dar. Der Hauptteil des Werkes befaßt sich mit der Verwaltung British Indiens seit der Aufhebung der East India Company. Einer Schilderung des Wandels im formalen Aufbau der Staatsverwaltung folgen ausführliche Sonderkapitel über die Rechtspflege, die Landbesteuerung, die Hungersnöte und die Hauptkampfmittel gegen sie: die Eisenbahnen und die künstliche Bewässerung, über die Staatsfinanzen, die Einführung örtlicher Selbstverwaltung und schließlich über die Periode des Übergangs zu voller Selbstverwaltung, in der sich das Land jetzt noch befindet. Es wäre zu wünschen, daß recht viele deutsche Bibliotheken die Mittel aufbrächten sich dieses Werk anzuschaffen und damit dem Studium in Deutschland zugänglich zu machen.  $\diamond$  Eine sehr interessante Monographie schrieb *Ernst Fickendey* über den Ölbaum in Kleinasien /Leipzig, K. F. Koehler/. Sie ist sachkundig, beruht auf bedeutender praktischer, an Ort und Stelle erworbener Kenntnis der einschlägigen Probleme und verwendet gutes statistisches, kritisch gebrauchtes Material. Besonders wertvoll sind die Kapitel über die Kulturmethoden des Ölbaums und die technische Verwertung der Produkte sowie eine (skizzenhaft gehaltene) Karte der Verbreitung des Ölbaums in Kleinasien. Namentlich die Interessenten der Kolonisierung Palästinas sollten der Schrift ihre Aufmerksamkeit zuwenden.